



VERARMTE LÄNDER  
VERGESSENE FRAUEN  
VERGEUDETE UMWELT



## EDITORIAL

---

Die am Institut für Wissenschaft und Kunst von 1993 bis 1995 stattgefundenen Arbeitskreise „Die Dritte Welt der Frauen. Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft als Herausforderung des 21. Jahrhunderts“ und „Umwelt bewegt Frauen“, haben Fachfrauen veranlaßt, aus einer männlich geprägten Wirtschafts- und Umweltpolitik resultierende Probleme ihrer Geschlechtsgenossinnen zu analysieren und zu kommentieren. Dabei war die ungünstige strukturelle Ausgangslage (Schuldenlast, Verarmung, sozial- und gesundheitspolitische Verhältnisse, Umwelt- sowie Menschenrechtssituation) für Länder der Dritten Welt unter besonderer Berücksichtigung der Frauen zu untersuchen. Die pessimistische Beleuchtung der Dritten Welt als „Ersatzteillager“ für Rohstoffe und als Markt für Waffen und Wiederaufbau, führte zur Frage, welchen Stellenwert und welche Rahmenbedingungen staatliche sowie durch BürgerInnen-Initiativen getragene Umweltaktivitäten in den Industriestaaten und den Schwellenländern haben, wobei auf den Anteil der von Frauen geleisteten Beiträge besonders eingegangen wurde.

Ein Teil der Referate wurde 1994 in Heft 1 der IWK-Mitteilungen unter dem Titel „Die Dritte Welt der Frauen“ veröffentlicht. Die in diesem Heft gedruckten Beiträge ergänzen nun die Dokumentation der beiden oben genannten Arbeitskreise.

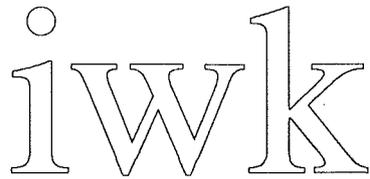
Ursula Achtsnit

### MITTEILUNGEN DES INSTITUTS FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST 50. JAHRGANG 1995, NR. 1/2, öS 100,-

Linie des Blattes: Verständigung der Öffentlichkeit über die Arbeit des Instituts für Wissenschaft und Kunst sowie Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten, die damit in Zusammenhang stehen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Institut für Wissenschaft und Kunst. Redaktion, Umbruch, Layout: Dr. Helga Kaschl. Alle: 1090 Wien, Berggasse 17/1, Telefon / Fax: (1) 317 43 42. Druck: Glanz & Hofbauer Ges.m.b.H., 1200 Wien, Treustraße 5, Telefon: (1) 330 73 67.

---



---

VERARMTE LÄNDER, VERGESSENE FRAUEN,  
VERGEUDETE UMWELT

INHALT:

<i>Catherina Hinz</i> WEIL ICH EIN MÄDCHEN BIN ... Zur Situation von Frauen in Indien .....	2
<i>Ingeborg Maria Grau</i> STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMME UND TRENDS IN IHREN GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN AUSWIRKUNGEN SAP und „Second Economy“ am Beispiel Nigerias .....	7
<i>Ingrid Nowotny</i> AUSBEUTUNG VON FRAUEN AUS DER DRITTEN WELT IN ÖSTERREICH – EIN FALL VON MENSCHENHANDEL? .....	17
<i>Birgit Stimmer</i> FRAUEN UND ENTWICKLUNG IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN .....	19
<i>Edda Weiss</i> GENDERSICHTWEISE UND TRAGFÄHIGE ENTWICKLUNG .....	26
<i>Elfriede Fritz</i> THEORIE UND PRAXIS IN DER UMWELTPOLITIK AUS DEM BLICKWINKEL EINER „UMWELTJURISTIN“ .....	29
<i>Andrea Husnik</i> UMWELT BEWEGT DIE FRAUEN – FRAUEN BEWEGEN DIE UMWELT .....	33
<i>Ursula Achtsnit</i> „EWIG WEIBLICHES“ UND „WORLD WILD LIFE“ .....	40
<i>Evelyn Blau</i> GEWERKSCHAFT UND ÖKOLOGISCHE KRISE .....	44
<i>Ilse Korotin</i> 10 JAHRE IWK-DOKUMENTATIONSSTELLE FRAUENFORSCHUNG .....	48
DIE AUTORINNEN .....	52

---

CATHERINA HINZ

## WEIL ICH EIN MÄDCHEN BIN ... Zur Situation von Frauen in Indien

„Ich möchte so gern zur Schule gehen!“ Sehnsüchtig ist der Blick einer kleinen Arbeiterin in einer Streichholzfabrik. Für viele indische Mädchen bleibt dies ein Wunschtraum. Im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu arbeiten circa 80.000 Kinder in Streichholzfabriken. Ein Problem der Armut, aber auch der ungleichen Behandlung der Geschlechter, so das Ergebnis einer Studie der Regierung von Tamil Nadu und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF. Denn 80 Prozent der in den Streichholzfabriken arbeitenden Kinder sind Mädchen. Während ihre kleinen Kollegen nebenher noch zur Schule gehen, schuften die jungen Arbeiterinnen meist den ganzen Tag.

Mädchen müssen nicht nur das oft spärliche Familieneinkommen aufbessern helfen, sondern auch schon in jungen Jahren im Haushalt mitarbeiten und ihre jüngeren Geschwister hüten. Sie müssen Wasser und Brennholz heranschaffen und legen dabei in vielen Regionen Indiens nicht selten weite Strecken zurück. Schulbesuch und Berufsausbildung für Mädchen werden von den Eltern vielfach als unnötig angesehen, die Söhne haben den Vorrang.

Neben der großen Armut vieler Familien spielt eine in den meisten indischen Traditionen verwurzelte Bevorzugung von Jungen für die ungleiche Behandlung von Töchtern und Söhnen eine wichtige Rolle. Ein Mädchen großzuziehen ist, als würde man den Garten des Nachbarn bewässern, so lautet ein indisches Sprichwort. In vielen Regionen des indischen Subkontinents wird die Geburt eines Jungen mit Festlichkeiten begrüßt, die eines Mädchens hingegen ist nicht selten Anlaß zur Sorge. Der Sohn garantiert durch seine Arbeitskraft später die Altersversorgung der Eltern, nur er kann religiöse und spirituelle Funktionen übernehmen. Eine Tochter wird in vielen indischen Gemeinschaften als finanzielle Bürde betrachtet. Bei ihrer Verheiratung ist eine Mitgift fällig. Nach der Hochzeit zieht sie in das Haus ihrer Schwiegereltern. Ihre Arbeitskraft als Erwachsene kommt der Familie ihres Bräutigams zugute, nicht der eigenen. Ihre Ausbildung lohnt daher nicht. Sie kann jedoch einen Teil ihrer Mitgift dadurch erwirtschaften, daß sie für Geld arbeitet, solange sie klein ist.

### APARTHEID DER GESCHLECHTER

Augenfälligster Indikator für die Diskriminierung von Frauen und Mädchen in Indien ist das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter. Die Volkszählung von 1991 hat ergeben, daß sich das Geschlechterverhältnis in Indien weiter zu Ungunsten der Frauen

entwickelt hat. Kamen bei der letzten Erhebung im Jahre 1981 noch 934 Frauen auf 1000 Männer, so wurde 1991 ein Verhältnis von 929 Frauen auf 1000 Männer errechnet. Die Zahlen sind allerdings regional verschieden. Für den südlichsten Bundesstaat Kerala ergab sich 1991 ein zahlenmäßiges Verhältnis von 1040 Frauen zu 1000 Männern. In den nördlichen Bundesstaaten Punjab und Uttar Pradesh hingegen leben auf 1000 Männer lediglich 888 bzw. 882 Frauen.

Diese Zahlen alarmieren, denn es ist nachgewiesen, daß Frauen, wenn sie gleich oder ähnlich ernährt und medizinisch versorgt werden wie Männer, diese um einige Jahre überleben. Der natürliche Überlebensvorteil des weiblichen Geschlechts ist im Säuglings- und Kleinkinderalter besonders hoch, so daß die etwas höhere Zahl von männlichen Kindern, die jedes Jahr geboren werden, bald ausgeglichen ist und in einer nichtdiskriminierenden Gesellschaft ebensoviele oder sogar mehr Frauen als Männer leben.

Auf der Grundlage historischer demographischer Daten sowie medizinischer Erkenntnisse läßt sich relativ genau feststellen, wieviel mehr Frauen in Ländern mit Männerüberschuß leben würden, wenn sie ähnlich ernährt und medizinisch versorgt würden. Davon ausgehend, ist zu konstatieren, daß in Indien rund 35 Millionen Frauen „fehlen“. Die für Indien zu erwartende Geschlechterproportion läge bei 1010 Frauen zu 1000 Männern, tatsächlich sind es aber 81 Frauen weniger. Anders ausgedrückt: Von den 844 Mill. Menschen, die derzeit in Indien leben, sind 405,3 Mill. Frauen. Die Zahl der „fehlenden“ Frauen liegt ungefähr bei 35,87 Mill.

Dieses Defizit läßt sich auf eine erhöhte Sterblichkeit der Frauen zurückführen. Die Gründe liegen primär in der fortdauernden Vernachlässigung von Frauen und Mädchen, ihrer ungleichen Behandlung im Bereich der Ernährung und der medizinischen Versorgung. So ergab beispielsweise eine Untersuchung über den Ernährungsstand bei Kindern der ärmsten Familien im indischen Bundesstaat Punjab, daß dort mehr als dreimal so viele Mädchen an Unterernährung leiden wie Jungen.

Seit es möglich ist, durch Ultraschall und Fruchtwasseruntersuchungen das Geschlecht eines Kindes schon im Mutterleib festzustellen, beginnt geschlechtsspezifische Diskriminierung nicht selten schon vor der Geburt. UNICEF gab im März 1994 bekannt, daß innerhalb eines Jahres allein in Bombay 40.000 weibliche Föten abgetrieben wurden. Mit Sprüchen wie „Lieber 500 Rupien jetzt zahlen und die ungewünschte Tochter loswerden als 500.000 bei der Heirat für die Mitgift morgen!“ warben die Kliniken in Indien offiziell noch bis vor ein

paar Jahren für die vorgeburtlichen Geschlechterbestimmungen.

Ein weiterer Grund für die hohe Mädchensterblichkeit ist die Tötung weiblicher Babies kurz nach ihrer Geburt. Das indische Nachrichtenmagazin „India Today“ berichtete im Juni 1986 über das Ausmaß dieser Praxis am Beispiel der Kallars in der Nähe der südindischen Stadt Madurai, die zu den ärmsten Gemeinschaften in dieser Gegend zählen. Vermutlich wird Kindstötung vor allem von Familien praktiziert, die sich die modernen Methoden der vorgeburtlichen Geschlechtsbestimmung nicht leisten können. Genaue Zahlen lassen sich laut UNICEF nicht ermitteln. Eine Umfrage unter 1250 indischen Familien in Tamil Nadu ergab, daß 740 dieser Familien nur jeweils eine Tochter hatten. 51 Prozent der Familien gaben an, Babies weiblichen Geschlechts innerhalb einer Woche nach der Geburt getötet zu haben, um die Mitgift von 40.000 bis 60.000 indischen Rupien zu sparen. Das Jahreseinkommen von über 80 Prozent der Familien lag bei weniger als 18.000 Rupien. Die Geburt eines Mädchens löst in vielen dieser Familien einen ungeheuren ökonomischen Druck aus, denn die später anfallenden Mitgiftzahlungen können Eltern von Töchtern in den finanziellen Ruin treiben.

Tatsächlich sind extreme Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung wie die Abtreibung weiblicher Föten in den höheren Gesellschaftsschichten und die Tötung von Mädchen kurz nach der Geburt bei den ärmeren Schichten nur zu einem geringen Teil für die hohe Sterblichkeit der Mädchen in Indien verantwortlich. Die ständige, schleichende Benachteiligung von Mädchen und Frauen bei der Verteilung von Gütern im Haushalt ist es, die auf Dauer die Überlebenschancen der weiblichen Mitglieder des Haushalts vermindert. Mädchen bekommen weniger zu essen als ihre Brüder, und wenn sie krank sind, wartet man ab, statt sie in die Klinik zu bringen. Am höchsten ist die erhöhte weibliche Sterblichkeit unter Säuglingen und Kleinkindern. Sie setzt sich aber fort bis zum 35. Lebensjahr. Eine verminderte Sterblichkeitsrate läßt sich für Mädchen mit höherem Geburtsrang feststellen. Erstgeborene Mädchen weisen nur eine wenig höhere Sterblichkeitsrate als Jungen auf. Die Überlebenschancen von spätgeborenen Mädchen sind aber drastisch reduziert.

Nach Meinung des Wirtschaftswissenschaftlers Stephan Klasen greifen die gängigen Erklärungsmuster für die Diskriminierung von Frauen, die ihre Ursache entweder im kulturellen Umfeld, der Armut oder den unzureichenden Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen sehen, für sich genommen oft zu kurz (vgl. Klasen, 1993).

Angenommen die geschlechtsspezifische Diskriminierung wäre primär als ein kulturelles Problem zu sehen: Die Zahlung von Brautpreisen diente als Anzeichen einer frauenfreundlichen Gesellschaft, Mitgiftforderungen als Indiz einer frauenfeindlichen Gesellschaft mit einer folglich erhöhten weiblichen

Sterblichkeitsrate. Wie sind dann die historischen Veränderungen der weiblichen Sterblichkeit in Indien und zum Vergleich auf Sri Lanka zu erklären – in beiden Ländern herrscht die Mitgiftpraxis vor? Warum wurde die Kultur Indiens im Lauf des Jahrhunderts frauenfeindlicher, während die Sri Lankas frauenfreundlicher wurde?

Wenn es zutrifft – so Klasen weiter –, daß arme Gesellschaften ihre weiblichen Mitglieder stärker vernachlässigen als reiche, so stellt sich die Frage, warum sich das Problem in Indien innerhalb der letzten hundert Jahre verschärft hat (zu Anfang des Jahrhunderts lag das Geschlechterverhältnis noch bei 972 Frauen zu 1000 Männern im Vergleich zu 929 Frauen im Jahre 1991). Das Einkommen, die Ernährung und die medizinische Versorgung der Masse der Bevölkerung hat sich in dieser Zeit, wenn auch langsam, so doch stetig verbessert. Warum ist dann die Frauensterblichkeit in den reichen Bundesstaaten des Nordens (wie etwa im Punjab), die am meisten vom Wirtschaftswachstum profitieren, am höchsten?

Unzureichende Bildungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen heißt es, seien für ihre Benachteiligung verantwortlich. Im südindischen Kerala liegt die Analphabetenquote für Frauen mit weniger als 10 Prozent weit unter dem gesamtindischen Durchschnitt. Hier bieten sich vergleichsweise gute Bildungsmöglichkeiten für Frauen. Gleichzeitig ist das Geschlechterverhältnis mehr als ausgewogen.

Die wirtschaftliche Stellung von Frauen ist für Klasen jedoch der bedeutendste Faktor für die geschlechtsspezifische Diskriminierung von Frauen (vgl. Klasen, 1993). Nach diesem Muster ließen sich auch regionale Unterschiede der weiblichen Sterblichkeit erklären: Regionen mit einer hohen Beschäftigungsrate oder Arbeitsbeteiligung von Frauen weisen nur ein geringes Frauendefizit auf. Wirtschaftlich aktive Frauen üben einen Beruf im formellen oder informellen Sektor der Wirtschaft aus oder sind mit- bzw. hauptverantwortlich für die landwirtschaftliche Produktion einer Familie. Sie stehen im Gegensatz zu den Frauen, die hauptsächlich im Haushalt arbeiten oder eine untergeordnete Rolle bei der landwirtschaftlichen Arbeit ihrer Männer spielen. Dieser Unterschied scheint nach Meinung Klasens für die Überlebenschancen von Frauen entscheidend zu sein. Wirtschaftlich aktive Frauen haben offensichtlich viel mehr unabhängige Kontrolle über die wirtschaftlichen Ressourcen des Haushalts, besonders wenn sie über ein eigenes Einkommen verfügen. Sie haben ein größeres Mitspracherecht bei der Verteilung von Gütern im Haushalt und können sich und ihren Töchtern deshalb einen größeren Anteil daran sichern.

Die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen in Indien und ihre Probleme ergeben sich nicht zuletzt aus der Vielfalt der Lebensformen, Kulturen und Religionen des Subkontinents. Die gut

ausgebildeten Frauen der Mittelschicht machen im Arbeitsleben Karriere, leiden aber unter der Doppelbelastung in Haushalt und Beruf und unter der Doppelmoral der Männer. Viele Millionen Inderinnen leben unter Bedingungen extremer Armut und Abhängigkeit und müssen täglich neu ihr und ihrer Kinder Überleben sichern.

Die moderne indische Frauenbewegung hat sich in den letzten Jahrzehnten vorwiegend mit dem Thema Gewalt gegen Frauen wie etwa Mitgiftmord, Witwenverbrennung, Abtreibung weiblicher Föten und Kindstötung auseinandergesetzt. Frauengruppen wurden aufmerksam, als 1974 ein Polizeibericht in Neu Delhi von einer überraschend hohen Zahl von Todesfällen junger, frischverheirateter Frauen berichtete, die durch Verbrennungen ums Leben gekommen waren. Die meisten von ihnen mußten sterben, weil ihre Eltern den Mitgiftforderungen der Familie ihrer Ehemänner nicht nachkommen konnten oder „Nachzahlungen“ wie etwa bei der Geburt eines Kindes nicht leisten konnten. 30 Frauenorganisationen taten sich damals zu einer Anti-Mitgift-Bewegung zusammen. Frauengruppen haben gegen den Mißbrauch von Ultraschall und Fruchtwasseruntersuchungen zur Geschlechterbestimmung – Methoden, die zur vorgeburtlichen Diagnose genetischer Defekte entwickelt wurden – protestiert. Diese Praxis ist 1988 zunächst im Bundesstaat Maharashtra, zu dem auch die Metropole Bombay gehört, verboten worden. Außerdem haben sich indische Frauenrechtlerinnen für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung von Frauen beispielsweise im informellen Sektor eingesetzt.

Themen wie Mitgiftmord und Witwenverbrennung haben auch in unseren Medien für Schlagzeilen gesorgt. Nicht selten haben sensationelle Meldungen über derartige Vorfälle den Eindruck vermittelt,

„daß die indische Gesellschaft sich auf einem Zivilisationsniveau befindet, das der Westen weit, weit hinter sich gelassen hat“.

(Kishwar, Klischeevorstellungen)

Madhu Kishwar, Herausgeberin der in Delhi erscheinenden Zeitschrift „Manushi“ (Menschin), bestreitet keinesfalls die Tatsachen. Sie ist lediglich der Meinung,

„daß es nicht möglich ist, einen Eindruck vom alltäglichen Leben in einer Gesellschaft zu bekommen, wenn nur von extremen Formen der Gewaltanwendung, von Sensationsfällen, von Ausnahmesituationen und nicht von den normalen Situationen ausgegangen wird; dann ergibt sich ein schiefes Bild, weil der Kontext fehlt, der eine Beurteilung dieser Ausnahmefälle erst möglich macht.“

(Kishwar, Klischeevorstellungen)

Die sozialen und ökonomischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte seit der Unabhängigkeit Indiens haben sich ganz besonders auf die Situation der Frau innerhalb von Familie und Gesellschaft ausgewirkt. Die Mitgiftproblematik vor allem in der indi-

schen Mittelklasse, zu der schätzungsweise 250 Millionen Menschen gehören und mit deren Konsumorientierung und potentieller Kaufkraft westliche Wirtschaftsexperten liebäugeln, ist ein Beispiel für diese Entwicklung.

#### MITGIFT: PROBLEM DES 20. JAHRHUNDERTS

In den letzten Jahren läßt sich ein Anstieg von Gewalt gegen Frauen in Indien verzeichnen. So haben beispielsweise in dem aufstrebenden südindischen Wirtschaftszentrum Bangalore mit Mitgiftforderungen zusammenhängende Fälle von Mißhandlungen von Frauen zugenommen. Der „International Herald Tribune“ berichtete im Dezember 1993 vom Fall einer Frau namens Nagavani, deren Mann wegen Mißhandlung seiner Ehefrau verhaftet wurde:

„Mein Mann wollte ein Haus, einen Motorroller im Wert von 30.000 Rupien. Er hat gesagt, wenn ich ihm dies nicht geben könnte, würde er mich von dem Dach eines Gebäudes stoßen. Er hat mich geschlagen. Er hat immer wieder gesagt, ich bin ein Ingenieur und wir müssen viele Dinge besitzen.“

Die Mitgiftpraxis, obwohl seit 34 Jahren per Gesetz verboten (Dowry Prohibition Act von 1961), trägt immer noch zur Erhöhung der Gewalt gegen Frauen in Indien bei. Mitgift bedeutet im indischen Kontext der Preis, den die Eltern der Braut an die Familie des künftigen Ehemannes bezahlen, bevor die Ehe nach den hinduistischen Ritualen vollzogen wird. Was früher nur eine Geste war, steht inzwischen in keinem Verhältnis mehr zur überlieferten Tradition. Mitgiftforderungen werden inzwischen auch in Gesellschaftsschichten erhoben, die bisher diese Praxis in dem Ausmaß nicht kannten. Bei fortschreitender Konsumorientierung und Kommerzialisierung der indischen Gesellschaft kann die Mitgift ein Mittel zur Befriedigung des wachsenden Bedarfs an Konsumgütern werden.

Die Mitgift für einen arbeitslosen Jugendlichen mit einer kleinen Farm auf dem Lande beträgt mittlerweile circa 7.000 bis 10.000 Rupien. Ein Beamter des prestigeträchtigen indischen Verwaltungsdienstes „Indian Administrative Services“ ist 10 Millionen indischer Rupien und mehr wert. Diese Summe entspricht dem Zehnfachen seines Jahreseinkommens. Die Wunschliste für materielle Güter, die neben den finanziellen Leistungen zur Mitgift zählen, ändert sich ständig. Vor ein paar Jahren waren ein Radiorekorder, ein Fahrrad und eine Armbanduhr ein Muß für einen Bräutigam auf dem Lande. Heute stehen ein tragbares Fernsehgerät und in einigen Regionen sogar ein Motorroller ganz oben auf der Liste. Die Kosten einer Eheschließung steigen ständig an durch Inflation und die Orientierung an den sogenannten Trendsettern. Auf die Familie der Braut kommen weitere Ausgaben zu wie etwa für den Schmuck der Braut, die Kosten der Zeremonie, den Empfang in einem Hotel, die Bewirtung einer großen Anzahl von Gästen, die Versendung von

Einladungskarten und die Produktion eines Heimvideos von den Hochzeitsfeierlichkeiten. Die finanziellen Aufwendungen einer indischen Hochzeit liegen durchschnittlich bei rund 10.000 Rupien. Bei etwa 10 Millionen Hindu-Hochzeiten pro Jahr ergeben sich hier gute Aussichten für die konsumorientierte indische Wirtschaft.

Hochzeitsanzeigen in indischen Tageszeitungen für arrangierte Ehen (arranged marriages) geben einen Einblick in den Heiratsmarkt der städtischen Mittelschicht. Während bei der Braut allenfalls der Hinweis auf einen Schulabschluß, die Hautfarbe oder aber der Besitz einer Aufenthaltsbewilligung für die USA oder Kanada von Belang sind, stehen beim Bräutigam die Verdienstmöglichkeiten im Vordergrund. Eine karriereträchtige Beamtenstelle deutet beispielsweise auf die Einnahme möglicher Bestechungsgelder zusätzlich zum Gehalt hin. Je höher der soziale und berufliche Status des Bräutigams und seiner Familie, desto höher gestalten sich auch die Mitgiftforderungen. Die Zahlung einer Mitgift wird als eine Art Investition in die Zukunft gesehen. Durch diese Verbindung kommt in der Regel eine Allianz mit einer einflußreichen Familie zustande, die Zugang zu ökonomischen und politischen Einflußmöglichkeiten verspricht. Der Terminus „respectable family“ – reiche einflußreiche Familie – weist schon in der Heiratsanzeige auf derartige Verdienst- und Einflußmöglichkeiten hin. Die Erwähnung „caste no bar“ liefert keinen Hinweis auf eine plötzliche Öffnung des Mittelstandes, sondern weist auf eine verstärkte Mobilität unter den respektablen Kasten und Subkasten hin. Wenn in einer Anzeige von einer „decent marriage“ die Rede ist, so ist das ein Kodewort für eine Heirat, die eine Mitgift zur Voraussetzung hat.

Früher stellte die Mitgift ein Mittel dar, um die soziale Mobilität innerhalb einer Kaste (jati) zu erhöhen. Eine sozial niedrigstehende Familie konnte so durch eine höhere Mitgift ihre Tochter in die Familie einer höherstehenden Gruppe (gotra) innerhalb derselben Kaste verheiraten. Dadurch erlangte sie mehr Ansehen und einen höheren Status in der sozialen Hierarchie. Nach dem Aufkommen von ökonomischen Unterschieden innerhalb einer Kaste werden heute die traditionellen Normen des Mitgiftsystems immer mehr durchbrochen. Nun stehen die Verdienstmöglichkeiten im Vordergrund, nicht etwa die sozial höherstehende Gruppe innerhalb der Kaste. Die zunehmende geographische Mobilität der städtischen Mittelschicht, die Anonymität durch Heiratsanzeigen und Heiratsinstitute führt dazu, daß ökonomische Kriterien vor anderen (etwa Persönlichkeit und Respektabilität) gewichtet werden.

#### ENTERBUNG DER TÖCHTER

Die städtische Mittel- und Oberschicht ist Trendsetterin, was die Höhe der Mitgiftzahlungen betrifft, aber auch schärfste Kritikerin dieses sozialen

Übels. Madhu Kishwar kritisiert, daß die Anti-Mitgift-Bewegung sich lediglich für eine Abschaffung der Mitgift eingesetzt habe. Unabdinglich für die Verbesserung der Rechte und damit auch für die Stellung der Tochter in der elterlichen Familie sei jedoch zusätzlich die Einforderung des töchterlichen Erbes (vgl. Kishwar, 1993)

Das Erbe der Söhne falle in den meisten Fällen viel höher aus als die Mitgift der Töchter. Finanzielle Belastungen wie etwa hohe Collegegebühren für ein Medizinstudium oder das Starthilfekapital bei einer Firmengründung, die Familien für ihre Söhne auf sich nähmen, ließen den männlichen Nachwuchs allerdings nicht als Bürde erscheinen. Es sei daher ihrer Meinung nach ein Trugschluß anzunehmen, daß die Mitgift als ökonomische Belastung der Familie der Braut per se der Grund für Gewalt gegen Frauen und ihre Abwertung in der Gesellschaft sei.

Die Verteidiger der Mitgift behaupten, sie wäre eine moderne Form des traditionellen Stridhan, also von Brautgeschenken, die unveräußerbares Eigentum der Braut sind und bei einer eventuellen Scheidung zurückgegeben werden müssen. Andere betrachten die Mitgift als die Auszahlung des elterlichen Erbes an die Tochter. Die Mitgift geht aber zum größten Teil direkt an die Familie des Bräutigams. Die Braut kann nicht frei darüber verfügen.

Wie hat sich die Tradition des Stridhan zur Mitgift entwickelt? Erst in der Literatur des 19. Jahrhunderts finden hohe Mitgiftforderungen als Problem eine Erwähnung. In der Kolonialzeit läßt sich eine widersprüchliche Haltung der Briten zur Frauenfrage erkennen. Auch wenn etwa das Verbot der Witwenverbrennung 1829 und der Kinderhochzeit 1929 eine Liberalisierung für indische Frauen einleitete, brachte die Kolonialzeit auch weitere Einschränkungen für Inderinnen mit sich. Während der Kolonialzeit kam es durch die Einführung des kolonialen Landrechts, nach dem Landtitel nur an das männliche Oberhaupt der Familie vergeben wurden, zu einer Einschränkung der wirtschaftlichen Bedeutung und der Erbrechte von Frauen. Das koloniale Erbrecht ermöglichte per testamentarischer Verfügung die Begünstigung einzelner Personen – zu meist der Söhne gegenüber den Töchtern. Bei dieser Regelung wurde nicht beachtet, daß Besitz traditionell kollektiv (und nicht individuell) war und Besitztümer auch gemeinsam verwaltet wurden. Besitz war nicht frei vererbbar, alle hatten ein Recht darauf. Die gesetzlichen Maßnahmen führten zu einer Konzentration des Besitzes in Männerhand. Sie bereiteten den Weg zur Enterbung der Frauen, die zu Abhängigen wurden und immer mehr als Bürde wahrgenommen wurden. Die Mitgift entwickelte sich als Form eines Angebots der Brautfamilie an die Familie des Bräutigams, ihnen diese Bürde abzunehmen.

Ein weiterer Faktor für die zunehmende Marginalisierung von Frauen in der Kolonialzeit bestand darin, daß die Männer durch den Aufbau des kolo-

nialen Verwaltungssysteme Zugang zu neuen Verdienstmöglichkeiten außerhalb der traditionellen Landwirtschaft fanden. Diese Möglichkeiten für einen Nebenverdienst oder gar ein regelmäßiges Einkommen und den damit verbundenen Machtzuwachs und politischen Einfluß ergaben sich für Frauen nicht. Dadurch hat sich das Ungleichgewicht weiter verstärkt. Das Beispiel der Dozentin Pratibha macht deutlich, wie sich diese wirtschaftliche und rechtliche Benachteiligung von Frauen heute auswirkt:

„Zum Zeitpunkt ihrer Hochzeit mit Vivek verdiente Pratibha 3.000 Rupien im Monat. Vivek, ein Geschäftsmann, verdiente ungefähr 12.000 Rupien im Monat, als sie heirateten. Sein Geschäft weitete sich aus, und nach 7 Jahren verdiente er 30.000 bis 50.000 Rupien pro Monat. In derselben Zeit stieg Pratibhas Gehalt um lediglich 2.500 Rupien pro Monat. Die Tatsache, daß sie bei Viveks Familie wohnten, vergrößerte das Ungleichgewicht. Da sie sich auf eine Hochzeit ohne Mitgift geeinigt hatten, konnte sie in dem Haus außer ihrer Kleidung und ein paar persönlichen Gegenständen nichts ihr eigen nennen. Vivek und sein Bruder werden ein Vermögen im Wert von 6 Millionen Rupien erben. Pratibha ist sich darüber im klaren, daß sie nichts von ihrem Vater erben wird. Wenn ihre Ehe zerbräche, würde ihr Lebensstandard dramatisch sinken, da sie aus dem Haus ausziehen müßte. Sie hat ein Anrecht darauf, dort als Viveks Frau zu leben, aber sie hat kein Recht auf einen Anteil des Eigentums ihres Schwiegervaters, gerade weil sie dem nichts hinzugefügt hat (in Form von Mitgift). Gesetzlich steht ihr der Erbteil ihres Mannes als seiner Witwe zu, wenn sein Erbe ihm schon nach dem Tod des Vaters zugefallen ist. Aber ihr steht kein Anteil daran zu seinen Lebzeiten zu, ob nun die Ehe hält oder nicht.“ (Kishwar, Dowry Calculations, S. 11f)

Durch die Mitgift – so Madhu Kishwar – kaufen also Eltern gewissermaßen einen Anteil des Eigentums der Familie des Bräutigams für ihre Tochter. Da die Tochter die Eltern als enterbtes Familienmitglied verläßt, zahlen sie quasi als Kompensation eine Mitgift.

„Wenn Töchter auf gleiche Weise und genauso viel wie Söhne erben, dann würden sie nicht das Haus des Bräutigams als Abhängige betreten, sondern als gleichberechtigte Partner. ... Unser Kampf sollte sich auf gleichberechtigte und unveräußerliche Erbrechte der Tochter konzentrieren.“

(Kishwar, Dowry Calculations, S. 17)

Das heute geltende Erbrecht liefert nur eine unzureichende Sicherheit für das Erbe von Töchtern. Die indischen Gesetze sehen Söhne und Töchter zwar als gleichberechtigte Erben, denen ein gleicher Anteil an der Erbmasse zusteht. Es ist jedoch möglich, diese Regelung durch eine testamentarische Verfügung zu umgehen. Hinzu kommt, daß die meisten Eltern und auch die Töchter dazu tendieren, die Mitgift als Auszahlung der Tochter zu betrachten. Ihr Anspruch auf das Erbe ist damit hinfällig geworden. Eine Neuregelung des Erbrechts, die die Rechte der Tochter besser schützt, würde ihre Stellung in der eigenen Familie und in der ihres

Mannes verbessern. Um die Gleichberechtigung von Frauen in der indischen Gesellschaft zu fördern, muß ihre rechtliche und wirtschaftliche Stellung deutlich angehoben werden. Das bedeutet gleicher Zugang zu Arbeitsstellen im formellen und informellen Sektor der Wirtschaft, keine Diskriminierung von Frauen bei der Vergabe von Krediten, bei Besitz, Kauf und Verkauf von Grundbesitz. Verbesserte Bildungschancen für Frauen und Mädchen stellen einen Wert an sich dar, sie helfen darüber hinaus auch die Kindersterblichkeit weiter zu verringern. Ein höherer Bildungsstand der Mütter führt, so lehren die Erfahrungen, zu einer niedrigeren Kinderzahl.

Es ist schon heute absehbar, daß durch die neuen Direktiven in der indischen Wirtschaft die armen Frauen noch mehr an den Rand gedrängt werden. Die Mehrzahl der Frauen arbeitet derzeit im informellen Sektor. Die wachsende Privatisierung hat zu Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und zu Schließungen von Betrieben geführt. Dadurch werden noch mehr Frauen gezwungen, im informellen Sektor unterzukommen. Was für Auswirkungen diese Entwicklungen auf die Situation der Frauen in Indien haben werden, läßt sich erst in der nächsten Dekade ermesen.

#### LITERATUR:

- BHASIN, KAMLA UND MENON, RITU: Sich täglich wehren. Frauenalltag in Indien. In: der überblick, 29. Jg., Nr. 4/93, S. 54-56.
- BUMILLER, ELISABETH: May you be the mother of a hundred sons. A journey among the women of India. New Delhi 1991.
- GULATI, LEELA: In the absence of their men. The impact of male migration on women. Delhi 1993.
- KISHWAR, MADHU: Dowry Calculations. Daughter's rights in her parental family. In: Manushi, Nr. 78/93, S. 8-17.
- DIES.: Klischeevorstellungen in der Bundesrepublik über Frauen in Indien. In: Brennpunkte, Sondernummer 23/24 (Indien und Bangladesch), Sept./Okt. 1993.
- KLASEN, STEPHAN: Tödliche Ungleichheit. Jedes Jahr sterben Millionen Mädchen und Frauen infolge von Diskriminierung. In: der überblick, 29. Jg., Nr. 2/93, S. 25-29.
- KUMAR, RADHA: The History of Doing. An illustrated account of movements for women's rights and feminism in India, 1800-1990. New Delhi 1993.
- LIDDLE, JOANNA / JOSHI, RAMA: Daughters of Independence. Gender, Caste and Class in India. London 1986.
- SEN, AMARTYA: More than 100 Million Women are missing. In: New York Review of Books, 20.12.1990, S. 61-66.
- SHARMA, KALPANA: Auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft. Die Frauenbewegung in Indien. In: der überblick, 29. Jg., Nr. 4/93, S. 57-59.
- TULLY, MARK: No full stops in India. London 1991.
- UNICEF-Dokumentation Nr. 10: Chancen für Mädchen. Zur Situation von Mädchen in Entwicklungsländern. 1994.
- WICHTERICH, CHRISTA: Stree Shakti. Frauen in Indien: Von der Stärke der Schwachen. Bornheim-Merten 1986.

INGEBORG MARIA GRAU

## STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMME UND TRENDS IN IHREN GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN AUSWIRKUNGEN SAP und „Second Economy“ – am Beispiel Nigerias

### 1. EINLEITUNG

Im September 1994 konnten die beiden Bretton-Woods-Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) auf fünfzig Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Seit den frühen 1980er Jahren verwalten sie Stabilisierungs- und Struktur-anpassungsprogramme (SAP) in 'Entwicklungs-ländern' in Afrika, Asien und Lateinamerika und nunmehr auch in Osteuropa.

Erklärtes Ziel dieser Institutionen ist es, kurzfristig in einer Phase der Stabilisierung ein Zahlungsgleichgewicht wiederherzustellen – Stabilisierungsmaßnahmen werden vor allem durch den IWF getroffen – und langfristig durch effizientere Ressourcenverteilung zur Förderung des Wirtschaftswachstums der betreffenden Staaten beizutragen. Finanzierungshilfen in Form von Krediten werden nur bei Erfüllung der geforderten Auflagen gewährt. Die Weltbank ist vorrangig mit Maßnahmen zur Struktur-anpassung befaßt. Ein wichtiges Element von SAP besteht in der Limitierung der Rolle des Staates in der Ökonomie, in der Betonung des privaten Sektors für Entwicklung und im Vertrauen auf Marktmechanismen bei der Preisentwicklung. (Woestman, 1994)

Vor allem der Aspekt der Auswirkungen von Struktur-anpassungsprogrammen auf den in Entwicklungsländern vorherrschenden Sektor der 'Second Economy' und auf Frauen, als jener Gruppe, die in diesem Wirtschaftssektor vorwiegend tätig ist, soll im weiteren am Beispiel Nigerias untersucht werden. Kritische Genderforschung über die Auswirkungen von SAP auf Frauen (und Männer) in verschiedenen sozialen Gruppen und ihre Reaktionen darauf steht zum Teil noch aus. Vor allem aber fehlen Langzeituntersuchungen darüber in ein und derselben sozialen Gruppe eines bestimmten Gebietes.

Genderanalyse geht über die Analyse von Frauen in ihren Kontexten insofern hinaus, als erst in Beziehungen jedweder Art – also auch solchen zwischen Frauen und Männern – asymmetrische Machtverhältnisse offenbar werden können. Genderbeziehungen sind ihrem Wesen nach Beziehungen, die etwa durch Klasse, Ethnizität und Nord-Süd-Beziehungen beeinflusst werden. Genderbeziehungen sind nicht unumgänglich repressiv; sie sind transformierbar. Letztlich sollte die Schaffung und/oder Stärkung nicht-repressiver Genderbeziehungen Ziel jeder Genderanalyse sein. (Mbilyni, Paper 1994, S. 1)

Mitunter wurde argumentiert, daß SAP für Frauen und Arme neue Möglichkeiten in der Wirt-

schaft eröffnet hat. Kritische Analysen der Auswirkungen der von Weltbank und IWF verfolgten Politik sprechen jedoch davon, daß sie – im Gegensatz zum erklärten Ziel der weltweiten Bekämpfung von Armut und Abhängigkeit – die Unterschiede zwischen Armen und Reichen, Frauen und Männern, dem Süden und dem Norden verschärft hätten und Genderbeziehungen repressiver geworden wären. Privatisierung und Abwertung hätten zu höheren Lebenshaltungskosten geführt; geringere Einkommen, der Rückgang von öffentlichen Dienstleistungen und ökonomische Verunsicherung hätten die Belastungen noch erhöht. Struktur-anpassungsprogramme hätten damit den Prozeß der diskriminierenden Einbindung von Frauen in die Ökonomie fortgesetzt, wie er im Kolonialismus eingeleitet worden war.

### 2. HISTORISCHER RÜCKBLICK

#### 2.1 BEISPIELE FÜR GESCHLECHTLICHE ARBEITSTEILUNG IM VORKOLONIALEN NIGERIA

Bei aller Unterschiedlichkeit der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Systeme können für vorkoloniale afrikanische Gesellschaften auch einige weit verbreitete Gemeinsamkeiten ausgemacht werden: der hohe Rang etwa, den die Landwirtschaft einnahm, die Überzeugung, daß Nutzungsrechte über Land, das im Kollektivbesitz war, grundsätzlich allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommen sollten und die starke Präsenz von Frauen in der landwirtschaftlichen Produktion und in der häuslichen Arbeit. Dauer der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, Lebensalter und persönliche Verdienste konnten die Bedeutung des biologischen Geschlechts überlagern und in den Hintergrund treten lassen. Ökonomie und Politik standen explizit und implizit in komplexen Beziehungen zueinander: dadurch konnten auch Frauen, denen keine formalen politischen Ämter und Aufgaben oblagen und denen auch keine den männlichen Institutionen entsprechenden eigenen zur Verfügung standen, durchaus sowohl individuell als auch kollektiv Macht und Einfluß ausüben.

In den vorkapitalistischen, vorkolonialen Gesellschaften Nigerias waren die Tätigkeitsbereiche von Männern und Frauen zueinander vorwiegend komplementär. Die Verteilung von symmetrischen beziehungsweise asymmetrischen Beziehungen zwischen den Geschlechtern in den einzelnen Lebensbereichen war/ist abhängig von den einzelnen ethnischen Gruppen, geographischen Regionen, sozialen Klassen und den historischen Kontex-

ten. In traditionellen ökonomischen Systemen hatten sowohl Männer als auch Frauen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – Verantwortung für ihre Familien und deren Unterhalt zu tragen; die Arbeitsteilung innerhalb der Familie erfolgte auf der Grundlage von Alter, (sozialem und/oder biologischem) Geschlecht und Verwandtschaft. Frauen waren im allgemeinen vorrangig in der Landwirtschaft tätig, waren – in den einzelnen Regionen in unterschiedlichem Ausmaß – bei Anbau, bei Ernte, Weiterverarbeitung, bei Transport und Vermarktung tätig. Der Zugang von Frauen zu den Produktionsmitteln Land, Arbeit und Kapital hing von ihrer Stellung innerhalb der Familie, Lineage und Gemeinschaft ab. Männer erhielten in den meist patriarchalischen Gesellschaften Zugang zu Land vor allem als Lineage-Mitglieder, Frauen im allgemeinen als Ehefrauen, mitunter aber auch als Töchter.

Als ein Beispiel für eine 'untypische' geschlechtliche Arbeitsteilung können die Yoruba im vorkolonialen Südwestnigeria dienen. Schon in den ersten Jahrhunderten des 2. Jahrtausends schufen sie Königreiche mit urbanen Zentren. Die Städte mit ihrem hochentwickelten Handwerk und der Landwirtschaft in ihrem Umfeld waren politisch und ökonomisch relativ unabhängig. Stadtentwicklung und geschlechtliche Arbeitsteilung waren eng miteinander verknüpft: Sofern Männer nicht in städtischen Handwerksberufen tätig waren, arbeiteten sie vor allem in der Landwirtschaft außerhalb der Städte; Frauen waren vorwiegend innerhalb der Städte in den Bereichen Nahrungsmittelverarbeitung, Handel und Gewerbe tätig; in der Landwirtschaft kam ihnen gegenüber Männern geringere Bedeutung zu. Zum Teil waren sie, wie Männer auch, in Berufsgilden zusammengeschlossen. Frauen hatten weitgehend Kontrolle über ihre Ökonomie: Händlerinnen etwa waren in Verbänden zusammengeschlossen und hatten durch ihre Institutionen und ihre jeweilige Iyalode, immer wieder als 'Marktkönigin' bezeichnet, nicht nur entscheidende Rollen in der Verwaltung der Märkte inne; sie beteiligten sich auch am Fernhandel und hatten durch ihre Vertreterinnen politischen Einfluß.

„Das Geschlechter-duale Wirtschaftssystem begünstigte eine Solidarität unter Frauen als ökonomisch agierende Gruppe, die ihre Interessen gemeinsam vertrat und kontrollierte – basierend auf einer ähnlichen materiellen Position aller beteiligten Individuen. Diese Form der geschlechtlichen Arbeitsteilung verfestigte sich im 19. Jahrhundert zunächst noch, als im Zusammenhang mit dem Zerfall des imperialen Reiches Oyo die Sicherheit außerhalb der befestigten Städte bedroht war.“

(Armbruster, Paper 1992, S. 6)

In den Staaten der Yoruba hatten Frauen neben ihrer bedeutenden ökonomischen Rolle und dem damit einhergehenden politischen Einfluß eine Reihe von explizit politischen Ämtern in der Verwaltung inne und übten auch über ihre Beteiligung an Kulten erheblichen

Einfluß auf Wirtschaft und Politik aus.

Gewisse Analogien in der geschlechtlichen Arbeitsteilung lassen sich auch in den vorkolonialen „konstitutionellen Dorfmonarchien“ (AFIGBO) der Igbo Südostnigerias vor allem westlich des Flusses Niger, aber auch in den flußnahen Gebieten östlich des Niger feststellen. Kamene Okonjo (1976) beschreibt ein duales politisches System, in dem einem männlichen Herrscher, dem Obi, und seinem Kabinett, eine Herrscherin, die Omu, mit ihrem Kabinett zur Seite stand; die Omu war nicht etwa Ehefrau des Obi; sie war vor allem für die Marktorganisation und den Handel zuständig, der vorwiegend von Frauen kontrolliert wurde. Daneben aber waren Frauen in ihren ökonomischen und politischen Interessen auch durch Institutionen vertreten, in die jede Sektion einer Siedlung eine Repräsentantin entsandete. Politische Interessensgruppen waren durch das Geschlecht definiert und repräsentiert. Jede Gendergruppe vertrat im allgemeinen ihre eigenen Belange. Die Aktivitäten, die Frauen innerhalb der geschlechtlichen Arbeitsteilung zukamen, hatten durchaus auch eine politische Dimension.

Die größte politische Einheit im übrigen Gebiet der Igbo bildeten „Dorfrepubliken“ (AFIGBO), in denen Männer und Frauen im allgemeinen komplementäre Tätigkeiten in Handel, Gewerbe und in der Landwirtschaft innehatten. Frauen hatten jedoch den größten Teil der landwirtschaftlichen Arbeit zu leisten. Sie waren erfolgreiche Bäuerinnen, handelten mit landwirtschaftlicher Überschussproduktion, arbeiteten als Töpferinnen und Weberinnen und waren – durch das weithin praktizierte Prinzip der Exogamie – imstande, entscheidend am Aufbau und an der Erhaltung von Kontakten, zur Marktorganisation und zur Sicherung von Frieden und Harmonie zwischen Gruppen beizutragen. Grundlage ihres politischen und ökonomischen Einflusses bildeten ihre Verbände als Töchter beziehungsweise als Ehefrauen einer Lineage. Dadurch waren sie imstande, ihre eigenen Belange zu regeln, ihre Interessen wirksam zu vertreten und nötigenfalls auch durch von ihnen verfügte Sanktionen durchzusetzen.

## 2.2 ZUM WANDEL DES GESCHLECHTER- VERHÄLTNISSES IM KOLONIALEN NIGERIA

Die koloniale Expansion Europas in Afrika ab dem Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Ziel der Nutzung seiner ökonomischen und 'menschlichen Ressourcen' durch Anbau von Produkten für den Export, durch Einführung von Lohnarbeit und Verbreitung 'westlicher Wertvorstellungen' leitete eine Entwicklung ein, in der in weiten Bereichen afrikanische Wirtschaftsentwicklung unter Einbindung einheimischer Nutznießer dieses Systems als fremdbestimmt erfolgte. In diesem Prozeß wurden Frauen und Männer der Tendenz nach in unterschiedlicher Weise in die Weltwirtschaft integriert, wodurch es zu einem folgenschweren Wandel im Geschlechterverhältnis kam: aus vorkolonialen, häufig komplementär gestal-

teten Beziehungen zwischen Männern und Frauen auf der Grundlage ihrer jeweiligen Ökonomie entstanden unter den Bedingungen von Kolonialismus und westlichem Kapitalismus hierarchisch-komplementäre Beziehungen. (Sudarkasa, 1973)

Die Errichtung der britischen Kolonialherrschaft in Nigeria, verbunden mit der Einführung von Steuern und Lohnarbeit, führte einerseits zu neuen Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung, andererseits verstärkte sie zunächst sogar noch etablierte Systeme vorkolonialer Arbeitsteilung.

Als etwa im Gebiet der Yoruba in Südwestnigeria Kakao als ein Produkt für den Export (cash crop) angebaut und der Export von Palmkernen intensiviert wurde, entstand dadurch eine neue Einkommensmöglichkeit für Männer, die ihnen Zugang zur Geldökonomie verschaffte und das vorkolonial etablierte System geschlechtlicher Arbeitsteilung noch verstärkte. Wo immer aber der Handel ökonomische Vorteile versprach, drangen Männer, gestützt durch das an patriarchalen Strukturen orientierte Kolonialsystem, in die früher von Frauen innegehabten, nunmehr profitablen Bereiche der Exportgeschäfte ein. (Zdukke, 1987; Mba, 1982) Frauen blieben weiterhin in der Nahrungsmittelverarbeitung, im Kleinhandel und Verteilerhandel tätig, zum Teil allerdings wurden sie auch in 'unsichtbare' Bereiche der Wirtschaft abgedrängt. Der sich entwickelnde Groß- und Exporthandel wurde durch europäische Faktoreien und Händler monopolisiert. Jedenfalls aber waren insbesondere Yoruba-Händlerinnen durch Maßnahmen der Preis- und Produktkontrolle und durch neue Verwaltungsstrukturen für die Märkte in ihren autonomen Entscheidungen in diesen Bereichen betroffen.

In Nigeria konnten Männer, gestützt auf den Kolonialismus, zunächst noch in Bereiche der Wirtschaft – des Handels, der Märkte – eindringen, die zuvor Domäne von Frauen gewesen waren. Nur einige wenige Frauen vermochten es, sich gegen die wachsende Konkurrenz durch europäische Faktoreien und einheimische Männer durchzusetzen. Im allgemeinen waren Frauen von profitablen Bereichen innerhalb der Geldökonomie ausgeschlossen; im Zusammenwirken von kapitalistischem Weltssystem und patriarchalen Strukturen wurden sie auf die Subsistenz und auf schlechtbezahlte Stellen als Tagelöhnerinnen und andere Bereiche des informellen Sektors, der 'Second Economy' (Maliyamkono / Bagachawa), verwiesen.

Kolonialismus war ein an Männern und patriarchalen Strukturen orientiertes System und tendierte dazu, Frauen an den Rand des politischen, ökonomischen und kulturellen Geschehens beziehungsweise in den 'unsichtbaren Bereich' zu verdrängen. Selbst in Gebieten, in denen Frauen vorkolonial auch explizit politische Rollen innegehabt hatten, wurden sie vom kolonialen Verwaltungssystem ausgeschlossen.

Männer und Frauen wurden im Kolonialismus in unterschiedlicher Weise in die Ökonomie integriert.

Neue Positionen in der Wirtschaft wurden bevorzugt, solche in der Verwaltung ausschließlich Männern zugänglich. Auch wenn Männer Lohnarbeit annahmen, wurden Frauen nicht 'Hausfrauen' im westlichen Sinn: Um das Überleben unter den Bedingungen des Kolonialismus zu sichern, waren Frauen gezwungen, neben ihrer Arbeit in der Subsistenzwirtschaft, im Haushalt und für ihre Kinder, Lohnarbeit zu übernehmen oder für den Markt zu produzieren.

Im Kolonialismus wurde das Produktionsmittel Land aus kollektivem Besitz in individuelles Eigentum übergeführt – dabei wurden Männer als 'Haushaltsvorstände' bevorzugt als Eigentümer anerkannt. Die Einführung von Kakao als Exportprodukt im Yoruba-Gebiet veränderte Besitz- und Landrechte in unterschiedlicher Weise: In Illefe führte dieser Wandel zur Kontrolle von Männern auch über die Produkte der Arbeit von Frauen, nicht jedoch in Ondo oder in Abeokuta, wo Frauen intensiv im Handel tätig waren oder selbst Land besitzen durften. (Afonja, 1986, S. 80 ff.)

Für die Analyse der Interaktion von Klasse und Gender muß die Präsenz von Frauen im kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Sektor der Wirtschaft nebeneinander bedacht werden. (Robertson / Berger, 1986, S. 14 ff.) Die Entwicklung von Klassenbewußtsein von Frauen im Kolonialismus ist nicht notwendig mit der Klassenposition ihrer Ehemänner oder ihrer männlichen Verwandten gleichzusetzen, sondern war auch abhängig von ihren eigenen Tätigkeiten im 'häuslichen' und 'außerhäuslichen' Bereich.

Weibliche Solidarität hatte auch vorkolonial ihre Limitierungen. Biologisches und soziales Geschlecht waren (und sind) nicht notwendig deckungsgleich. Durch verstärkte Klassenspaltungen auch unter Frauen und die zunehmende Bedeutung, die ethnische Identität im kolonialen Verwaltungssystem der 'Indirekten Herrschaft' erfuhr, wurden – und werden heute, in einer Zeit der zunehmenden Verknappung von Ressourcen – Solidarisierungen zwischen Frauen noch weiterhin erschwert.

### 2.3 STRATEGIEN VON FRAUEN ZUR WIEDERHERSTELLUNG NICHTREPRESSIVER GENDERBEZIEHUNGEN IM KOLONIALISMUS

Neue Festlegungen von Gender, dem sozialen Geschlecht, im Kolonialismus, westliche Schulausbildung vor allem für Buben, neue Formen geschlechtlicher Arbeitsteilung und verstärkte Einbindung von Männern in die sichtbaren Bereiche der Geld- und Warenökonomie, verdrängten Frauen aus Bereichen vorkolonialer weiblicher Autonomie. Frauen nahmen jedoch die ihnen im Kolonialismus zugeordneten Rollen in den marginalen Bereichen der Wirtschaft und ihre Verdrängung aus der Politik nicht widerspruchslos hin: sie setzten sich entschieden, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, für die Errichtung

und Wiederherstellung symmetrischer, nichtrepressiver Genderbeziehungen ein.

Frauen haben auf vielfältige Weise Widerstand gegen ihre Marginalisierung geleistet:

– Durch ihre traditionellen Verbände, wie etwa die Marktfrauenverbände im Yoruba-Gebiet unter Führung von Madam Alimota Pelewura schon ab 1908 oder durch die Frauenverbände der Igbo, Ibibio und Ogoni, die in ihrem gewaltlosen aber entschiedenen „Krieg der Frauen“ von 1929/30 gegen die Symbole ihrer ökonomischen und politischen Unterdrückung im britischen Kolonialismus kämpften: gegen europäische Faktoreien, Gerichte und koloniale 'Chiefs';

– durch neugegründete politische Pressure Groups oder durch Gruppierungen, die traditionelle Strukturen als Grundlage für neue Institutionen und Organisationen nutzten. In kollektiven öffentlichen Demonstrationen, Streiks und Massenbewegungen gegen Besteuerung von Frauen gelang es etwa der Abeokuta Women's Union (AWU) unter Führung der charismatischen Frau Olufunmilayo Ransome-Kuti (später Anikulapo-Kuti), den traditionellen Herrscher unter dem System der britischen 'Indirekten Herrschaft', den Alake Ademola von Abeokuta, 1949 zum Rücktritt zu zwingen. Nach anfänglichen Versuchen von meist christlichen Frauen aus der westlich gebildeten Elite, ihre Rechte als privilegierte Minderheit einzuklagen und nur in gemäßigter Form und durch Fürsorgeeinrichtungen Verbesserungen für Marktfrauen und 'ungebildete' Frauen, oft Musliminnen, zu erzielen, entstanden schließlich Formen der Kooperation und solidarischen Arbeit. (Mba, 1982; Johnson, 1986) Die Flexibilität, mit der dabei traditionelle Organisationsformen erweitert und moderne Formen politischer Agitation aufgegriffen wurden, ist beeindruckend.

### 3. GENDERPROBLEMATIK, 'SECOND ECONOMY' UND SAP IM UNABHÄNGIGEN NIGERIA

Mit zunehmender 'Integration' von 'Entwicklungsländern' in weltwirtschaftliche Zusammenhänge kam es zu einer Fortsetzung des bereits im Kolonialismus eingeleiteten Wandels im Geschlechterverhältnis und zu einer relativen Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Einkommenssituation. Der Tendenz nach wurden nicht-entlohnte Arbeitsverhältnisse ausgeweitet. Nicht nur wurde Subsistenzproduktion in einem erweiterten Sinn zur Selbstversorgung im Haushalt und zur Versorgung der Kinder einschließlich Warenproduktion in geringem Umfang einseitig Frauen zugeordnet, sie hatten auch sporadisch Lohnarbeit im sozial nicht abgesicherten Rahmen zu leisten und weitgehend die sozialen Kosten für die Reproduktion zu tragen. Hingegen wurde Lohnarbeit mit einer gewissen sozialen Absicherung vorrangig Männern zugeordnet.

Beruhete die nigerianische Wirtschaft noch über den Biafra-Krieg hinaus auf kleinbäuerlicher landwirtschaftlicher Produktion für den Eigenbedarf und den Weltmarkt, so zeigte sich mit dem Ansteigen der Erdölexporte eine Trendumkehr. Es kam zu einer umfassenden Umstrukturierung der Wirtschaft, die mit verstärkter Arbeitsmigration in die Städte und dem Rückgang landwirtschaftlicher Produktion für den Export einherging. Selbst der Bedarf an Grundnahrungsmitteln konnte nicht mehr durch den Agrarsektor gedeckt werden. 1980 wurden 96% der Exporterlöse aus dem Export von Erdöl erzielt. Der 'Erdölboom' hatte zunächst eine enorme Ausweitung von Verwaltung und öffentlichem Dienst zur Folge. Vor dem Einsetzen der ökonomischen Krise in Verbindung mit der Schuldenkrise ab Mitte der 1980er Jahre, die es nötig machte, für Schuldentrückzahlungen statt 1,9% der Exporterlöse (1980) 35% davon (1984) auszugeben, verfügten Verwaltung und öffentlicher Dienst über etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze im formellen Sektor der Ökonomie. (Zdunnek, 1988) Daneben aber nahm auch die Beschäftigung von Frauen und Männern in ungeschützten Bereichen der Ökonomie, im sogenannten 'informellen Sektor', dem 'nicht-organisierten' Sektor des 'Self-Employment' (Omnedt, 1989) beziehungsweise der 'Second Economy' zu.<sup>1</sup>

„Der Begriff informeller Sektor wurde von Hart (1973) geprägt, der damit ökonomischen Aktivitäten außerhalb der modernen industriellen und administrativen Ökonomie umfaßte, die nicht in die Berechnung des Bruttosozialprodukts eingingen.“

(Zdunnek, 1988, S. 17)

Das „International Labour Office“ (ILO) stellte 1972 eine Liste von Merkmalen für diesen Bereich der Wirtschaft auf: Er zeichnet sich demnach durch leichten Zugang, Verwendung lokaler Ressourcen, kleine Betriebsgrößen, arbeitsintensive Produktion, fehlende Besteuerung, wenig Trennung zwischen Arbeits- und Lebenswelt aus und werde häufig als Familienunternehmen geführt. Fähigkeiten und Fertigkeiten dafür werden außerhalb des formalen Bildungssystems erworben. Er zeichnet sich weiters dadurch aus, daß Arbeit gegen Einkommen in direkter Form geleistet wird; durch ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, häufig durch Kleinproduktion ohne soziale Absicherung und staatliche Kontrolle und unter starkem Konkurrenzdruck.

Eine derartige Begriffsbestimmung reicht jedenfalls aus heutiger Sicht nicht zur Charakterisierung dieses Wirtschaftsbereichs aus – vor allem wird sie seiner Bedeutung, seiner Heterogenität und schöpferischen Entfaltungsfähigkeit nicht gerecht. Zunehmend bedienen Frauen und Männer sich einer formalen Ausbildung, um sie im informellen Bereich mit Gewinn einsetzen zu können. Eine strikte Trennung zwischen formellem und informellem Bereich ist mitunter gar nicht möglich, weil bei niedrigen Gehältern im formellen Bereich zusätzlich Tätigkeiten im informellen übernommen werden. In der Beurteilung der jeweiligen Tätigkeit aus der Sicht der

Betroffenen wird letztlich weniger zwischen den beiden Bereichen unterschieden; vielmehr bildet der Erfolg den Maßstab zu ihrer Bewertung und damit Grundlage zu Selbstbewußtsein und Zufriedenheit.

Häufig wird fälschlich angenommen, daß die 'Second Economy' nur im städtischen Bereich von Bedeutung ist; dabei wird übersehen, daß vor allem Frauen – und in zunehmendem Maße auch Kinder – in ländlichen Gebieten in der landwirtschaftlichen Produktion etwa als Tagelöhner/innen arbeiten.

### 3.1 ZUR BEDEUTUNG DER 'SECOND ECONOMY' IM RAHMEN DER NIGERIANISCHEN WIRTSCHAFT

Die 'Second Economy' umfaßt bei weitem den größten Bereich der Wirtschaft in Entwicklungsländern. Ihn als den einzigen 'unabhängigen' Bereich einzustufen, wie Anheimer und Seibel (1985) das tun, ist angesichts immer wieder erfolgreicher zerstörerischer Eingriffe durch den Staat und auch infolge seiner Vernetzung mit dem formellen Sektor kaum aufrechtzuerhalten.

Mit zunehmender Urbanisierung und insbesondere seit dem Erdölboom in Nigeria sind die Beschäftigungsmöglichkeiten im informellen Sektor bei weitem schneller angewachsen als die im formellen Sektor. (Babajide, Paper 1994, S. 6) Im Bereich der modernen industriellen Produktion, in der Verwaltung und im öffentlichen Dienst waren Mitte der 1980er Jahre nur etwa 6–8% der Erwerbstätigen beschäftigt – unter ihnen zu über 80% Männer; Frauen waren vorwiegend in 'typischen Frauen-Bereichen' in der Verwaltung, im medizinischen und im Bildungsbereich tätig. Hingegen waren mehr als 80% der erwerbstätigen Frauen in der 'Second Economy' beschäftigt.

Nigerianische Frauen sind dabei immer noch vorherrschend in jenem Bereich der 'Second Economy' tätig, der durch kleine Unternehmungen mit niedrigem Einkommen aber hohem Arbeitseinsatz charakterisiert werden kann. Stellen im formellen Sektor der Wirtschaft stehen zwar grundsätzlich Männern und Frauen offen, doch zeigen die vorhandenen Statistiken die fortgesetzte diskriminierende Behandlung von Frauen bei der Stellenvergabe – sowohl was den Anteil an Frauen als auch was deren berufliche Einstufung betrifft. Die Bundesregierung (FGN) – als der größte Dienstgeber Nigerias – unterscheidet sich darin kaum von anderen. 1975, zum Zeitpunkt des Beginns der „UN-Women's Decade“, lag der Frauenanteil unter den Bundesbediensteten bei nur 1,64% (!), stieg dann bis 1980 auf über 12% an und blieb mit Schwankungen nach oben und unten bis 1988 etwa auf dieser Höhe. (Aina, 1993, S. 8) Unter Bezugnahme auf Oiadunni (1991) stellt Aina fest, daß der Prozentsatz 1990 wieder auf bloße 4,7% zurückfiel.<sup>2</sup> Wiewohl Mädchen und Frauen auch in ihrer Ausbildung deutlich diskriminiert sind, so läßt sich bei einem Frauenanteil von 26,5% (1989/90) an nigerianischen Universitäten das Argument vom Fehlen entsprechend qualifizierter Frauen nicht für ihre ge-

ringe Beschäftigung im formellen Sektor heranziehen.

### 3.2 FRAUEN IN DER 'SECOND ECONOMY' NIGERIANISCHER STÄDTE UND DURCHSETZUNG VON GRUPPENINTERESSEN MITTELS SELBSTHILFEORGANISATIONEN

Die durchschnittliche Erwerbstätigkeit in nigerianischen Städten wurde 1984 für Männer und Frauen zwischen dem 15. und 59. Lebensjahr mit 71% beziehungsweise mit 31% angegeben. Als nicht erwerbstätig unter Männern wurden Studenten und Arbeitslose angeführt; unter Frauen hingegen neben Arbeitslosen 51% 'Hausfrauen'. Derartige Prozentzahlen sind allerdings von relativ geringer Aussagekraft: einerseits wegen der starken regionalen Unterschiede, andererseits wegen der Fragwürdigkeit, die Tätigkeit nigerianischer Frauen im Haushalt mit der im Westen im städtischen Milieu üblichen Tätigkeit von Frauen zu vergleichen, die ausschließlich im Haushalt arbeiten. Die niedrigsten Erwerbsquoten für Frauen werden für die nördlichen Bundesstaaten Nigerias unter den Hausa und Fulani angegeben (doch dabei ist zu vermerken, daß infolge der Praxis von Seklusion im Zusammenhang mit dem Islam die Produktion von Frauen auch für den Markt sozusagen 'versteckt' in den Haushalten stattfindet). Die höchsten Erwerbsquoten für Frauen wurden für die Bundesstaaten der Yoruba im Südwesten Nigerias – und zwar auch unter der muslimischen Bevölkerung – ermittelt.

Die meisten nigerianischen Frauen in der Stadt sind selbständig beschäftigt. Die bedeutendsten Arbeitsbereiche in Ibadan sind dabei nach Zdunek (1987; 1988) der Handel mit Nahrungsmitteln und deren Weiterverarbeitung, Zubereitung und Verkauf von Mahlzeiten und die Arbeit in Friseur- und Schneidereiunternehmen. In geringerem Umfang führen Frauen auch Schreibbüros oder sind Mühlenbesitzerinnen. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von Frauen wird von Zdunek mit 60 Stunden für den Gelderwerb und 22 Stunden für die Hausarbeit (Kinderbetreuung, Kochen, Einkaufen, Wasserholen, Putzen und Waschen) angegeben.

Selbsthilfeorganisationen und Vereinswesen haben in Westafrika und insbesondere in Nigeria eine lange Tradition und haben ihre Grundlage zum Teil in Institutionen, wie sie schon vorkolonial für Frauen und Männer geschaffen worden waren.

„Sie zeichnen sich durch ihre Vielfalt, Variabilität und Flexibilität aus. Es gibt zentrale Organisationen ebenso wie lockere Zusammenschlüsse einzelner Gruppen bis hin zu unabhängigen Einzelvereinigungen.“

(Babajide, Paper 1994, S. 7)

Die bedeutendsten Gruppierungen unter ihnen sind Berufsverbände, informelle Finanzinstitutionen wie Spar- und Kreditsysteme, ethnische Verbände und Geselligkeitsvereine – einige von ihnen werden getrennt nach Männern und Frauen geführt, andere auch in gemischtgeschlechtlichen Gruppen.

Unter den Berufsverbänden von Yoruba-Frauen sind in erster Linie Handlungsgilden zu nennen, die auf Marktebene und/oder getrennt nach Warengattung organisiert sind. Die von Zdzunek 1986 in Ibadan untersuchten Gruppen umfaßten zwischen 10 bis zu einigen 100 Mitgliedern. Jede Frau, die in einer bestimmten Branche Handel treiben wollte, mußte Mitglied der entsprechenden Gilde sein. In regelmäßig abgehaltenen Versammlungen werden Preisabsprachen getroffen und Informationen über die Marktentwicklung ausgetauscht. In der Schneiderei sind Frauen und Männer in parallelen Organisationen vertreten; Mühlenbesitzer/innen sind auf Stadtteilebene organisiert und in einer zentralen Organisation zusammengefaßt. Am schlechtesten organisiert sind Friseurinnen.

Informelle Finanzinstitutionen haben vor allem für die einkommensschwache Bevölkerung und insbesondere für Frauen mit erschwerten Zugangsmöglichkeiten zu Geldmitteln und Krediten Bedeutung. Sie werden im anglophonen Westafrika als 'esusu', bei den Yoruba als 'susu' bezeichnet. Spar- und Kreditformen haben in den meisten ethnischen Gruppen Nigerias ihren Ursprung bereits in den vorkolonialen Gesellschaften. Trotz der Einführung eines am britischen Vorbild orientierten Genossenschaftswesens in Nigeria (1935) verlor diese Einrichtung seither nicht an Bedeutung. Seibel schätzte die Zahl der Esusu-Mitglieder in Nigeria auf 12–15 Millionen gegenüber nur etwa 1,6 Millionen genossenschaftlich organisierten Nigerianerinnen und Nigerianern. (Seibel, 1984, S. 5 nach Babajide, Paper 1994, S. 8) In Sparvereinen werden von den Mitgliedern regelmäßig feste Sparbeträge eingezahlt. Zu bestimmten Terminen wird dann entweder die gesamte angesparte Summe abwechselnd einem der Mitglieder ausbezahlt oder jedes Mitglied erhält die je einzeln angesparte Summe. Auch in Kreditvereinen unterwerfen sich die Mitglieder freiwillig dem sozialen Zwang zum Einzahlen meist kleiner Geldbeträge in einen Fonds, aus dem dann nach gemeinsamer basisdemokratischer Bedarfsermittlung Kleinkredite oder auch größere Darlehen gegen entsprechende Zinssätze vergeben werden.

Zusammenschlüsse auf ethnischer Grundlage und Verbände auf Familien- und Dorfebene bestehen schon seit der Kolonialzeit und haben vor allem im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen im Zuge fortschreitender Urbanisierung an Bedeutung gewonnen. Sie erleichtern neu Zugewanderten die soziale Integration durch Unterstützung bei der Arbeitssuche, durch Kredite und Darlehen, Zahlung von Arbeitslosenunterstützung und Krankengeld. Darüberhinaus versuchen sie auch, die kulturelle Identität ihrer Mitglieder im fremden Umfeld zu bewahren; einigen Verbänden kommt auf Grund ihrer Größe durchaus auch politische Bedeutung zu. Klubs und Geselligkeitsvereine in den Städten dienen ebenfalls der sozialen Integration ihrer aus dem ländlichen Bereich zugewanderten Mitglieder.

Unter einigen hundert Frauen in Ajegunle, einem einkommensschwachen, äußerst dicht besiedelten Stadtteil von Lagos mit einem hohen Anteil an Zuwanderung, haben Anheimer und Seibel 1983 eine Studie durchgeführt. Ziel der Untersuchung war es vor allem, der Frage nachzugehen, welche Initiativen von Frauen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ergriffen werden. Die Studie ergab,

„daß Frauen aktiv gegen ökonomische Benachteiligungen am städtischen Arbeitsmarkt ankämpfen, wobei der informelle Sektor eine entscheidende Rolle spielt. Er bietet langfristig Beschäftigung und die Möglichkeit zur Einkommenssteigerung. Deutlich geworden ist auch, welche wichtige Rolle informelle Finanzinstitutionen für die ökonomischen Tätigkeiten der Bevölkerung spielen.“

(Babajide, Paper 1994, S. 13)

Frauen tragen durch die Einstellung von Lehrlingen in handwerklichen Kleinbetrieben auch zur Wissensweitergabe im Bereich der 'Second Economy' bei und schaffen so die Grundlage für die Verbreiterung der Einkommensmöglichkeiten.

### 3.3 GESCHLECHTSSPEZIFISCHE TRENDS BEI DEN AUSWIRKUNGEN VON STABILISIERUNGS- UND STRUKTURANPASSUNGSPROGRAMMEN (SAP) AUF DIE 'SECOND ECONOMY'

Die ökonomische Krise der 1980er Jahre und die Umsetzung eines Struktur Anpassungsprogrammes – in Nigeria erstmals im Juli 1986 – machten die wirtschaftlichen Fortschritte, die Frauen seit der Unabhängigkeit erreicht hatten, größtenteils zunichte.

Der frühere Kronanwalt und Justizminister Nigerias Richard Akinjide analysierte in der nigerianischen Zeitschrift „Newswatch“ (21. Februar 1994) am Beispiel Nigerias die Auswirkungen der Maßnahmen von IWF und Weltbank: Abwertung der Währung, Privatisierung von Unternehmen und Aufhebung von Importbeschränkungen auf die Wirtschaftsentwicklung afrikanischer Staaten.

Die Erfüllung der Auflagen führte insgesamt zu geringeren Einnahmen aus den Exporten bei gleichzeitiger Verteuerung von Importen, zur Auslieferung eines wesentlichen Teiles der Wirtschaft an eine privilegierte Minderheit auf Kosten der Mehrheit, zum Verlust von Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich, zum Zusammenbruch sozialer Dienste sowie des Gesundheits- und Bildungswesens, zu einer weiteren Deformierung der Wirtschaft durch den ungleichen Wettbewerb zwischen einheimischen Waren und Importwaren aus Industriestaaten, zur Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und zu Frustration und Hoffnungslosigkeit.

Frauen sind der Tendenz nach wegen ihrer Ausbildung, der Familienarbeit, der Arbeitsbedingungen und des erschwerten Zugangs zum formellen Sektor benachteiligt. SAP hat durch Einsparungen im formellen Sektor zum Verlust von Arbeitsplätzen und dabei insbesondere solchen von Frauen geführt und damit den Druck auf die 'Second Economy', in der vorwiegend Frauen tätig

sind, verstärkt. Kürzungen im Sozialbereich, im Gesundheitswesen und auf dem Bildungssektor trafen vor allem die Bevölkerung in den unteren und mittleren Einkommensbereichen und damit in erster Linie Frauen. Begünstigungen bei der Besteuerung, Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit – wie etwa Beratung für selbständige Beschäftigung im informellen Sektor, für die Gewährung von Krediten und bei der Bildung von Kooperativen – kamen der Tendenz nach eher jungen Männern mit guter Ausbildung zugute als Frauen. Männer in Reparaturberufen, Auto- und Elektromechaniker konnten kurzfristig durch SAP profitieren. Auch einige Berufszweige, die in Nigeria als Frauenarbeitsbereiche gelten, wie etwa die traditionelle Seifenproduktion, konnten wegen der hohen Preise für die Importware zumindest kurzfristig Vorteile verzeichnen. Anders sieht es in jenen Bereichen der 'Second Economy' aus, deren Arbeit an den Einsatz importierter Maschinen oder Materialien gebunden ist wie Schneiderei und Friseurbetriebe und Mühlen. Zunächst hatten Händlerinnen, die mit Nahrungsmitteln handelten oder Frauen, die Nahrungsmittel verarbeiteten, noch relativ am wenigsten unter den Problemen der Struktur Anpassung zu leiden. Inzwischen haben allerdings steigende Transportkosten und erhöhte Unsicherheit auf den Straßen und Märkten durch bewaffnete Überfälle, aber auch durch verfehlte politische Maßnahmen, diesen wirtschaftlichen Bereich unter Druck geraten lassen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Maßnahmen von SAP Männer und Frauen nicht gleichermaßen treffen. Struktur Anpassungsprogramme haben, wie Aina (1993, S. 6) feststellt, zu einer „Feminisierung der Armut“ beigetragen. SAP sind auf makroökonomische Entwicklungen ausgerichtet und gehen an den konkreten Lebensbedingungen von Frauen vorbei; SAP lassen mikroökonomische Belange in Stadt und Land außer Acht und ignorieren die Tatsache, daß etwa auf dörflicher Ebene und in den Haushalten 'traditionelle' Machtstrukturen weiterhin bestehen.

Frauen müssen zusätzliche, meist unbezahlte Arbeit leisten, um die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auch nur einigermaßen zu kompensieren, woraus verstärkter physischer und psychischer Druck und die Verschlechterung des Gesundheitszustandes und der wirtschaftlichen Lage der Familien resultiert.

Genauere Daten über den Gesundheits- und Ernährungszustand der ärmeren und einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Umsetzung von SAP stehen noch aus, ebenso wie solche über die Veränderungen in den Arbeitsbereichen von Männern und Frauen. Lois Woestman (1994, S. 11–12) gelingt es jedoch, einige bedeutende geschlechtsspezifische Trends in diesem Zusammenhang herauszuarbeiten:

Während Frauen als Mütter, 'Hausfrauen' und Produzentinnen definiert werden und in all diesen

Bereichen durch Stabilisierungs- und Struktur Anpassungsprogramme betroffen sind, werden Männer immer noch fast ausschließlich als 'Geldverdienen' definiert. Frauen werden als Mütter von SAP durch die Privatisierung oder Schließung von Kindertagesstätten und Kliniken betroffen, sowie durch zusätzliche Kosten für Schulausbildung: Die Verschlechterung der Ausbildungssituation verringert vor allem die Ausbildungschancen für Mädchen; Frauen sehen sich gezwungen, ihre Kinder zur Arbeit mitzunehmen, schlecht- oder unbezahlte Dienste meist von weiblichen Verwandten in Anspruch zu nehmen oder die Kinder unbeaufsichtigt zu lassen; Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie die Sterblichkeit von Müttern erhöhen sich. Als 'Hausfrauen' müssen Frauen zur Kompensierung der höheren Lebenshaltungskosten eine erhebliche zusätzliche Arbeitsbelastung vor allem durch unbezahlte Arbeit für die Gemeinschaft, beim Hausbau, für die Gesundheitsvorsorge und in der Kinderbetreuung hinnehmen. Als Produzentinnen sind Frauen von SAP-Maßnahmen in unterschiedlichem Ausmaß betroffen: Nur relativ wenige Frauen produzieren selbständig für den Markt; Hindernisse bilden darüber hinaus der erschwerte Zugang zu Krediten, zu Werkzeugen und Saatgut. Aber auch für Unternehmerinnen im Exportmarkt wirken sich die Konkurrenz zu Männern, die diesen Bereich dominieren, wie auch der für Frauen erschwerte Zugang zu einer Ausbildung im Finanzwesen nachteilig aus.

Frauen sind wegen ihrer Ansiedelung in den unteren Bereichen der Hierarchie stärker als Männer von steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Realeinkommen betroffen. Die Folge davon ist die Abwanderung von Frauen, aber auch von Männern, zunächst in die wenig Erfolg versprechenden unteren Bereiche der 'Second Economy' – und damit eine weitere Verschlechterung der Chancen.

So wichtig eine wissenschaftliche Kritik an der Struktur Anpassungspolitik selbst ist: Mascha Madörin (1992, S. 10 ff.) beklagt das oftmalige Fehlen einer wissenschaftlichen Hinterfragung der Theorien, die die Grundlage der wirtschaftspolitischen Empfehlungen von IWF und Weltbank bilden, sowie auch die vorschnelle Bereitschaft, die Ursachen der sogenannten Schuldenkrise vorwiegend in der nationalen Wirtschaftspolitik zu orten – und nicht etwa in weltwirtschaftlichen Strukturen und Dynamiken.

Nur eine – allerdings grundlegende – Kritik an der Wirtschaftstheorie sei hier angesprochen: Frauen als wirtschaftlich Tätige kommen im vorherrschenden wirtschaftstheoretischen Diskurs nicht vor.

„Entweder werden Frauen in scheinbar geschlechtsneutralen Aggregaten (z. B. Landwirtschaft, Familie) als inbegriffen gedacht, oder ihre wirtschaftliche Tätigkeit wird als soziale Voraussetzung des Wirtschaftens verstanden.“ (Madörin, 1992, S. 15)

Und da in Wirtschaftsstatistiken selten zwischen Männern und Frauen unterschieden wird, wird es

noch zahlreicher Einzelstudien bedürfen, bis allgemeine Aussagen über wirtschaftliche Auswirkungen von SAP insbesondere auf Frauen gemacht werden können. Bislang werden Frauen im Zusammenhang mit SAP, wie Madörin feststellt, meist als „sozialer Hintergrund“ begriffen und in den Zuständigkeitsbereich von Ethnologie und Sozialwissenschaften verwiesen.

### 3.4 REGIERUNGSPROGRAMME UND NGOS GEGEN EINE WEITERE ÖKONOMISCHE MARGINALISIERUNG VON NIGERIANISCHEN FRAUEN

Die Militärregierung unter Präsident Ibrahim Badamosi Babangida hob immer wieder die fortgesetzte Marginalisierung vor allem von Frauen am Land hervor und betonte die Notwendigkeit, diese Frauen 'in die Entwicklung zu integrieren'. (Tatsächlich waren Frauen immer schon 'in die Entwicklung integriert'; die Bedingungen dieser Integration hatten allerdings zunehmend diskriminierende Formen angenommen.) Eine Reihe von Programmen wurde zur Verbesserung der Lebensverhältnisse benachteiligter Gruppen beziehungsweise zur Mobilisierung der Massen inanguriert. Eines dieser Programme, das „Better Life for Rural Women Programme“ (BLP) soll stellvertretend für andere hier in Kürze dargestellt werden, weil dabei privilegierte Frauen aus der sogenannten 'Elite' zusammenarbeiten – mit dem Ziel, das wirtschaftliche, politische und soziale Bewußtsein der weniger privilegierten Frauen vor allem aus dem ländlichen Bereich zu wecken.

Auf Anregung der Ehefrau des früheren Präsidenten, Mariam Babangida, wurde anlässlich eines Workshop über „Women in Development“, der im September 1987 in Abuja abgehalten wurde, das „Better Life“-Programm (BLP) mit dem Ziel inanguriert, Einkommen schaffende Tätigkeiten für Frauen am Land wiederzubeleben und so die Lebensqualität der Menschen zu heben. Die Notwendigkeit dazu ergab sich vor allem aus der Tatsache, daß die ökonomische Krise durch die Umsetzung von SAP ab Juli 1986 die Einkommensmöglichkeiten von Frauen aus dem ländlichen Bereich – wegen ihrer hohen Präsenz in der 'Second Economy' – noch weiter einschränkte. (Aina, 1993, S. 12)

Ziel des BLP ist also die Mobilisierung von Frauen für konkrete Aktivitäten zur gemeinsamen Lösung ihrer Probleme. Dabei hängt die Umsetzung des BLP von der Mobilisierung von Frauen durch bereits bestehende Frauenorganisationen in den Bereichen Fürsorge, Bildung und Erziehung, Landwirtschaft, Gesundheit und Industrien im ländlichen Bereich ab. Maryam Babangida berichtete im Oktober 1991 unter anderem vom Ansteigen der Zahl an Kooperativen für Frauen von 413 zu Beginn des Programms auf 9422. Darüber hinaus wurden Workshops und Seminare zu Fragen der Familienplanung, der Landwirtschaft, des privaten Kreditwesens und des Zuganges zu Land und Bankkrediten vor allem durch Kooperativen abgehalten – viele von ihnen unterstützt durch das Direktorium für

„Women Affairs“, das auf Bundes- und Bundesstaatebene geschaffen worden war.

Das „Better Life“-Programm wurde in der nigerianischen Öffentlichkeit heftig als politische Propaganda kritisiert oder als eine Strategie der Ehefrauen führender Politiker, Macht, Publizität und materiellen Gewinn daraus zu ziehen. Dem Programm wird zum Vorwurf gemacht, daß es durch die herrschenden Eliten kontrolliert werde: Obwohl nämlich die „National Commission for Women“ zur Koordination aller Frauenverbände, -programme und -gruppen geschaffen worden war, in deren Rahmen auch das BLP hätte operieren können, versuchte tatsächlich das BLP, die bestehenden Frauenverbände zu kontrollieren. Aina zitiert eine sechzigjährige erfolgreiche Weberin aus Owo in Südwestnigeria:

„BLP hat die bestehenden Frauengruppen gegeneinander ausgespielt. Es hat unsere traditionelle Form sozialer Organisation für seine eigenen selbstsüchtigen Ziele zerstört. Können Sie sich vorstellen, daß unsere Mitglieder (COWAN) verhaftet wurden, weil sie ihre Identität bewahren wollten? BLP sieht in allen eine Bedrohung. Wie ich das sehe, helfen sich diese jungen Stadtfrauen geflissentlich nur selbst – und nicht den Frauen an der Basis.“

(Übersetzung nach Aina, 1993, S. 15)

Unerläßlich notwendig für den Erfolg von BLP wäre die Einbindung von Frauen aus der Basis in alle Entscheidungsgremien bis in die Führungsspitze hinein sowie die Entwicklung eines positiven Verhältnisses zu bestehenden Frauengruppen, die Abkehr von der gegenwärtigen Ausrichtung auf Fürsorgeeinrichtungen, die Bekämpfung von Armut auf allen Ebenen insbesondere durch 'Empowerment' von Frauen. Der Empowerment-Ansatz sucht nach Möglichkeiten, wie Frauen ihre Macht stärken können, um die Richtung des ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels zu beeinflussen – vor allem durch die Fähigkeit, über bedeutende materielle und nicht-materielle Ressourcen Kontrolle zu gewinnen. Im Gegensatz zum Fürsorge-Ansatz, die Entwicklung von oben nach unten durchzusetzen, versucht der Empowerment-Ansatz, Frauen zu aktiven Teilnehmerinnen an der Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen zu machen, die ihr Leben betreffen, und ein Bewußtsein zur Bekämpfung diskriminierender Strukturen zu schaffen.

Die Hauptkritik an BLP durch feministisch orientierte nigerianische Wissenschaftlerinnen besteht jedoch im Vorwurf, BLP operiere unter Ausparung der Gründe für system-immanente und neu entstehende Asymmetrien in den Genderbeziehungen innerhalb des bestehenden patriarchalen ideologischen Rahmens und bekräftige dadurch den status quo. Der Mangel an feministischem Bewußtsein zeige sich in Ansprachen wie etwa der der Vorsitzenden des BLP im Bundesstaat Osun, Ehefrau des Militärgouverneurs von Osun, anlässlich des 4. Jahrestages des Programmes:

„Wir wollen hier und jetzt feststellen, daß wir nicht den Versuch unternehmen, die Gott-gegebenen Rol-

len von Männern als 'Kronen' unserer Häupter zu unterterminieren, sondern nur bemüht sind, ihre Bemühungen zu ergänzen." (Mrs. Ajiborisha, zitiert nach Aina, 1993, S. 16 / Übersetzung)

Neben Regierungsprogrammen versuchen NGOs (Non-Governmental-Organisations) wie etwa der schon vor der Unabhängigkeit gegründete „National Council of Women Societies“ (NCWS), die „Nigerian Association of University Women“ (NAUW) und Frauenflügel bestehender Berufskörperschaften und religiöser Organisationen, die Lebensqualität von Frauen und Kindern zu schützen und zu verbessern. Eine neue Frauenbewegung, „Women In Nigeria“, entstand 1982 und fand für ihren Beitrag in Forschung und Lehre Beachtung und Anerkennung. In ihren Studien erfolgte zunehmend eine Abkehr von Fallstudien über Frauen als eine eigene Kategorie hin zu Studien über Genderbeziehungen im jeweiligen gesellschaftlichen Rahmen, der das Leben von Männern und Frauen formt.

Insgesamt aber wird deutlich, daß es auch Elite-Frauen außerhalb der herrschenden Elite noch nicht gelungen ist, andere Frauen in entscheidendem Maße zu mobilisieren, weil sie selbst, wie Nigeria im ganzen auch, in ihrem Handeln durch der Einheit entgegenstehende Kräfte wie Ethnizität, Religion und Sprachbarrieren begrenzt sind. Gerade angesichts der sich verschärfenden ökonomischen Lage unter den Bedingungen der Strukturanpassung verschärfen sich – ausgelöst durch ein vermehrtes Bedürfnis nach Sicherheit – sogenannte ethnische und religiöse Spannungen und Klassengegensätze. Um zu wirksamen Akteurinnen im notwendigen Wandel werden zu können, müssen Frauen aus der sogenannten Elite zunächst die in ihrer gesellschaftlichen Klasse bestehenden Widersprüche lösen und danach den Abstand zu Frauen an der Basis überbrücken, der sich durch die Bereitschaft der Elite zur Identifikation mit der Politik der männlichen herrschenden Klasse verschärft hat. (Aina, 1993, S. 19) In Ansätzen ist dies bereits in antikolonialen Widerstandsbewegungen von Frauen Südwestnigerias gelungen.

#### 4. ALTERNATIVEN UND AUSBLICK

Die Ökonomin Lois Woestman fördert Maßnahmen, um die 'Blindheit' gegenüber dem Genderaspekt zu überwinden: Notwendig im eigentlichen Wortsinn seien

„aussagekräftige, umfassende geschlechtsspezifische Zahlen und Fakten über die Auswirkungen von wirtschaftlichen Sparmaßnahmen auf die Einkommen, die bezahlte beziehungsweise unbezahlte Arbeit, auf die Gesundheit und den Ernährungszustand“.

(Woestman, 1994, S. 11)

Dadurch würde die diskriminierende Verteilung der Kosten von SAP zwischen den Geschlechtern und gesellschaftlichen Klassen offenbar, woraus sich ein

politischer Handlungsbedarf ergäbe.

Weiters sollten entweder Maßnahmen von SAP in einer Weise abgeändert werden, daß Frauen „als vollwertige soziale und ökonomische Akteurinnen im Anpassungsprozeß“ (Woestman) berücksichtigt werden, oder Strukturanpassung sollte überhaupt zugunsten sozial und ökonomisch gerechter Modelle aufgegeben werden – eine Forderung, wie sie durch Gruppen aus dem Süden etwa durch „Development Alternatives with Women for a New Era“ (DAWN), aufgestellt wird.

In der Analyse des Genderaspektes von SAP werden unterschiedliche Wege eingeschlagen.

– Der häufigste Zugang ist der, Frauen einseitig als Opfer darzustellen, die durch vermehrte Arbeit, Verlust von Jobs, einen nur eingeschränkten Zugang zu Bildung und die Einbuße von Ressourcen für ihre Initiativen in ihrer Existenz bedroht sind. Als Antwort darauf werden Fürsorgeeinrichtungen geschaffen, um die negativen Auswirkungen von SAP auf verwundbare Gruppen zu lindern. Ein solcher Ansatz wurde in Nigeria etwa durch das wenig erfolgreiche „Better-Life“-Programm unternommen.

– Ein anderer Zugang besteht darin, die fehlende Anerkennung und 'Nutzung von Frauen' als eine 'Ressource für Entwicklung' deutlich sichtbar zu machen und Frauen verbesserten Zugang zu Krediten, Ausbildung und Stützungsmaßnahmen zu eröffnen. Auch dieser Zugang stellt die Politik von SAP nicht in Frage, sondern einzig ihre Umsetzung.

– Es könnten aber auch die Grundlagen der SAP-Politik selbst in Frage gestellt werden: etwa die Art, wie die Entwicklungsproblematik, wie Entwicklung und Ökonomie definiert werden und wie die dazu vorgegebenen Lösungen aussehen. (Mbilinyi, Paper 1994, S. 22) Falls dies innerhalb einer Genderperspektive unternommen wird, die sich auch Problemen wie Klasse, Rasse/Ethnizität und Nord-Süd-Beziehungen nicht verschließt, können neue Wege aus der gegenwärtigen Krise sichtbar werden.

#### ANMERKUNGEN:

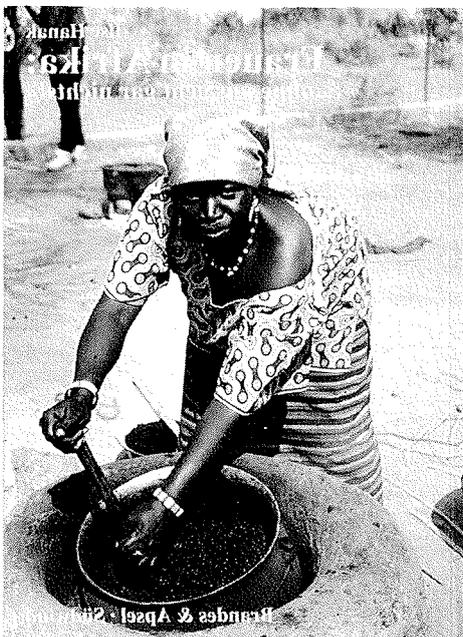
- 1 Keiner dieser Begriffe bringt die tatsächliche Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs zufriedenstellend zum Ausdruck.
- 2 Oladunni, E. B. I.: Nigerian Women and Development in a Changing World Order. 1990. A paper presented at the 1991 General Assembly of the Social Science Council of Nigeria, Benin City, 2-4 July.

#### LITERATUR:

- ABDULLAH, HUSSAINA: 'Transition politics' and the challenge of gender in Nigeria. *Review of African Political Economy* 56, 1993, S. 27–37.
- AFONJA, SIMI: Land Control: A Critical Factor in Yoruba Gender Stratification. In: *Robertson / Berger (eds.): Women and Class in Africa*. N. Y., London: Holmes & Meier 1986, S. 78–91.
- AINA, O. I.: Mobilizing Nigerian Women for National Development: The Role of the Female Elites. *African Economic History* 21, 1993, S. 1–20.

- AKINJIDE, RICHARD: Worldbank and IMF. Newswatch (Nigeria), 21 February 1994.
- ANHEIMER, H.; SEIBEL, H. D.: *The Formal and the Informal Sector, or the Dependent and the Independent Sector?*, 1985.
- ARMBRUSTER, HEIDI: *Klasse, Gender, Frauen*. Unveröffentlichtes Paper zur Lehrveranstaltung „Grau: Entwicklungsproblematik aus historischer Sicht: Frauen in Afrika / Nigeria“, Universität Wien, Sommersemester 1992.
- BABAJIDE, ADEREMI OLUFEMI: *Der informelle Sektor in Lagos – insbesondere Ajegunle – als Beispiel einer Strategie der Einkommenssicherung von Frauen in einer nigerianischen Großstadt*. Unveröffentlichtes Paper zur Lehrveranstaltung „Grau: Widerstand und Durchsetzungsstrategien von Frauen im unabhängigen Nigeria“. Universität Wien, Sommersemester 1994.
- GRAU, INGEBORG MARIA: Frauen in Geschichte und Geschichtsschreibung Afrikas. Zur historischen Aufarbeitung früher antikolonialer Bewegungen nigerianischer Frauen als Beitrag zur Frauenforschung. *ZAST* 4, 1989, S. 9–23.
- INTERNATIONAL LABOUR OFFICE (ILO): *Employment, Incomes and Equality: A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya*. Genf 1972.
- JOHNSON, CHERYL: Class and Gender: A Consideration of Yoruba Women during the Colonial Period. In: *Robertson / Berger (eds.): Women and Class in Africa*. N. Y., London: Holmes & Meier 1986, S. 237–254.
- MADÖRIN, MASCHA: Mythos Wirtschaftswissenschaft. Frauen als Objekte eines höheren Zwecks. In: *Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hrsg.): Von der Vernicht(s)ung der Frauen. Zur Wirtschaftspolitik und -theorie von IWF und Weltbank*. Bern 1992.
- MBA, NINA EMMA: *Nigerian women mobilized: women's political activity in Southern Nigeria, 1900 – 1965*. Berkeley: Univ. of Calif. 1982.
- MBILINIY, MARJORIE: Gender and Structural Adjustment. Tanzania Gender Networking Programme (TGNP). *Background Paper for Symposium on Gender and Structural Adjustment: Empowerment or Disempowerment*. Dar es Salaam (26 February 1994).
- OKONJO, KAMENE ISABEL: The Dual-Sex Political System in Operation: Igbo Women and Community Politics in Midwestern Nigeria. In: *Hafkin / Bay (eds.): Women in Africa. Studies in Social and Economic Change*. California: Stanford Univ. Press 1976, S. 45–58.
- OMVEDT, GAIL: Women Workers in the Unorganized and Self-employed Sectors. *Akut* 40: University of Uppsala, 1989.
- ROBERTSON, CLAIRE / BERGER (eds.): *Women and Class in Africa*. N. Y., London: Holmes & Meier 1986.
- SEIBEL, H. D.: *Ansatzmöglichkeiten für die Mobilisierung von Sparkapital zur Entwicklungsfinanzierung*. Köln 1984.
- SUDARKASA, NIARA: *Where Women Work: A Study of Yoruba Women in the Market Place and in the Home*. Ann Arbor: Museum of Anthropology, University of Michigan 1973.
- WOESTMAN, LOIS: SAPs and Gender Gaps. Strukturanpassungsprogramme und Geschlechtsunterschiede. *Frauensolidarität* 2, 1994, S. 11–12.
- ZDUNNEK, GABRIELE: Frauenarbeit im informellen Sektor von Ibadan (Nigeria). *Afrika-Hefte* 1. Bremen: IZA 1988.
- ZDUNNEK, GABRIELE: *Marktfrauen in Nigeria: Ökonomie und Politik im Leben der Yoruba-Händlerinnen*. Hamburg: Inst. f. Afrika-Kunde 1987.

IWK-BIBLIOTHEK FRAUENFORSCHUNG:



In diesem Buch wird ein anderes Afrika südlich der Sahara beschrieben als in den täglichen Medienberichten. Ilse Hanak stellt Frauen-Länderanalysen zusammen, die von den Bedürfnissen der Frauen ausgehen. Denn noch heute sind afrikanischen Frauen benachteiligt, wenn es um den Zugang zu regulären Arbeitsplätzen, Schul- und Berufsausbildung, politischer und wirtschaftlicher Macht, Bodenbesitz, moderner Technologie, Produktions- und Finanzmitteln für die Landwirtschaft geht. Im südlichen Afrika waren sie mit ihren Kindern die Hauptleidtragenden der Politik der Rassendiskriminierung.

Selbst Projekte der „Entwicklungszusammenarbeit“, die noch immer vorwiegend von Männern gesteuert werden und an Männer gerichtet sind, vergrößern oft die Last der Frauen. Die entwicklungspolitische Zukunftsplanung der Industrieländer muß die Ergebnisse der Frauenforschung zu *Women in Development* und *Gender and Development* zur Kenntnis nehmen: Ohne eine bewußte, gegenwärtig auch vorrangige und nachholende Beteiligung von Frauen ist eine entscheidende Wende in der Entwicklungszusammenarbeit und damit auch in den Beziehungen zwischen Süden und Norden nicht zu schaffen.

INGRID NOWOTNY

## AUSBEUTUNG VON FRAUEN AUS DER DRITTEN WELT IN ÖSTERREICH – EIN FALL VON MENSCHENHANDEL?

Man wäre geneigt zu glauben, daß es in Österreich die spezifischen Probleme der Frauen der Dritten Welt schlicht und einfach nicht gebe. Der hohe Standard des Sozialstaates fängt vieles auf, auch für diejenigen, die aus dem Ausland rechtens zu uns gewandert oder vor Verfolgung und Krieg geflohen sind. Zumindest für die primäre Versorgung zum Leben und Überleben ist unser soziales System, wenn auch verbesserungsbedürftig, allemal noch gut und tragfähig.

Aber was sind Errungenschaften wie z. B. gleiches Recht am Arbeitsplatz auch für Ausländer und Ausländerinnen, wie Bundesbetreuung für De-facto-Flüchtlinge, wie Integrationsmaßnahmen für anerkannte Flüchtlinge und ähnliche Ansätze der Solidarität gegen soziale Sumpfbüten wie Menschenhandel und Ausbeutung von Frauen aus der Dritten Welt?

Schon eine oberflächliche Analyse der Statistik der Ausländerbeschäftigung gibt für die Situation von Frauen aus bestimmten Ländern der Dritten Welt bezeichnende Aufschlüsse: Ende November 1994 waren in Österreich insgesamt 270.136 ausländische Arbeitskräfte legal mit Arbeitsberechtigungen beschäftigt; davon waren 184.697 männlich und 85.439 weiblich. Dieses globale Verhältnis von circa zwei Drittel Männer und einem Drittel Frauen spiegelt sich mit gewissen Abweichungen im wesentlichen auch in der Aufteilung auf die einzelnen Herkunftsländer wider. Die Abweichungen bis zu einem Verhältnis von 1:1 sind auf die traditionell unterschiedlichen Erwerbsquoten der Frauen zurückzuführen. Nach wie vor geht eine jugoslawische Frau, die mit ihrem Mann nach Österreich gekommen ist, eher einem Erwerb nach als eine Türkin. Bedeutsam für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen ist auch die Tatsache, wie lange bereits eine Tradition der Anwerbung aus einem bestimmten Land besteht. Die Zuwanderung beginnt meistens mit Männern; erst später folgen Frauen und Töchter nach. Deutliche Abweichungen eines überproportionalen Frauenanteils springen bei folgenden Zahlen ins Auge: Es sind nur 791 philippinische Männer, jedoch 1371 Frauen beschäftigt. Aus Thailand kommen 53 Männer und 237 Frauen. Am eklatantesten ist die Abweichung für die Dominikanische Republik, wo 183 Frauen nur 12 Männern gegenüberstehen. Für Brasilien ist die Diskrepanz geringer, aber mit 138 Frauen zu 79 Männern doch noch einigermaßen auffallend. Es liegt der Schluß nahe, daß aus diesen Ländern der Dritten Welt mit großer Armut, aber mit europäischer Prägung, die Anwerbung von Frauen zu persönlichen Dienstleistungen besonders lohnend ist. Das Arbeitsverhältnis wird selbst im legalisierten

Bereich leicht zur Ausbeutung und zur Erniedrigung, wenn der Ausweg und die Alternative nur Armut und Elend am anderen Ende der Welt ist. Noch drückender ist die Situation im Bereich der Illegalität.

Greifen wir beispielhaft das Schicksal von Maria Immaculata heraus. Sie ist Philippinin in Österreich und gehört nicht zum kleinen Teil der Privilegierten aus ihrem Land, die als qualifizierte Krankenschwestern hier eine empfindliche Lücke im Pflegebereich schließen.

Sie wächst mit sechs Geschwistern als Tochter eines Grundschullehrers und einer Hebamme am Stadtrand von Manila auf. Es ist kein Elendsviertel, aber die Familie fristet ihre Existenz in ärmlichsten Verhältnissen. Der Tradition des Landes gemäß ist man katholisch, schickt die Kinder zur Schule und ermöglicht, soweit finanziell noch tragbar, auch einigen eine Berufsausbildung. Maria Immaculatas Schwester, Maria Pilar, kann sogar an der medizinischen Fakultät eine Ausbildung als Krankenschwester absolvieren. Einer ihrer Brüder wird Arzt, die anderen Lehrer oder Handwerker. Für Maria Immaculata bleibt eine gediegene, aber das Niveau einer Grundschule nicht übersteigende Schulbildung. Sie kann lesen und schreiben und sich auf Englisch gut verständigen. Sie ist durch ein in seiner Grundstruktur amerikanisch geprägtes Schulsystem gegangen und durch ihre Religion europäischem Denken nähergekommen. Beides sind kulturelle Prägungen, die ihre weitere „Karriere“ und ihren Weg nach Österreich bahnen: Armut hat sie – man verzeihe den Zynismus – bescheiden, die Bildung anpassungsfähig, die Religion demütig gemacht. Sie erbringt also die besten Voraussetzungen für einen „anhänglichen, genügsamen und pflegeleichten Hausgenossen“. Sie ist gerade so schutzbedürftig, daß sie auch gar nicht ein allenfalls vorhandenes soziales Verantwortungsbewußtsein strapazieren könnte. Sie ist geradezu ideal geeignet, um als Kinder- und Hausmädchen in eine Familie aufgenommen zu werden.

So beginnt auch ihre Karriere als Hausmädchen bei einer arabischen Diplomatenfamilie in Manila. Als diese nach Wien versetzt wird, kommt sie selbstverständlich mit. Bei der weiteren Versetzung ist das nicht mehr so, da man ihrer überdrüssig ist. Maria Immaculata erklärt es mit dem Heranwachensein der Kinder, welches ihre Dienste für die Familie überflüssig machte, in Wirklichkeit dürften aber ihre seltenen, aber doch unziemlichen Kontakte zu Österreichern der wahre Grund gewesen sein. Sie findet Kontakt zu einer österreichischen Familie, die sich entsetzt über die Behandlung Maria Immaculatas in der Diplomatenfamilie.

Man beschließt, sie als Haus- und Kindermädchen „wie eine Tochter“ in die Familie aufzunehmen. In der sozialen Bewegtheit vergißt man ganz auf den Behördenkram, Freundlichkeit und gute Manieren ersetzen Sozialversicherung und Mindestlohntarif, von einer Aufenthalts- und Beschäftigungsbewilligung hat man ohnehin nie gehört. Die „Kleine“ ist ja so dankbar, daß man sie aus dem Elend Manilas und aus der Sklaverei der Diplomatenfamilie befreit hat. Sie hängt ja so an den Kindern, daß sie sie Tag und Nacht und sogar auf Urlaubsfahrten betreut. Sie geht ergeben darin auf, die berufstätige Mutter bei der Karriere zu unterstützen; die entsprechende theoretisch emanzipatorische Bewußtseinsbildung bekommt sie ja von der verbalprogressiven Frau mitgeliefert, sozusagen als großherzige Draufgabe. Doch die Idylle bekommt Sprünge. Maria Immaculata nimmt sich heraus, ein kleines Eckchen an Achtung als eigenständiger Mensch zu beanspruchen – und das, obwohl man sie doch wie die eigene Tochter behandelt hat! Man toleriert noch, daß sie beginnt, abends wegzugehen, ohne zu sagen, wohin, man konzidiert ihr auch ein Bett in der Küche, weil sie alleine und nicht mehr im Kinderzimmer schlafen will. Befremdend findet man jedoch schon, daß sie mit philippinischen Freundinnen abends zu Hause tratschen will. Absolut untragbar wurde es dann, als sie einen Freund zu haben schien, und dieser sich herausnahm, vor der Haustüre auf sie zu warten. Da war die Forderung nach Entlohnung in der Höhe des unpfändbaren Existenzminimums nur mehr der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Maria Immaculata wurde erklärt, daß man zu tiefst enttäuscht von der Undankbarkeit sei, und sie nicht verstanden habe, daß man nur gut zu ihr gewesen sei, und sie das Glück ihres Lebens, an einer gutgesinnten Familie teilhaben zu können, vertan habe.

Der Rest ist schnell erzählt: Maria Immaculata kam zwischen die Mülsteine der Illegalität mit allen Konsequenzen einerseits und dem abgeschnittenen Weg in die Heimat andererseits. Sie war die ausgelieferte Existenz schlecht hin. Das Ende war vorgezeichnet und zum Glück noch von der besseren Art. Sie floh in eine zweifelhafte Ehe mit einem Öster-

reicher, dem sie untertänig und stets zu Willen ist.

Die schlechteren Arten des Endes zu beschreiben, bedarf es nicht vieler Phantasie: Ein Ende in Prostitution und Kleinkriminalität ist ebenso Realität wie als Randexistenz auf dem schmalen Grat zwischen Angst vor Abschiebung und Sich-Ausliefern in ausbeuterische Verhältnisse.

Der geschilderte Fall der Hausgehilfin zeigt immerhin noch eine zwar häßliche, aber doch nachvollziehbare Seite der doppelbödigen Moral unserer Gesellschaft. Maria Immaculata ist der klassische Fall des Ausnützens der wirtschaftlichen Lage der Länder der Dritten Welt zum Import billiger Arbeitskräfte. Wesentlich grausamer wird das Bild, wenn Menschenhandel auf der wirtschaftlichen Disparität aufbaut: Es ist schon lohnend, die billige Arbeitskraft ohne Achtung der Menschenwürde zu importieren; wesentlich einträglicher ist es, Menschen als billige Lustobjekte zu importieren. Die exotische Fremdheit macht Frauen aus der Dritten Welt besonders begehrenswert und damit für das Halbwelt- und Rotlichtmilieu besonders lukrativ. Der Nachschub aus Thailand, aus den armen Ländern Mittelamerikas und den Antillen, insbesondere aus der Dominikanischen Republik, steht wegen der Armut und der Not unbegrenzt zur Verfügung. Die Frauen werden teils offen zur Prostitution angeworben, teils werden sie mit Arbeitsangeboten als Tänzerin, Gesellschafterin, Animierdame oder Kellnerin angelockt und schlittern erst hier in die Tiefe von Ausbeutung und Prostitution. Das geht sehr leicht, da ihnen, sind sie erst einmal hier, kein anderer Weg mehr offen steht.

Die Ausbeutung und Erniedrigung der Frau aus der Dritten Welt als Arbeitskraft und Lustobjekt ist nicht nur ein Phänomen armer und rückständiger Länder, sie wird auch in unserer Gesellschaft geduldet und gefördert. Es ist Zeit, sich dessen bewußt zu werden und nicht mehr großzügig wegzuschauen. Selbst wenn es quantitativ nur Randgruppen unserer ausländischen Bevölkerung betreffen sollte, ist es doch ein zutiefst unsoziales und inhumanes Phänomen. Ist es nicht Selbstgefälligkeit, hier noch zufrieden auf die Errungenschaften unseres fortschrittlichen sozialen Systems zu schauen?

BIRGIT STIMMER

## FRAUEN UND ENTWICKLUNG IN INTERNATIONALEN ORGANISATIONEN

Die Gleichstellungsaktivitäten vieler internationaler Organisationen stehen in den letzten Jahren unter dem Motto „4. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, 4. bis 15. 9. 1995, Peking (bzw. 30. 8. bis 8. 9. 1995 für das NGO-Forum)“.

Auf dem Weg nach Peking sind und fühlen sich auch die internationalen Organisationen aufgerufen, politische Willenserklärungen in bezug auf die Gleichstellung von Frau und Mann, und die Forderung nach dem den Frauen zustehenden Platz in der Gesellschaft aufzunehmen, zu wiederholen und die Mitgliedsländer und sich gegenseitig aufzufordern, alle diesbezüglichen Barrieren zu beseitigen.

Seit der 1. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, die zu Beginn des Frauenjahrzehnts 1975 in Mexiko abgehalten wurde, haben sich die Vereinten Nationen auf drei Themenschwerpunkte festgelegt:

- Gleichstellung von Frau und Mann in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens
- Integrierung der Frau in alle Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse der Gesellschaft
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Beitrag der Frauen zum Weltfrieden.

Trotz der Gleichwertigkeit der drei Themen wurden sie auch manchmal als „Gleichstellung für den Westen, Entwicklung für die Dritte Welt und Frieden für den Osten“ bezeichnet.

Diese Themenschwerpunkte wurden 1980 bei der 2. Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen übernommen und um die Subthemen Gesundheit, Beschäftigung und Bildung erweitert. An diesen gewählten Subthemen zeigten sich die Industrieländer stärker als die Entwicklungsländer und die westliche Gruppe stärker als die ehemaligen Ostblockländer interessiert.

1985 wurde die Frauendekade beendet und in Nairobi anlässlich der 3. Weltfrauenkonferenz wurden die drei Themenschwerpunkte weiterbehandelt. Das Ziel in Nairobi war die Überprüfung der erzielten Fortschritte innerhalb dieses Frauenjahrzehnts, das Aufzeigen noch vorhandener Hindernisse und Barrieren als auch die Erarbeitung zukunftsorientierter Strategien.

Bereits in Nairobi zeigten vor allem die afrikanischen Teilnehmerinnen durch ihre starke Präsenz, ihr Engagement und ihre Vitalität: „We are there“ und wir wollen nicht nur gesehen, sondern auch gehört und im Namen unserer unsichtbaren Schwestern gelesen werden. Geblieben ist zum Teil die Erinnerung an farbenfroh gekleidete mutige Frauen mit schwer merkbaren Namen und berechtigten Forderungen. Es wurde anerkannt, aufgefordert, ermutigt, unterstützt und bekräftigt. Leider war das auch schon oft alles.

Während in Mexiko ein Aktionsplan verabschie-

det wurde, in Kopenhagen ein Aktionsprogramm, war man sich in Nairobi bewußt, daß ein Jahrzehnt nicht ausreicht, um die Gleichstellung der Frauen im Alltag durchzusetzen, und setzte einen neuen Anfang mit den zukunftsorientierten Strategien bis zum Jahr 2000. Peking wird ein Zwischenstopp zur Überprüfung dieser zukunftsorientierten und auch ein Überdenken der bisherigen Strategien (nationale und internationale) und eventuell Setzen neuer notwendiger Schritte sein.

Für den Themenbereich Entwicklung bedeutet dies, daß seit Jahrzehnten in breiter Form die Probleme der Frauen in Entwicklungsländern, ihre Ungleichbehandlung auf vielen Gebieten, Unterdrückung und Diskriminierung aufgezeigt und alle Mitgliedstaaten zur Änderung der Situation aufgefordert wurden.

Peking wird die erste Weltfrauenkonferenz nach dem Wegfall der Nachkriegsordnung sein, d. h. die jahrelang vorgegebene Blockbildung (westliche Welt – Ostblockstaaten – Gruppe 77) wird sich verändern. Peking wird auch eine neue Situation für Österreich bringen, da zum ersten Mal mit der Zunge der EU gesprochen wird. Neue Probleme sind zu behandeln (z. B. Aids), ohne daß – trotz erzielter Fortschritte – die alten gelöst werden.

Wie alle Foren der Vereinten Nationen ist auch eine Weltfrauenkonferenz ein politisches Parkett und steht im internationalen Spannungsfeld von sachbezogenen gegenüber aktuellen politischen Themen. In diesen Zusammenhängen müssen gesetzte Initiativen und Maßnahmen der Regierungen, der internationalen und staatlichen Organisationen auch gesehen werden.

Die Ziele der kommenden Weltfrauenkonferenz sind:

- Überprüfung und Bewertung der Durchsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi bis zum Jahr 2000.

- Annahme einer Aktionsplattform unter Berücksichtigung bestimmter Problembereiche, die weltweit als besondere Barrieren zur Förderung der Frauen identifiziert wurden (z. B. Zugang zu wirtschaftlichen und politischen Strukturen, zu Bildung, Gesundheit und Erwerbsarbeit, Gewalt gegen Frauen, Frauenrechte, Zugang zu Macht und Entscheidungspositionen, Armut von Frauen u. a.).

- Bericht über die Schlußfolgerungen und Empfehlungen der fünf regionalen Vorbereitungskonferenzen.

- Bestimmung der Arbeitsschwerpunkte für 1996 bis 2000 zur Durchsetzung der Zukunftsstrategien.

Frauen sind 50 Jahre nach der Gründung der Vereinten Nationen, der UN-Charta 1948 und nach dem Ende des Frauenjahrzehnts mit der Tatsache

konfrontiert, daß die Gleichstellung von Frau und Mann – trotz erreichter Fortschritte – im Alltag noch nicht eingetreten ist.

Nun ist die Welt also zur Überprüfung der Fortschritte auf diesem Gebiet (Gleichstellungsdimension, Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Frauenrechte) aufgerufen. Auf nationaler Ebene kann dies durch die Erstellung des Nationalberichtes erfolgen. Dieser kann als Überprüfungsmöglichkeit der Situation des eigenen Landes im Dialog mit allen verbundenen Gruppen gesehen werden – eine Chance, die selten genutzt wird. Er kann aber auch als Schönheitsaufsatzwettbewerb fungieren, in dem vor allem Stil, Layout und Phantasie zu würdigen sind.

Insgesamt sollen die Berichte ein Weltbarometer über den derzeitigen Stand der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich der Einhaltung der internationalen Standards und der Maßnahmen zu den Dimensionen Gleichstellung, Entwicklung und Frieden aufzeigen.

Die Konferenz in Peking wird sich mit Frauen auf der ganzen Welt befassen, einen Schwerpunkt werden aber jene in den Entwicklungsländern einnehmen. In diesen Ländern leben nicht nur mehr Frauen, sie haben auch die größeren Probleme. Es ist bekannt, daß ihre Situation schlecht ist, und daß sie als erste von den negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisen betroffen sind. Als Frau geboren zu werden, bedeutet in vielen Ländern schlechtere Lebens- und Überlebenschancen, unerwünscht, ohne medizinische Hilfe, ohne spezielle Schul- und Berufsausbildungsmöglichkeiten zu sein. Auch verheiratete Frauen bleiben oft ohne Rechte in einer patriarchalisch ausgeprägten Gesellschaft, ohne Landbesitz oder Kreditmöglichkeiten. Dadurch sind sie von der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme ihres Landes ausgeschlossen, aber von den Auswirkungen am stärksten betroffen.

Allerdings kommt diesen Frauen – oft ohne entsprechende Anerkennung – große Bedeutung bei der Bewältigung des Lebensalltags zu, sei es als Ernährerinnen der Familie, Produzentinnen der Nahrungsmittel, aber auch als Mitgestalterinnen des Lebens in ihren Gemeinden und Regionen.

Fest steht, daß viele Entwicklungsprojekte und Programme an den Frauen vorbeigingen und vorbeigehen.

Einige Organisationen in den Ländern des Südens wiesen darauf hin, daß seit Nairobi eine Bevorzugung der Thematik Menschenrechte (Frauenrechte) geherrscht habe und damit vom Thema Entwicklung abgelenkt wurde.<sup>1</sup> Dieser Schritt sei absolut notwendig gewesen, nun wäre es aber an der Zeit, der Thematik Entwicklung einen größeren Spielraum einzuräumen. Daher sei wichtig, die Ansätze der Dimensionen Menschenrechte und Entwicklung zu verbinden – bedingt durch ethnische, religiöse und kulturelle Identitäten.

Trotzdem erscheint es nicht sinnvoll die 4. Welt-

frauenkonferenz zu einer Entwicklungspolitik-Konferenz umzuformen.<sup>2</sup> Weltkonferenzen zeigen sich als Konferenzen der Gemeinsamkeiten, der internationalen Vernetzung und der Solidarität. Bei einer bevorzugten Behandlung der Entwicklungsdimension könnte daraus eine Konferenz der Unterschiede (Nord-Süd) bzw. sogar des Konkurrenzneides (Ost-Süd) werden. Die Probleme der ärmeren Entwicklungsländer könnten von den reicheren sofort erkannt und besprochen werden, die eigenen Probleme aber übersehen bzw. aus „Hilfsbereitschaft“ verdrängt und vertagt werden. Die Länder des Nordens und des Südens müssen sich gemeinsam den Forderungen nach der Gleichstellung von Frau und Mann stellen, wozu ein Erfahrungsaustausch über bisher gemachte positive und negative Auswirkungen auf den gesellschaftspolitischen Wandel gehört.

So könnte z. B. Deutschland durch das Aufzeigen erlebter Probleme im Vereinigungsprozeß den Entwicklungsländern wertvolle Informationen liefern. Es ist zwar bekannt, daß Frauen bei politischen Umbrüchen sehr wohl beteiligt sind, im Prozeß der neuen Ordnungen aber keine bzw. wenig Plätze erhalten. Die Erfahrungen im ehemaligen Ostdeutschland zeigten, daß dies auch Frauen mit hohem Bildungsniveau und hoher ehemaliger Beteiligung am Erwerbsleben – gepaart mit Wohlstand – geschieht. Auch dieser Demokratisierungsprozeß hat veranschaulicht, daß marktwirtschaftliche, demokratische Strukturen und Wohlstand keine Zusage einer stärkeren Mitwirkung der Frauen am Entscheidungsprozeß bedeuten. Vielmehr kann aus „wenig“ immer „noch weniger“ werden (so grau haben sich viele Frauen aus dem ehemaligen Osten den Alltag des Westens nicht vorgestellt).

Alle Länder und Organisationen sind aufgerufen, eine Überprüfung ihrer Aktivitäten durchzuführen, d. h. Hausaufgaben im Sinne der Verwirklichung der Zukunftsstrategien vorzuweisen. Hausarbeiten kann man/frau machen oder nicht, kann sie abschreiben, kann nur Teile der Aufgaben erfüllen, sie können strengstens überprüft werden oder nicht, aber nicht gemachte Hausarbeiten bringen immer ein Gefühl des Unbehagens mit sich. Darin liegt auch eine Chance noch vor Peking die alten Forderungen wieder einzubringen (z. B. finanzielle Mindeststandards für deren Verwirklichung).

In Peking wird als Schlußdokument eine Plattform der Aktionen verabschiedet werden, mit besonderer Beachtung von Schwerpunkten, die weltweit für Frauen Bedeutung besitzen.

Eine Plattform ist statisch – nicht dynamisch, man darf sie nicht überladen, sonst bricht sie zusammen. Der Terminus kommt nicht von ungefähr. Viele Anzeichen sprechen nicht nur im Bereich Entwicklung dafür, daß sich das Pendel nach Nairobi zurückbewegen wird.

Eine Plattform bedeutet aber auch etwas Stabiles, Festes, worauf man weiterbauen kann und was

vor allem eine gute Übersicht über die kleineren Plattformen – erstellt aus den Ergebnissen der fünf regionalen Vorbereitungskonferenzen – bietet, mit denen man Verbindung aufnehmen soll. Es gilt Signale zu setzen, daß man keiner Neuaufnahme zustimmen wird, die hinter das bereits Erreichte zurückgeht (trotz der Erkenntnis, wie wenig vollkommen und befriedigend die Durchführung in der Praxis ist).

Entsprechende Anzeichen gibt es, nicht nur in den Entwicklungs- und osteuropäischen Ländern. Verstärkt wird weltweit von den Herausforderungen gesprochen, nicht mehr von umzusetzenden Strategien. Internationale Organisationen wie der Europarat, die Internationale Arbeitsorganisation u. s. f. stellen sich der Realität nach Nairobi und mahnen die Erfordernisse nationaler Bedenken, Sicherheiten, Gesetzmäßigkeiten ein, mit dem Hinweis, daß auch die Errungenschaften der früheren Jahre sich nicht von heute auf morgen erfüllten, sondern schrittweise in langen Jahren, mit Ruhepausen oder Stillständen dazwischen.

Das bedeutet, daß die Kluft zwischen Wirklichkeit und Ideen größer wird.

Eine Verbesserung könnte aus der Durchsetzung der Ergebnisse der fünf regionalen Vorbereitungskonferenzen resultieren.<sup>3</sup>

Hier liegt die Chance für konkret wirksame Forderungen und politische Willenserklärungen, die sich auf den kleinen Radius einer Region beziehen. Auch die internationalen Organisationen haben dies erkannt und regionale Maßnahmen und Programme erstellt.<sup>4</sup>

Jede Region erarbeitet eine eigene Aktionsplattform, d. h. auch die Entwicklungsländer für ihre Zonen. In den Hauptproblembereichen, wie u. a. Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme, Mitwirkung der Frauen an Entscheidungen in allen Lebensbereichen, Verletzung der Menschenrechte bei und Gewalt gegen Frauen, stimmen die fünf Regionen überein. Unterschiede bestehen in der Gewichtung der zu behandelnden Schwerpunkte (z. B. betreffend die finanziellen Ressourcen – 20/20 Konzept<sup>5</sup>, 0,7% BSP u. a.).

Vergleichbar mit anderen Situationen, in denen regionale Systeme an Bedeutung gegenüber der globalen Schutzfunktion der Vereinten Nationen gewinnen, könnte eine Regionalisierung der Frauenrechtspolitik in Zukunft effizienter wirken und regional neue Impulse für die gesamte Frauenpolitik setzen. Allerdings darf dies nicht zu einer ausschließlichen Befassung mit regionalen Forderungen führen.

Weitere Impulse liegen in den Vorbereitungsarbeiten und Aktivitäten sowie der Mitarbeit der nichtstaatlichen Organisationen, deren Bedeutung bereits bei den vorhergegangenen Weltkonferenzen sichtbar wurde und die sowohl offiziell als auch inoffiziell immer mehr den Verlauf einer Konferenz mitgestalten. Aufklärung, Bewußtsein und Gewissensbildung, Handlungsbereitschaft zu fördern sind

u. a. wichtige Aufgaben, die diese Organisationen erfüllen. Auch in Peking wird analog zu den drei anderen Weltfrauenkonferenzen ein eigenes Forum der nichtstaatlichen Organisationen mit direkten Begegnungen, nicht aber Resolutionen, Empfehlungen usw. stattfinden. Durch die Aufnahme von Vertreterinnen der NGO's in die nationalen Delegationen könnte ein fruchtbarer, stärkerer Dialog entstehen.

Aufgerufen zur Überprüfung und Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten, Schwerpunkte und bisherigen Wirksamkeit und zur Erstellung konkreter Arbeitsprogramme für die nächsten Jahre sind auch die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, darunter vor allem jene, die für die Vertretung der Anliegen von Frauen eingerichtet wurden.

Neben den Aktivitäten der Frauenförderungsabteilung<sup>6</sup>, wie z. B. „Frauen: Die Herausforderungen bis zum Jahr 2000 als weltweite Bildungs- und Informationskampagne für die Durchsetzung der Zukunftsstrategien“, sind weitere Schwerpunktthemen für 1995 und 1996: politische und berufliche Entscheidungsprozesse und -positionen, Gesundheit am Arbeitsplatz, Frauen in extremer Armut.<sup>6</sup> Die Abteilung ist ein Teil des Zentrums für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (Sitz bis Sommer 1993 in Wien, seither in New York) und dient als Sekretariat für die Kommission für den Status der Frau – dem Vorbereitungsgremium für die Konferenz. Die Vorstellung einiger Länder, mit dieser (Rück)Übersiedlung wieder stärker in das Zentrum der Macht zu gelangen, muß sich erst erfüllen.

#### UNIFEM – ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAUEN

Ursprünglich als Fonds aus freiwilligen Beiträgen für die Frauendekade der Vereinten Nationen im Jahre 1976 geschaffen, erfolgte 1984 die Umwidmung zu einem autonomen Fonds innerhalb des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Er dient u. a. als Katalysator zur Sicherstellung einer besseren Einbindung der Frauen in alle Dimensionen der Entwicklungsaktivitäten – vor allem im Bereich der Investitionen – und zur Unterstützung von Förderungsmaßnahmen für Frauen – besonders in den ärmsten Ländern. Z. B. Unterstützung der Bemühungen zur Beseitigung von Analphabetismus der Frauen und Mädchen bis zum Jahr 2000, Erstellung von Programmen zur Gesundheitsverbesserung, von Aufklärungsprogrammen etc.

Z. B. unterstützt UNIFEM „Women's INK“.<sup>7</sup> Ein Projekt, das sich mit Publikationen und Organisationen von und für Frauen aus den Ländern des Südens befaßt und periodisch diesbezügliche Kataloge erstellt. 1994 umfaßte er 100 Titel von Publikationen zur Thematik „Frauen und Entwicklung“.

UNIFEM unterstützt auch das „African Women in crises umbrella program“ (AFVIC).<sup>8</sup> Damit wird die Förderung einer geschlechtssensiblen und entwicklungsorientierten Antwort auf die besonderen Not-

und Mißstände in Afrika verfolgt. Es ist ein Versuch der Unterstützung afrikanischer Frauen in Krisengebieten und zur Entwicklung von Frühwarnsystemen. Schwerpunkt sollen Maßnahmen für die Gesundheit, Ernährung, Schutz vor Ausbeutung, rechtlicher Status von Flüchtlingen und vertriebenen Frauen, strategisch praktische Hilfen und verstärkte Organisationszusammenarbeit sein, als Entwurf einer globalen und einer afrikanischen Antwort auf die Krisen. Die afrikanische Antwort sucht nach Lösungen – auch finanzieller Art – in den eigenen Ländern, die globale Antwort richtet sich an internationale Hilfsmöglichkeiten und Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung der afrikanischen Antwort.

UNIFEM wird vor allem sein Potential und sein Mandat zur Zusammenarbeit mit dem grass root level ausbauen und verstärken.

#### INSTRAW<sup>9</sup> – INTERNATIONALES FORSCHUNGS- UND AUSBILDUNGSINSTITUT DER VEREINTEN NATIONEN ZUR FÖRDERUNG DER FRAU

Das Institut, gegründet 1976 als selbständiges Organ innerhalb des UN-System führt Studien und Ausbildungsprogramme für die Integration und Mobilisierung von Frauen in Entwicklungsländern durch und versucht durch diese Informationen ein weltweites Bewußtsein für Frauenfragen zu schaffen und den Frauen zu helfen, sich neuen Herausforderungen und Wegen zu öffnen. Die Einführung neuer Systeme bei Konzeptanalysen, (z. B. die Sammlung und Interpretation von geschlechtsspezifischen Daten, „Daten statt Worte“ als aussagekräftiges Instrument, das immer noch zuwenig genutzt wird und wobei vor allem die Entwicklungsländer Unterstützung technischer und finanzieller Art bedürfen) ist zentrales Anliegen.

#### DIE FRAUENEINHEIT DER UNIDO<sup>10</sup>

Die Fraueneinheit der UNIDO (United Nations Industrial Development Organisation) will die cirka 200 Millionen weltweit in der Industrie arbeitenden Frauen sichtbar machen, z. B. durch Ausarbeitung von Richtlinien zur stärkeren Einbeziehung der Frauen in wirtschaftliche und soziale Aktivitäten, vor allem in den Industrie-prozeß in den Entwicklungsländern, weiters durch Koordinierung und Stärkung der Aktivitäten für Frauen innerhalb aller Arbeitsbereiche der UNIDO.

#### IAO – INTERNATIONALES ARBEITSAMT

Als einzige dreigliedrige Organisation (Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen) verfolgt die IAO im Rahmen der internationalen Standards und Arbeitsprogramme auch die Gleichstellung von Frau und Mann in den Mitgliedstaaten und ist vielfach in die Vorbereitungsarbeiten für die Weltfrauenkonferenz eingebunden.<sup>11</sup>

1994 feierte sie ihren 75. Geburtstag und stellte zu diesem Anlaß ein Informationspaket über die Rechte der Frauen im Arbeitsleben (Video-Kassette, Broschüren und Plakate), die weltweit inter-

essierten Stellen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wurde ein Schulungsmodell entwickelt, in dem in Form von Fallstudien Möglichkeiten der Arbeiter/innenbildung vorgestellt werden.<sup>12</sup>

Um die Entwicklungsländer bei der Erstellung des nationalen Berichts zu unterstützen und die Teilnahme an den Vorbereitungskonferenzen sowie der Weltfrauenkonferenz selbst zu erleichtern, appellierte die IAO an internationale und zwischenstaatliche Organisationen, diese Frauen zu unterstützen.

#### WHO – WELTGESUNDHEITSORGANISATION

Die Weltgesundheitsorganisation beschäftigt sich mit Blick auf die Frauenkonferenz u. a. mit der Thematik „Aids“, ein großes Problem für Frauen in vielen Entwicklungsländern. Vor allem der große Anteil der Neuinfizierten bedeutet für die WHO Handlungsbedarf. Zur Bekämpfung dieser Epidemie fordert die WHO einen bedeutenden Ausbau der nationalen Erziehungs- und Aufklärungskampagnen inklusive neuer Schutzmittel (Frauenkondome) und die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Betreuung dieser Frauen und ihrer Kinder, sowie die Förderung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

#### OECD

Die Experten/innen-Gruppe „Frau und Entwicklung“ hat u. a. anlässlich der Vorbereitungsarbeiten für die Weltfrauenkonferenz eine Initiative zur Verbesserung der Koordination zwischen den Geber- und Entwicklungsländern gestartet, um eine ausgewogene Verteilung und einen optimalen Einsatz der personellen als auch finanziellen Ressourcen zu ermöglichen.

#### EUROPARAT

Der Europarat setzt Arbeitsschwerpunkte für Frauen in den Themenbereichen Demokratie und Menschenrechte (Frauenrechte) und Unterstützungsmaßnahmen für die neuen zentral- und osteuropäischen Mitgliedsländer.

Im Bereich Demokratie und Menschenrechte hat das Komitee für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention betreffend die Gleichstellung von Frau und Mann vorgestellt, ein Vorhaben, das (noch) nicht von allen europäischen Staaten begrüßt und unterstützt wird.

Hinsichtlich der Unterstützungsmaßnahmen für die neuen Mitglieder finden regelmäßig Veranstaltungen in diesen Ländern zur Thematik Gleichstellung und Demokratie statt.<sup>13</sup>

Zur Vorbereitung der Weltfrauenkonferenz wird seitens des Europarates im Februar 1995 die Konferenz zur Thematik „Demokratie und Gleichstellung – Utopie oder Herausforderung“ stattfinden, in der vor allem auf die Bedeutung der Grundrechte für Frauen eingegangen wird.

Auf dem Weg nach Peking haben die Vereinten

Nationen Raststätten für Frauen eingerichtet bzw. einige Meilensteine gesetzt. Es handelt sich dabei um die 1992 bis 1994 einberufenen Weltkonferenzen der Vereinten Nationen sowie den 1995 stattfindenden Sozialgipfel. Die Einbeziehung der besonders für Frauen relevanten Ergebnisse zählt zu den wichtigsten Vorbereitungsaufgaben im Zusammenhang mit einer demographischen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung.

KONFERENZ FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG,  
RIO DE JANEIRO, JUNI 1992

Im verabschiedeten Schlußdokument „Agenda 21“ ist im Kapitel 24 ein globaler Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung enthalten – u. a. unter Hinweis auf die Zukunftsstrategien von Nairobi. Frauen nennen die „grüne Agenda“ mitunter ironisch „braune Agenda“.

MENSCHENRECHTSWELTKONFERENZ,  
JUNI 1993, WIEN

Die Menschenrechtsweltkonferenz setzte sich die Überprüfung der Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte seit Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 sowie die Erörterung des Zusammenhangs zwischen Entwicklung und der weltweiten Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie bürgerlichen und politischen Menschenrechte zum Ziel. Mit der Verabschiedung der Wiener Erklärung erkannten alle Staaten – d. h. theoretisch auch jene, die sich zuerst vehement dagegen äußerten – die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte an. Durch die Einbeziehung der Frauenrechte als unveräußerliche, untrennbare und unteilbare Bestandteile der Menschenrechte wurden Frauen sehr oft als Gewinnerinnen der Konferenz bezeichnet. Durch eine hervorragende Vor- und Lobbyarbeit größtenteils nichtstaatlicher Frauenorganisationen gelang es, die Frauenrechte zu einem wichtigen Tagungsthema zu machen. Zusätzlich hat die Konferenz die Staaten aufgefordert, bis zum Jahr 2000 die VN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu ratifizieren (bisher 135 der 185 Mitgliedstaaten).

WELTBEVÖLKERUNGSKONFERENZ –  
DIE KONFERENZ ÜBER BEVÖLKERUNG  
UND ENTWICKLUNG, 1994, KAIRO

„Empowerment of Women“ war das Motto der Konferenz, das in allen Kapiteln des Aktionsprogrammes festzuschreiben war. Als Schlüssel für Frauen in Entwicklung wurde die Verbesserung der Bildungschancen gesehen. Nach tagelangen Diskussionen um bestimmte Konfliktthemen (Abtreibungsfrage) gelang es, die Familienplanungsfragen mit einer Forderung nach allgemeiner Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern, Gesundheitsschutz, Maßnahmen im Kampf gegen die Armut u. a. zu vernetzen. Die Kosten der Umsetzung sind zwar absehbar, nicht aber deren Finanzierung.

SOZIALER GIPFEL, MÄRZ 1995, KOPENHAGEN

Der Sozialgipfel wurde – je nach Anschauung – die am meisten politische Konferenz in der VN-Geschichte (soziale Sprengkraft), der geheimste Gipfel (mit geringer vorheriger Beachtung im Vorfeld durch die Medien) sowie die Konferenz der Resignation (wenig konkrete Lösungsaktivitäten) genannt. Behandelt wurden die für Frauen relevanten Themen Armut, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit u. a.

Es war der Wunsch für Kopenhagen, sich der Herausforderung (Utopie) für eine neue Welt sozialer Gerechtigkeit, Solidarität, Harmonie und Gleichheit zwischen den Staaten zu stellen. Mit dem Themen „Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Desintegration“ werden reiche und arme Staaten konfrontiert, Armut hat nicht nur in den Entwicklungsländern ein weibliches Gesicht. Die Anzahl der Flüchtlinge beträgt zehnmal soviel wie vor fünfundzwanzig Jahren. Feststeht, daß Afrika mit 32 der 37 ärmsten Länder der Welt am meisten Hilfe benötigt.

Gekennzeichnet wird die Konferenz auch durch die Haltung der Entwicklungsländer zu den Finanzierungsmodalitäten. Der Sozialgipfel wird die Grenzen des Machbaren sichtbar machen und damit verbunden die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen.

Die in der Agenda 21 des Umweltgipfels in einem Aktionsplan erwähnten Gewinnerinnen der Menschenrechtskonferenz, die Hauptanspruchspartnerinnen der Bevölkerungskonferenz, die Hauptbetroffenen des sozialen Gipfels machten sich also auf den Weg, ihre eigene Konferenz – trotz aller (berechtigter) Kritik und Skepsis an Mammutveranstaltungen, am Veranstaltungsort, am vorgeschlagenen Abschlußdokument – zu begehen. Mit dem Ziel, „Gender main streaming“ – die Einbeziehung der Geschlechterdimension in alle Bereiche und auf allen Ebenen des Lebens zu erreichen, in einer Zeit, in der die Absage an Fortschrittskonzepte Konjunktur hat und die Schaffung tabuähnlicher Normen und Werte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung im Steigen begriffen ist. Wie bei allen Veranstaltungen werden nicht die Seiten der Schlußerklärung, sondern die Ernsthaftigkeit der Bemühungen um einen Erfolg bei der späteren Umsetzung wichtig sein. Es geht in Peking nicht darum zu hinterfragen, wie diese internationalen Mechanismen in der Praxis wirken, oder Hoffnungen zu erwecken, die niemals erfüllt werden können, sondern es muß die realitätsprägende Wirksamkeit der Standards verbessert werden.

Durch eine Untersuchung der EU<sup>14</sup> „Frauen im Europa der Gegenwart – ihre Einstellung zu Europa und zur Politik“, 1991, wurde festgestellt, daß Frauen mehr zu begeistern sind für Konkretes, Machbares, Realitätsbezogenes, das die Situation wirklich ändern kann. Frauen haben sehr viel zu sagen, nicht nur zu reden. Der 4. bis 15. September 1995 bietet dazu Gelegenheit.

Es genügt nicht, nur kritisierend aufzutreten, es müssen auch Fortschritte (im Sinne von Fort =

Weiterschreiten) und gemeinsame Perspektiven entwickelt und bestimmt werden. Frauen müssen die Möglichkeit einer Mitformulierung der Reformüberlegungen von Arbeits- und Lebensweisen in allen Gesellschaften einfordern und erkämpfen. Es gilt aufzuzeigen, daß es trotz aller Spannungen und Trennungen (Diskussionen über den Postfeminismus im Norden – Sicherung der Lebensgrundlagen im Süden) alles überwindende Gemeinsamkeiten von Frauen gibt, die Grundlagen und Ausgang gemeinsamen politischen Handelns sein sollten. Wichtig wird die Änderung des *Verhaltens* vieler Menschen sein, nicht nur der wirtschaftlichen, politischen und sozialen *Verhältnisse*. In diesem Zusammenhang kann auch von Menschenpflichten, nicht nur Menschenrechten, im Bereich der Entwicklung gesprochen werden.

In Gesprächen wird öfter erwähnt, daß in früheren Jahren jede gute Idee in den Vereinten Nationen bis zu zwanzig Jahre brauchte, um als Verhandlungsgegenstand auf den internationalen Tischen zu liegen. Derzeit spricht man von einer fünfjährigen Wartezeit. Die Frauen haben bald beide Ziele erreicht: Seit zwanzig Jahren beinhalten die Forderungen, festgehalten im Aktionsplan, Aktionsprogramm, in den zukunftsorientierten Strategien und schließlich in der Plattform der Aktionen, die besten Aktivitäten der Vereinten Nationen seit langem, nämlich die Durchsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann. Bei einem neuerlichen Anlauf dieser Thematik und einer fünfjährigen Bearbeitungszeit könnte man daher zur de-facto-Gleichstellung Mann/Frau im Jahre 2000 schreiten.

Auf dem Weg nach Peking findet eine Unmenge von Veranstaltungen und Aktivitäten in Form von Arbeitsgruppen, Workshops, Seminaren, Diskussionen, Publikationen u. a. von nationalen, regionalen und internationalen Stellen, Gruppen, Organisationen und Institutionen auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene von, für, über und mit Frauen statt. Dies führt zu einem positiven Effekt von Mammutveranstaltungen, in Form eines neuen Impulses für die Gleichstellungsthematik in der Öffentlichkeit, den Medien, bei den Regierungen, Veranstaltern und den Frauen selbst. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros Ghali, betonte bei einem Gipfeltreffen zu wirtschaftlichen Forderungen für Frauen im ländlichen Raum, Genf 1992:

„Wir müssen anerkennen, daß Frauen die treibende Macht und das Mittel für Entwicklung sein können und nicht einfach Empfängerinnen“.

Neue Netzwerke – auch internationale für den Bereich Entwicklung – werden errichtet, eingeschlafene wieder aufgeweckt, die entsprechenden finanziellen Mittel werden zumindest in den beiden Vorbereitungsjahren etwas erhöht – wenn auch nicht im überschäumenden Ausmaß. Eines steht nämlich fest: Je mehr die Themen Gleichstellung von Frau

und Mann, Frauen und Entwicklung, Frauen und Frieden in die Öffentlichkeit gebracht werden, umso weniger schnell und unbemerkt können sie nach der Konferenz von der Tagesordnung der Vereinten Nationen und der Mitgliedsländer verschwinden.

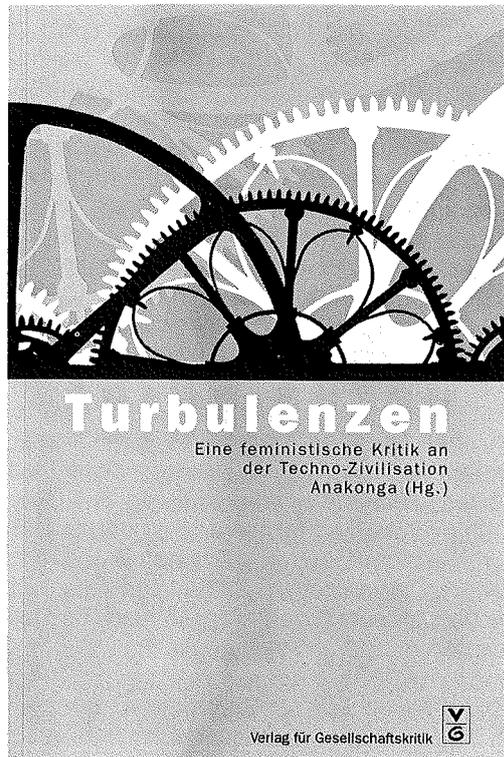
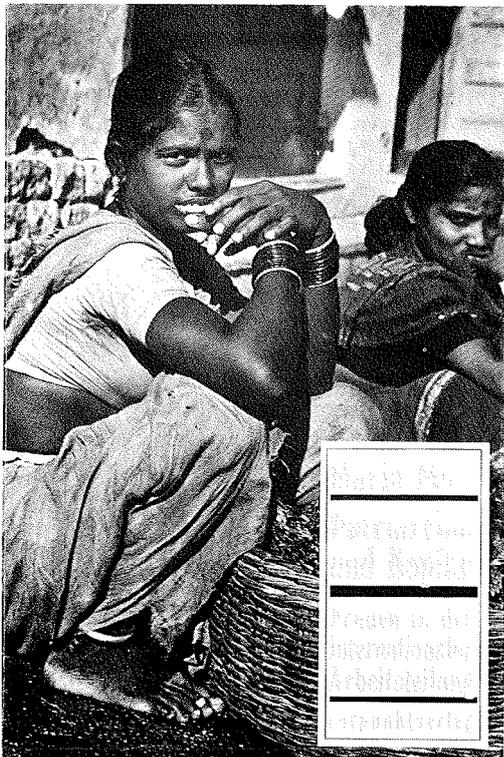
Frauen sind zwar von der de-facto-Gleichstellung weit entfernt, dafür hat ihr Thema Aufnahme in die wichtigsten Schlußdokumente der VN-Veranstaltungen gefunden. Man kann daher von einer „de-documente-Gleichstellung“ sprechen. Dies ist zwar kein Erfolg, aber zumindest ein Beginn. Gertrude Mongella<sup>15</sup>, die Generalsekretärin der Weltfrauenkonferenz, setzt daher bei der Umsetzung dieser Dokumente ihre Hoffnung auf die jüngeren Generationen: „Wir können nur das Design gestalten, die Durchführung wird vor allem an der Jugend liegen“.

#### ANMERKUNGEN:

- 1 So fand z. B. 1993 in Malaysia eine internationale Strategietagung „von den Grundbedürfnissen zu den Grundrechten“, organisiert vom Internationalen Institut für Frauenrechte und Entwicklung, nach zweijähriger Vorbereitungszeit statt, um eine gemeinsame Agenda für die folgende Dekade zu erarbeiten. Institute for Women, Law and Development, January 1995, Issue 3.
- 2 Edit Niehuis, MdB, „Die Weltfrauenkonferenz – Unterschiede und Solidarität – Was soll die Aktionsplattform bringen?“, Information für die Frau, Folge 7-8, Juli/August 1994, Bonn.
- 3 Die Vorbereitungskonferenzen fanden in Djakarta, Argentinien, Wien, Amann und Dakar statt. Die Vorbereitungskonferenz für die Region Europa/Nordamerika fand vom 17. bis 21.10.1994 in Wien statt, durchgeführt von der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE); Schlußdokument: Regional Platform for Action „Women in a Changing World – call for Action from an ECE-Perspective“.
- 4 Wiener Erklärung über die Investition in die Gesundheit von Frauen in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Unterstützung der globalen WHO-Kommission zur Gesundheit von Frauen, Wien 1994; UNCTAD/GATT: The role of women in the transition process, Women Entrepreneurship Development and Trade. Integrating the Trade Dimension into gender-sensitive sustainable Development Strategies and Programmes – Economics in Transition – a regional Perspective, (anlässlich der ECE-Konferenz, Wien Oktober 1994).
- 5 Geberländer und Entwicklungshilfeorganisationen verwenden mindestens 20 % der Entwicklungshilfe und Entwicklungsländer einen gleich hohen Prozentsatz ihrer Haushalte zur Deckung der Kosten im sozialen Bereich.
- 6 Women: Challenges to the year 2000; hrsg. von der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für Presse und Information. Schwerpunktthemen *für Frauen und Gleichstellung* (1995: Gleichstellung in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen; 1996: Beseitigung von Stereotypen in den Massenmedien), *für Frauen und Entwicklung* (1995: Förderung der Alphabetisierung, Bildung und Ausbildung, einschließlich technischer Fertigkeiten; 1996: Betreuung von Kindern und

- Pflegebedürftigen, einschließlich Teilung von Arbeit und Verantwortlichkeit in der Familie, für *Frauen und Frieden* (1995: Frauen im internationalen Entscheidungsprozeß; 1996: Friedenserziehung).
- 7 Women INK - Books on Women and Development, 77 United Nations Plaza, New York NY 1007, USA.
  - 8 African women in crisis umbrella programme (AFWIC), The strategy of UNIFEM to promote a gender sensitive and development – oriented response to complex emergencies in Africa, Nairobi 1994.
  - 9 In straw Report 1993, Santa Domingo.
  - 10 UNIDO: Women considered How Unido is making women more visible in industry, Wien 1990.
  - 11 ILO and the Fourth World Conference on Women Action for Equality, Development and Peace, Information Bulletin No. 3, November 1994.
    - Beitrag zum World Survey on the Role of Women in Development – verantwortlich für das Kapitel informeller Sektor
    - Mitarbeit bei der Erstellung des Mittelfristplanes zur Förderung der Frauen 1996 bis 2001 – verantwortlich für das Programm über produktive Ressourcen, Einkommen und Beschäftigung
    - Beitrag bei der aktualisierten Version der VN-Publikation 1991 the World Women-Trends and Statistics 1970-1990 – Kapitel Frauenarbeit und Wirtschaft
    - Ergebnisse des IAO-Projektes über die Gleichstellung der Frau in der Beschäftigung und Ergebnisse des internationalen Forums über die Gleichstellung der Frauen in einer sich ändernden Welt. Bei diesem Forum wurde ein 12-Punkte-Programm verabschiedet, das sich an die Regierungen und Interessensvertretungen wendet, um eine bessere Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann zu erreichen.
    - Mitarbeit bei den regionalen Vorbereitungskonferenzen mit Schwerpunkt Frauen und Beschäftigung.
  - 12 ILO: Maryse Gaudier: The development of the women's question at the ILO 1919-1994; Alice Ouédraogo: Women's employment in Africa - obstacles and challenges, Juli, Genf 1994; Lin Leon Lim: women at work in Asia and the Pacific - recent trends and future challenges, Genf 1994; Petra Ulshoefer: Comments on women's labour and employment in Latin America in the nineties - present situation and future outlook, Genf 1994; Liba Pankert: gender and change in Central and Eastern Countries; Genf 1994.
  - 13 Europarat: Konferenz über die Gleichstellung von Frau und Mann in einem sich ändernden Europa, Polen 1992; Internationaler Workshop über die Probleme der Gleichstellung im Übergangsprozeß in den zentral- und osteuropäischen Ländern, Bulgarien 1993; Internationaler Workshop über die nationalen Einrichtungen zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in den zentral- und osteuropäischen Ländern, Slowenien 1994. Eine weitere Veranstaltung ist ein internationales Forum, welches für Herbst 1995 in Ungarn geplant ist.
  - 14 J. Mossuz-Lavau: Frauen und Männer in Europa der Gegenwart; ihre Einstellung zu Europa und zur Politik, 1991.
  - 15 Unifem News, Nr. 3, Oktober 1993.

IWK-BIBLIOTHEK FRAUENFORSCHUNG:



EDDA WEISS

## GENDERSICHTWEISE UND TRAGFÄHIGE ENTWICKLUNG

1. Bisherige Erfahrungen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit weisen darauf hin, daß das Vorliegen folgender Rahmenbedingungen in einem Land eine auf lange Sicht tragfähige Entwicklung (sustainable development) begünstigt:

- Partizipatorische Entwicklung,
- Demokratisierung in politischer (Demokratie) und wirtschaftlicher Hinsicht (Marktwirtschaft),
- Rechtsstaatlichkeit,
- Achtung und Förderung der Menschenrechte,
- Good Governance (Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Führung der Regierungsgeschäfte, der Verwaltung öffentlicher Gelder, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Korruption),
- Entwicklungsorientiertes Handeln einer Regierung.

Die internationale Gebergemeinschaft, die schon auf Grund der Satzung der Vereinten Nationen zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet verpflichtet ist<sup>1</sup>, nahm im Rahmen des Entwicklungsausschusses der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Dezember 1993 die sogenannten „DAC Orientations on Participatory Development and Good Governance“<sup>2</sup> an, die nunmehr mit den übrigen Grundsätzen und Leitlinien für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit<sup>3</sup> eine verbindliche politische Empfehlung auf diesem Gebiet darstellen.

Eine weitere wichtige Grundlage, die bereits 1984 ausgearbeitet und 1989 im Lichte praktischer Erfahrungen der „Donors“ überarbeitet wurde, bilden die „Guiding Principles for Women in Development“<sup>4</sup>: Jene, die schon bisher auf Grund ihrer angeborenen Funktion als Bewahrerinnen und Hüterinnen menschlichen Lebens dazu verhalten sind, für den Nachwuchs Sorge zu tragen, also Frauen, stellen immer wieder ihre Fähigkeiten zum Ergreifen vorbeugender Maßnahmen (Präventivmaßnahmen) und Überlebensstrategien, die eine auf lange Sicht tragfähige Entwicklung bewirken, unter Beweis. In der Regel sind es die Frauen, die für die sogenannten praktischen Bedürfnisse in der menschlichen Gesellschaft und insbesondere in der Familie aufkommen – für ihre strategischen Bedürfnisse bleibt leider oft zu wenig Zeit. Nur ein verständnisvoller Partner wird mit Hand anlegen und durch seine Bereitschaft, sich auch für die Erziehung von Kindern bzw. für die Haushaltsführung mitverantwortlich zu fühlen, das Leben der Frau dadurch erleichtern.

2. In der Entwicklungszusammenarbeit kommt den Frauen eine besondere Rolle zu, sowohl als Trägerinnen als auch als Empfängerinnen von Entwick-

lungshilfeleistungen. Die Förderung von Frauen ist eine *Querschnittsaufgabe*, die sich in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit stellt.

In den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit haben Frauen eine Schlüsselrolle in wirtschaftlich und sozial wichtigen Bereichen, insbesondere der Landwirtschaft (Dreiviertel aller Arbeitsleistungen auf dem Land werden von Frauen erbracht), in der Energie- und Wasserversorgung, Hauswirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Familienplanung, Kindererziehung – zum Teil auch in Handwerk, Handel und moderner Industrieproduktion.

Frauen leben jedoch häufig unter Bedingungen, die zu besonderen Benachteiligungen und Belastungen führen, die es ihnen erschweren, ihre Aufgaben zu erfüllen:

2.1. *Benachteiligungen* gegenüber Männern ergeben sich z. B.:

- durch strenge Arbeits- und Einkommensteilung zwischen Männern und Frauen, wobei Frauen traditionell in der Subsistenz-Landwirtschaft oder im informellen Sektor tätig sind, wo Geldeinkommen oft nur in geringem Umfang erzielt werden; sie sind dadurch zumeist schlechter gestellt, zumal sie für einen Großteil der Haushaltsausgaben aufkommen müssen, während das Einkommen des Mannes häufig nicht der Familie zugute kommt;
- hinsichtlich Ausbildung, Ernährung, Rechtsstellung (etwa bei Landerwerb, bei Berufswahl, bei Scheidungen und Erbfall), Zugang zu Krediten, Gesellschaft und Politik.

2.2. *Belastungen* werden z. B. verursacht:

- durch häufige Geburten, Feld- und Hausarbeit, Transporte, Mängel bei der Wasser- und Energieversorgung, schlechte Hygiene- und Wohnverhältnisse sowie Krankheiten in der Familie;
- durch Modernisierungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft, die manchmal auch durch unangepasste Entwicklungsmaßnahmen gefördert werden, z. B. Verlust traditioneller Arbeits- und Einkommensbereiche bei Einführung neuer Produktionsmethoden, die Frauen nicht zugänglich sind; Mitarbeit der Frauen bei erhöhter Marktproduktion in der Landwirtschaft, die oft zu Lasten der Subsistenzproduktion geht und damit die Einkommensmöglichkeiten der Frauen verringert; Auflösung familiärer Strukturen, etwa durch Landflucht, wobei die Verantwortung für Kinder und alte Menschen bei den Frauen bleibt;
- durch Krisen (Hungersnot, Krieg, Vertreibung, Arbeitslosigkeit, Zerstörung der natürlichen Ressourcen), die die Versorgung der Familie weiter erschweren.

3. Eine Verbesserung der Lage der Frauen dient der Verwirklichung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Angesichts der Schlüsselrolle der Frauen im Entwicklungsprozeß ist ihre Förderung auch entwicklungspolitisch bedeutsam. Frauen tragen nicht nur überwiegend zur Befriedigung praktischer Grundbedürfnisse bei, sondern auch zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung insgesamt, welche ohne die Arbeit, die Fähigkeit und das schöpferische Potential der Frauen nicht möglich ist.

Die Förderung soll bewirken, daß Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung ihrer Länder teilnehmen und aus ihr Nutzen ziehen können.

Die soziokulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit sind als Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Wie bei vielen Maßnahmen in diesem Bereich kann eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Frauen auch eine Änderung dieser Rahmenbedingungen erfordern und/oder zur Folge haben (Berücksichtigung strategischer Interessen).

Förderung von Frauen braucht in besonderem Maße politische und gesellschaftliche Unterstützung. Sie kann nicht gegen, sondern nur *mit den Männern* verwirklicht werden.

4. Eines ist daher in der internationalen Diskussion über Entwicklungszusammenarbeit heute unbestritten: *Die Förderung von Frauen ist eine conditio sine qua non.*

Im Laufe der Jahre bildeten sich verschiedene entwicklungstheoretische Ansätze heraus: Der Wohlfahrts-, der Gleichheits-, der Antiarmuts-, der Effizienz-, der „Empowerment“-Ansatz und nunmehr die Verschiebung des Schwergewichts der Betrachtung von „Women in/and Development“ zu „Gender and Development“.

Im zunehmenden Maße wird seitens der „Donors“ die geschlechtsspezifische Ungleichheit als Schlüsselfaktor angesehen, der bei allen Entwicklungsaktivitäten berücksichtigt werden muß.

1994 erschien eine Studie über das „Empowerment von Frauen“ in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit<sup>5</sup>, die den „Gender-Aspekt“ sowohl in der staatlichen Verwaltung als auch bei den österreichischen nichtstaatlichen Organisationen beleuchtet.

5. In Vorbereitung der vierten Weltkonferenz im September 1995 fand vom 8.–10. März 1994 in New York ein OECD/DAC Seminar „Ergebnisse und Hindernisse bei Frauen und Entwicklung: Auf dem Weg nach Peking und darüber hinaus“ statt, bei dem der Entwurf einer Aktionsplattform für die Pekinger Weltfrauenkonferenz einer kritischen Prüfung unterzogen wurde: Die FLS (Forward Looking Strategies) von Nairobi seien weniger als erwartet

umgesetzt worden und es gelte nunmehr, danach zu trachten, sowohl diese bereits 1985 beschlossenen Zielvorgaben zu erreichen als auch über das Jahr 2000 hinaus Schwerpunktt Themen für die Frauen in der sogenannten „Platform for Action“ festzulegen. Wichtig sei vor allem ein positives Bild der Frauen als dynamische Akteure in der Gesellschaft, in der sie leben. Bedeutend sei darüber hinaus die Herstellung der Verbindung zwischen einzelnen Weltkonferenzen in Kairo (Weltbevölkerungskonferenz), Kopenhagen (World Social Summit) und Peking (Weltfrauenkonferenz); Frauenfragen sollten auf all diesen Konferenzen eine wichtige Rolle spielen.

Der Vorbereitungsprozeß sollte nicht so sehr getrennt zwischen Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), sondern vielmehr auf universeller, regionaler und nationaler Ebene erfolgen.

Man einigte sich im Kreis der „Geber“ insbesondere auf die Unterstützung folgender Ziele für die „Aktionsplattform“:

- Gleiche Ermächtigung für Frauen und Männer (share power equally)
- Freisetzung des wirtschaftlichen Potentials von Frauen und Überwindung der Armut (release women's economic potential and overcome poverty)
- Förderung der Menschenrechte von Frauen (further human rights for women)
- Die Erziehung von Frauen bewirkt auf lange Sicht tragfähige Entwicklung (educate women for sustainable development)
- Die Verbesserung der Gesundheit von Frauen wird für die Zukunft der Welt als notwendig erachtet (improve women's health, seen as essential for the world's future).<sup>6</sup>

6. Weiteres wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lage der Frauen in den Entwicklungsländern ist neben der Einhaltung bedeutender völkerrechtlicher Verträge auf menschenrechtlichem Gebiet (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) die Einhaltung der Bestimmungen der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau<sup>7</sup>.

Nahezu 150 Staaten sind Vertragsstaaten dieser Konvention, ein Komitee von unabhängigen Expertinnen überprüft die Einhaltung der Bestimmungen. Allerdings erhoben etliche Staaten Vorbehalte zu einzelnen Bestimmungen und erachten sich „nicht durch jene Bestimmungen der Konvention als gebunden, die die unmittelbare Abschaffung tief wurzelnder überlieferter Bräuche und Praktiken ihrer Länder fordern“<sup>8</sup>. Andere Vorbehalte beziehen sich auf die unumstößliche Geltung der von der islamischen Sharia abgeleiteten Personenstandsgesetze.<sup>9</sup> Bezüglich der nach der Konvention verpflichtenden Registrierung von Eheschließungen erhebt ein anderes Land den Vorbehalt, daß dies im Hinblick auf die Größe des Landes mit seiner Viel-

zahl von Gebräuchen, Religionen und Alphabetisierungsstufen nicht durchführbar wäre.<sup>10</sup>

Die erwähnten Vorbehalte zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau weisen auf die schwierigen Rahmenbedingungen hin, unter denen Frauen in diesen Ländern leben müssen. Ihr Empowerment kann nur durch eine Änderung dieser Bedingungen stattfinden; der Wille zur Veränderung kann aber nicht von außen auferlegt werden; die Betroffenen selbst müssen ihn entwickeln. Die Diskriminierung dieser Frauen in allen Lebensbereichen, die ständige Verletzung ihrer politischen und bürgerlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte liegt einerseits in der mangelhaften Information und im fehlenden Bewußtsein bei Frauen und Männern über diese Normen und Standards.

7. Auf der in Wien im Juni 1993 veranstalteten Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen wurde die Unteilbarkeit und Universalität von Menschenrechten aus der regionalen wie aus der geschlechtsspezifischen Perspektive klar verbrieft und die Verankerung von Frauenrechten als unveräußerliche Menschenrechte durchgesetzt.<sup>11</sup>

Zur Erreichung der Erhöhung des Wissens über bestehende Normen, Standards und Instrumente im Frauenbereich als Ausgangspunkt für die Einleitung praktischer Veränderungen fördern Entwicklungszusammenarbeitsverwaltungen wie z. B. die österreichische, die Abhaltung von Postgraduierten-Kursen für TeilnehmerInnen aus Entwicklungsländern.<sup>12</sup>

8. Die Förderung von Frauen in Entwicklungsländern als positive Diskriminierung im Sinne einer qualifizierten Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ist ein prozessualer Vorgang, der nicht immer befriedigend verläuft. Es bedarf hiezu einer genauen Kenntnis der Lage von Frauen und einer kontinuierlichen Betrachtungsweise veränderlicher Prozesse in ausgewählten Ländern. Die gleichberechtigte Mitwirkung der Frauen am bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben sollte das langfristige Ziel in der Entwicklungszusammenarbeit sein; immer jedoch ist ihre spezifische Ausgangslage zu berücksichtigen (Gendersichtweise).

„Am Ende jedes Entwicklungsprozesses muß aus einer GAD und Empowerment Perspektive eine faire Partnerschaft zwischen Frauen und Männern stehen, die diese befähigt, gemeinsam die Zukunft zu gestalten“<sup>13</sup>.

Dieser Lernprozeß der Regierungen und „Aid Administrations“ findet derzeit statt, wobei elementar ist, daß die auf politischer Ebene teilweise bereits eingegangenen Verpflichtungen in der Praxis (Politikdialog, Programme, Projekte) auch durchgeführt werden. Die Einführung des Petitionsrechts durch die Ratifikation eines Zusatzprotokolls zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau wäre ein weiterer wichtiger Schritt.

9. Evaluierungen im Rahmen der OECD betreffend die Verankerung der Gender-Perspektive in den „Aid Administrations“ verdeutlichen die Notwendigkeit einer institutionellen Verankerung in den einzelnen Verwaltungen sowie der Bereitstellung gewisser personeller Kapazitäten und ausreichender finanzieller Ressourcen (eigene Budgetlinie für diese Querschnittsmaterie). Darüber hinaus ist die Abhaltung von Gender-Trainingsseminaren für ProjektreferentInnen ein wichtiges Element in der kontinuierlichen Weiterbildung des hierfür verantwortlichen Personals.

Hinsichtlich der Verankerung des Gender-Aspekts in der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt wird empfohlen, GAD („Gender and Development“) als *generelle Leitlinie* in der Entwicklungszusammenarbeit einzuführen.<sup>14</sup> Dies würde am ehesten den sozialen Kontext des Projekts und die Lebenswirklichkeit von Frauen widerspiegeln. Grundsätzlich sollten Frauen sowohl in *traditionellen* als auch in *neuen Sektoren* gefördert werden. Die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen sollte verbessert werden. Im Gesundheitssektor sollte die Rolle von Frauen als Entscheidungsträgerinnen vergrößert, ihre eigenen Vorstellungen sollten stärker berücksichtigt werden. Im *Projektzyklus* sollten Frauen als Teil der Zielgruppe identifiziert und genderspezifische Aspekte zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt integriert werden. Die Arbeitsbelastung von Frauen und Männern und ihre Kompensierung dafür müßte analysiert werden.

ANMERKUNGEN:

- 1 Siehe Satzungen der Vereinten Nationen, insbesondere Artikel 1 Absatz 3.
- 2 Siehe Dokument OECD/GD (93) 191.
- 3 Siehe OECD-Development Assistance Manual „DAC Principles for Effective Aid“, Paris 1992.
- 4 Siehe OECD Development Assistance Manual, S.89 ff.
- 5 Neuhold, Brita: „Wir wollen mitentscheiden! Empowerment von Frauen in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Grundlegende Ansätze und Projektbeispiele.“ Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit & Österreichische Entwicklungszusammenarbeit/Bundeskanzleramt, 1994.
- 6 Bericht über das OECD-DAC Seminar „Achievements and Obstacles in Women in Development; To Beijing and Beyond“, New York, 8. - 10. März 1994, s. Dok. DCD/DAC/WID (94) 3.
- 7 Text der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, s. BGBl 443/1982.
- 8 Siehe BGBl 132/1988.
- 9 Siehe insbesondere BGBl 210/1990 und 217/1994.
- 10 Siehe BGBl 217/1994.
- 11 Siehe Brita Neuhold, Anmerkung 5, S. 97.
- 12 1. Intern. Postgraduierten-Lehrgang über Frauenrechte im Rahmen intern. Instrumente, Juli / August 1993, Stadtschlaining/Burgenland/Wien; 2. Postgraduierten-Lehrgang über Menschenrechte von Frauen, 18. 7 - 12. 8. 1994, Stadtschlaining/Burgenland.
- 13 Siehe Neuhold, Anmerkung 5, S. 110.
- 14 „WID as a Cross-Cutting Issue in Development Aid Evaluation“, CIDA, 1994.

ELFRIEDE FRITZ

## THEORIE UND PRAXIS IN DER UMWELTPOLITIK AUS DEM BLICKWINKEL EINER „UMWELTJURISTIN“

Obwohl Wirtschaft und Umwelt für jeden erkennbar zusammenhängen (1), arbeiten Wirtschafts- und Umweltexperten getrennt in verschiedenen Institutionen und in der Rechtfertigung ihrer Tätigkeiten die anderen jeweils mißtrauisch beobachtend. Meist können jene ihre Interessen oder das, was die Institution ihnen als zu vertretende Interessen vorgibt, durchsetzen, die mehr Macht und einen großen Apparat, auch durch internationale Organisationen, hinter sich wissen und von der allgemeinen Strömung besser getragen werden (2). In die Vernetzung der „gegenteiligen“ Interessen von Umwelt und Wirtschaft/Handel und der damit befaßten Institutionen muß auch der Sozialaspekt eingebaut werden (3). Vom Gelingen dieser Vernetzung wird unsere Zukunft entscheidend beeinflußt sein (4).

### 1) ZUSAMMENHANG VON WIRTSCHAFT/HANDEL UND UMWELT

Wir besuchen täglich Geschäfte und kaufen dort Lebensmittel, Güter des täglichen Bedarfs und solche Waren, die unser Leben einfach angenehmer machen. Diese Waren stammen nicht nur aus heimischer Produktion, sondern auch aus anderen europäischen oder noch fernerer Staaten wie den USA, Japan, China, Taiwan, Hongkong, Korea, Indien und anderen Entwicklungsländern. Gerade Kleidung und Spielzeug (überwiegend aus Plastik!) aus diesen Ländern ist trotz des langen Transportweges besonders billig. Auch elektronische Geräte aus den Schwellenländern oder aus Japan sind oft billiger als europäische Markenware. Wir kaufen und denken dabei nicht an die Belastung der Umwelt durch die Transportwege der Waren (Verschmutzung der Meere, der Luft, Energieverbrauch durch das Transportmittel). Kaum ist uns eine Überlegung wert, warum diese Waren, obwohl sie von so weit her kommen, um so vieles billiger sein können. Welche Löhne werden den ArbeiterInnen dafür bezahlt? Unter welchen Bedingungen müssen sie produzieren? Welche Maschinen und sonstige umweltverschmutzende Stoffe werden zur Produktion eingesetzt? Wird durch die Produktion die Umwelt verschmutzt oder gefährdet (wie z. B. durch Abholzung oder den Ausstoß giftiger Verbrennungsrückstände u. ä.)? Warum schließen heimische Produktionsbetriebe wie im Nahrungsmittel oder Textilbereich? Eingebettet in internationale Abkommen und Instrumente, die uns das Glück des offenen Marktes bescherten, den Konkurrenzdruck erhöhen und uns ein verblüffendes Warenangebot bieten, nutzen wir die Gunst der Stunde und wählen aus – unter der Voraussetzung, daß wir nicht zu je-

nen gehören, die gerade ihren Arbeitsplatz verloren haben und daher um ihr Überleben kämpfen müssen. Zurück bleibt enormes Verpackungsmaterial oder andere Gebinde, für deren wiederverwertbare Trennung wir als KonsumentInnen in Österreich verantwortlich sind. Auch Bio-Abfall sammeln wir, in dem eine gespritzte Zitronenschale aber doch besser nicht landen sollte.

### 2) INSTITUTIONEN, INSTRUMENT UND ABKOMMEN

Die Zuständigkeiten der einzelnen Ressorts sind im Bundes-Ministeriengesetz geregelt. Das Finanzministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, das Landwirtschaftsministerium, aber auch das Bundeskanzleramt und das Außenministerium beanspruchen wichtige Kompetenzen im Wirtschafts- und Handelsbereich. Wem sind die Auseinandersetzungen zu den Zuständigkeiten rund um den EU-Beitritt Österreichs unbekannt! Für Umweltfragen haben wir ein Umweltministerium und für Soziales ein Sozialministerium. Überall werken ExpertInnen, deren Tätigkeiten mehr oder weniger von den Sozialpartnern (Bundesarbeitskammer, Bundesarbeitskammer, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung) beeinflußt werden, die schon im Vorfeld für internationale Verträge oder nationale Gesetze ihre Interessen einbringen, eine mit ihnen abgestimmte Vorlage an das Parlament erwirken und dort als Abgeordnete der Regierungsparteien das Ganze absegnen.

Die UmweltexpertInnen betreuen im wesentlichen den ihnen im B-MING zugewiesenen Bereich und geraten zwangsläufig in Konflikte mit Vertretern anderer Ressorts oder der Interessensvertretungen, besonders hinsichtlich wirtschaftlicher Interessen.

Derartige Kollisionen negiert man aber hartnäckig auf internationaler Ebene. Wenn auch die ab 1. Jänner 1995 in Kraft getretene Welthandelsorganisation (WTO) nun ein Komitee für Handel und Umwelt eingesetzt hat, kam man im Rahmen der OECD bei Richtlinien zum Verhältnis von Handel und Umwelt über Formalismen noch nicht hinaus und bekräftigt lautstark, daß der liberale Handel, der schließlich als Motor des Wirtschaftswachstums gilt, von dem zumindest die Industrieländer bisher sicher profitierten und – gemessen an den Wachstumszahlen – auch die Schwellenländer einen großen Aufschwung verzeichnen, durch Umweltnormen nicht eingeschränkt werden dürfe, daß im Gegenteil liberaler Handel und „aufrechterhaltbare“ Umwelt einander ergänzen. Es sollte daher auch

gar nicht mehr geprüft werden, ob „alte“ Umweltabkommen GATT-konform sind. Beachtung wäre hingegen neuen Umweltabkommen zu schenken, die jedenfalls im Einklang mit den internationalen Handelsregeln stehen müßten, was in erster Linie von den Handelsexperten geprüft werden sollte!

Was bedeutet der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union dafür?

Mit In-Kraft-Treten des EWR wurden cirka 60% des EG-Gemeinschaftsrechtes bereits übernommen (Proklamierung der Übernahme der 4 Freiheiten: Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrsfreiheit). Tatsächlich ist die echte Warenverkehrsfreiheit erst durch den in rechtlicher Hinsicht wichtigen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (1. Säule des Maastricht-Vertrages zusammen mit EGKS und EAG) vollzogen worden, wodurch Österreich nun Mitglied der *Zollunion* ist und auch im Warenverkehr vollständig am Binnenmarkt teilnimmt.

Bis 31. 12. 1994 wurden Zoll- und Handelsmaßnahmen aufgrund autonomer österreichischer Gesetze oder aufgrund von Abkommen, die Österreich mit anderen Staaten abgeschlossen hatte, oder denen Österreich als Mitglied beigetreten war, administriert. Die politische Willensbildung (Akkordierung mit den verschiedenen Ressorts wie BMAA, BKA, BMU, BMLuF unter Federführung des BMfWA in Handelsangelegenheiten und mit den Sozialpartnern) erfolgte ausschließlich nach „innerösterreichischen“ Interessen, z. B. bei der

- Festsetzung der Zollsätze oder Verhandlungen darüber im GATT
- Gewährung von Zollpräferenzen für Entwicklungsländer
- Abstimmung einer österreichischen Haltung bei internationalen Konferenzen wie UNCTAD, UNCED, GATT bzw. WTO-Verhandlungen, OECD-Arbeitsgruppensitzungen etc.

Die Höhe des anzuwendenden Zollsatzes beeinflusst wesentlich den Preis einer Ware! Firmen, die Einkäufe tätigen, kalkulieren entsprechend und sind von Zollsaterhöhungen als Unternehmer, die Letztverbraucher als KonsumentInnen betroffen. Die EG hat mit vielen Ländern innerhalb und außerhalb Europas Freihandelsvereinbarungen abgeschlossen, die den betroffenen Ländern auch einen besseren Marktzugang zu den EG-Mitgliedstaaten bieten sollen. Österreich nimmt nun daran teil. Dazu gehören u. a. die Europäische Freihandelszone (EFTA), der Europäische Wirtschaftsraum (EWR), Europaabkommen mit den osteuropäischen Ländern, Freihandelsvereinbarungen mit verschiedenen Ländern wie den baltischen Staaten, Mittelmeerländern, Israel, Ägypten, Jordanien, Zypern und Malta; Abkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten – Lomé-Konvention). Bei der Einfuhr von Waren aus diesen Staaten und Gebieten werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruch-

nahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren. Das Herzstück dieser Vereinbarungen und auch des *Allgemeinen Präferenzsystems (APS)* der EG sind die „Ursprungsregeln“, deren Einhaltung Voraussetzung für die Gewährung des günstigen Zollsatzes ist. Zu prüfen ist dabei, ob die importierten Waren tatsächlich den jeweils geforderten Ursprungskriterien entsprechen. Darf China zur Herstellung eines gestrickten Pullovers Garn aus Indien verwenden? Dürfen heimische Materialien mitverarbeitet werden? Wieviel Drittlandsmaterial darf in einer Ware enthalten sein, damit sie noch als Ursprungsware des erklärten Ursprungslandes anerkannt werden kann? Ist die Ware vollständig im Ursprungsland erzeugt? Wenn nicht, wurde sie ausreichend be- oder verarbeitet? Exportseitig ist darauf zu achten, daß der Exporteur die Ursprungsregeln seines Exportproduktes kennt und einhält, wenn der Importeur im Importland dafür eine Zollbegünstigung in Anspruch nimmt.

#### BEDEUTUNG DER TEILNAHME ÖSTERREICHS AM BINNENMARKT UND AN DER ZOLLUNION:

- \* Wegfall der Grenzkontrolle für den *Warenverkehr im Binnenmarkt*
- \* Übernahme des EG-Außenhandelsrégimes
- \* Übernahme der EG-Zollvorschriften und des Gemeinsamen Zolltarifs der EG (ein Zolltarif ist ein Warenkatalog, in dem alle Waren aufgelistet sind; basierend auf dem Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren enthält er 97 Kapiteln mit vielen Nummern und Unternummern; der durchschnittliche EG-Zollsatz ist niedriger als der bisherige österreichische Zollsatz war). Die Kombinierte Nomenklatur enthält neben dem autonomen EG-Zollsatz auch die – in der Regel niedrigeren von der EG im GATT zugestanden – Vertragszollsätze.
- \* Übernahme der WTO-Verhandlungsergebnisse der EG (EG-Zollzugeständnisse im industriell-gewerblichen und im landwirtschaftlichen Bereich)
- \* Übernahme der EG-Außenhandelsvereinbarungen und der EG-Präferenzabkommen wie AKP-Abkommen, Europaabkommen mit den osteuropäischen Ländern usw. (u.a. auch Übernahme des „Bananenrégimes“ der EG, mit dem die kleineren, eher vollreifen Bananen aus den AKP-Staaten gegenüber den grünen (weil unreif gepflückt, künstlich in Schlaf gehalten und erst kurz vor dem Verkauf zur Reifung „aufgeweckten“ „Dollarbananen“ aus Mittelamerika bevorzugt werden).
- \* Übernahme autonomer EG-Zollrégime wie das Allgemeine Präferenzsystem (APS), das auch als Anreizsystem eine Umwelt- und Sozialklausel enthält, deren Anwendung allerdings erst 1997 geprüft werden soll
- \* Vertretung österreichischer Interessen nun durch die vorgegebenen Strukturen in Kommissionsausschüssen und Ratsarbeitsgruppen (besonders

Art. 113-Ausschuß) und den zahlreichen diesbezüglichen Gremien für die verschiedenen Abkommen

\* Vertretung der Mitgliedstaaten in internationalen Handelsorganisationen nur durch die EG; es spricht alleine der Vertreter der Europäischen Kommission, die Mitgliederstaaten koordinieren sich vor Sitzungsbeginn und in den o. a. Ausschüssen und Komitees

\* innerösterreichische Koordinierung für COREPER und Ministerrat

\* Regelung des Zoll- und Handelsbereiches überwiegend durch das stärkste sekundäre Rechtsinstrument, nämlich durch die unmittelbar anwendbaren Verordnungen

WTO/GATT:

Ziel ist die Liberalisierung des multilateralen Waren- und Dienstleistungshandels durch Abbau der Zölle und sonstiger handelsbeschränkender Maßnahmen; es wird auch als „Wachhund“ zur Einhaltung der internationalen Handelsregeln durch regelmäßige Überprüfung der Handelsregime der Mitgliedstaaten bezeichnet.

In Kraft trat es am 1. Jänner 1995, es inkorporiert das seit 1947 als Torso bestehende GATT 47, das ein reines Warenhandelsabkommen war. Die WTO regelt neue Bereiche wie geistige Eigentumsrechte, Investitionsmaßnahmen und Dienstleistungen, die teilweise nach einem Gutachten des Europäischen Gerichtshofes nicht insgesamt unter die Zuständigkeit der Europäischen Kommission gem. Art. 113 EG-Vertrag fallen. Der Durchsetzungsmechanismus wurde gestärkt (verbesserte Regelungen zur Streitschlichtung zur Vermeidung und Beilegung von Handelskriegen, wie z. B. zwischen EG und USA). Der bis dahin weitgehend vom GATT nicht erfaßte landwirtschaftliche Bereich wurde einbezogen (Streit um den Subventionsabbau zwischen der EG und den USA). Nichttarifäre Maßnahmen wie Quoten waren in Zölle umzuwandeln und werden nun stufenweise abgebaut. Die Zollzugeständnisse der Vertragsparteien sind sowohl bei Waren der Kapitel 25-97 des Zolltarifs als auch 1-24 (landwirtschaftliche Waren) gebunden, d. h. Zollerhöhungen kann es nur aufgrund von komplizierten Kündigungsverhandlungen geben. Grundprinzip des GATT 47 und des GATT 94 ist die *Meistbegünstigung*. Ausnahmen davon werden z. B. für Zollunionen und Freihandelsvereinbarungen zugestanden (gem. Art. XXIV GATT): Die EG muß nun aufgrund der Übernahme der von ihr zugestandenen Vertragszollsätze durch die neuen Mitgliedstaaten die übrigen GATT-Vertragsparteien (dzt. bereits über 80 WTO-Mitglieder; GATT 47 hatte über 130 Mitglieder) kompensieren.

Der sensible Textilhandel, geregelt durch das Multifaserabkommen, soll schrittweise in das GATT integriert und somit liberalisiert werden. Vorschriften gibt es zu Antidumping- und Subventionsmaßnahmen. Die WTO hat ihr Sekretariat in Genf. Durch

genau vorgegebenen Strukturen, wie Ministerkonferenz, Allgemeiner Rat, Rat für Waren, Rat für Dienstleistungen und Rat für handelsrelevante geistige Eigentumsrechte, darunter Komitees und Arbeitsgruppen, soll das WTO-Abkommen angewandt werden.

Das GATT hinterfragt nicht die Umstände, unter denen eine Ware produziert wird. Diskussionen um die Vereinbarkeit von Umweltmaßnahmen mit der Aufrechterhaltung des liberalen Handels sind bereits angelaufen (WTO-Umweltkomitee, OECD: gemeinsame Arbeitsgruppe des Handels- und Umweltkomitees). Ebenso will man auch über Sozialnormen reden. Bei den Entwicklungsländern gibt es dazu großen Widerstand. Sie fürchten Öko- und Sozialprotektionismus. Die Industrieländer wiederum sprechen von Öko- und Sozialdumping (auch im Dienstleistungsbereich). Bundesminister Schüssel hat in seiner Rede bei der Abschlußkonferenz in Marrakesch darauf hingewiesen, daß auch Kinderarbeit oder das Recht der Arbeiter, sich zu Vereinigungen zusammenzuschließen, von der WTO beachtet werden sollte.

### 3) VERNETZUNG DER „GEGENTEILIGEN“ INTERESSEN

WIE SIND FRAUEN DAVON BETROFFEN?

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Handelsliberalisierung, Umwelt und Beschäftigung in zwei Richtungen: Wegen des erhöhten Wettbewerbsdruckes und aufgrund von Struktur Anpassungsmaßnahmen kommt es zu Arbeitsplatzverlusten. Durch Innovation und mit der Erschließung neuer Märkte können Arbeitsplätze geschaffen werden.

Frauen arbeiten vorwiegend in sensiblen Sektoren wie dem Textil- oder Nahrungsmittelbereich und sind daher besonders gefährdet.

In den Entwicklungsländern (besonders in den Schwellenländern Asiens) gibt es wegen der hohen Wettbewerbsvorteile (niedrige Lohnkosten, keine soziale Absicherung, kaum Urlaub, 10 – 12-Stunden-Arbeitstag) einen großen Wirtschaftsaufschwung. Dennoch sind die Leute oft froh, daß sie wenigstens diese Arbeit haben. Die Märkte der Industrieländer werden mit Spielwaren, Plastikartikeln und elektronischen Geräten überschwemmt. Renommierte US- und EG-Firmen lassen in den Billiglohnländern produzieren (nun auch in den Oststaaten). Trotz hoher Nebenkosten, wie für Transport, Versicherung und Einfuhrabgaben, sind diese Waren noch immer viel günstiger als im Inland produzierte. Gleichzeitig beschwerten sich Markenfirmen, daß ihre Waren auch von Unternehmen in Entwicklungsländern produziert werden, denen sie keine Lizenz zur Produktion gegeben haben, oder daß die Urheberrechte und geistigen Eigentumsrechte an Filmen, Kassetten, Disketten und CDs nicht geschützt werden. Der Handel mit den billigeren, weil

nicht durch Lizenzgebühren belasteten, gefälschten, nachgemachten Waren und mit Raubkopien soll bereits bei 8% des Welthandels liegen. Zwischen China und USA ist deshalb auch ein „Handelskrieg“ ausgebrochen, indem die USA China mit dem Entzug der Meistbegünstigung und der Auferlegung von Strafzöllen für Waren von wachstumsträchtigen chinesischen Exportindustrien drohte. Die mit hohen Zöllen belasteten chinesischen Waren könnten dann in den USA nicht mehr abgesetzt werden. Der Verlust vieler Arbeitsplätze, besonders der weiblichen Fließbandarbeiterinnen, in China wäre die Folge. (China ist nicht Mitglied der WTO, strebt aber eine Mitgliedschaft an. Dazu wird von China die Umstellung seines starren, den Erfordernissen einer freien Marktwirtschaft nicht entsprechendem Wirtschaftssystem gefordert.)

Die Entwicklungsländer wünschen die Beibehaltung der bisherigen strengen Trennung von Wirtschafts- und Sozialinteressen im Bereich der Handelspolitik, da die Industrieländer vor allem zunächst ihre Märkte für Waren aus den Entwicklungsländern öffnen sollten (Schutz durch hohe Zölle, Quoten, Einfuhrverbote u. ä.). Die Weltbank stellte in einer Studie vor zwei Jahren fest, daß sich die Industrieländer ihre Entwicklungshilfegelder sparen könnten, wenn die Industrieländer den Entwicklungsländern für ihre Waren einen wirklich offenen Marktzutritt gewährten.

Das seit 1. Jänner 1995 geltende APS der EG ist ein Kompromiß zwischen dem Bestreben, den Entwicklungsländern (gestaffelt nach dem Grad ihrer Entwicklung) durch niedrigere Zollsätze Konkurrenzvorteile zu bieten und gleichzeitig die Industrien (somit die Arbeitsplätze, aber auch einige durch gutes Lobbying durchgesetzte Partikularinteressen) der EG-Mitgliedstaaten zu schützen. Erstmals hat die Europäische Kommission in ihrem Vorschlag den Einbau von Anreizsystemen vorgesehen, d. h. Entwicklungsländer, die bestimmte Umweltnormen (zunächst für Tropenholz) oder Sozialnormen (IAO-Übereinkommen Nrn. 87, 98 und 138) einhalten, sollten eine höhere Präferenzspanne erhalten. Darüber waren die Mitgliedsstaaten unterschiedlicher Meinung. Da in der Regel an diesen Verhandlungen nur Wirtschafts- und ZollexpertInnen teilnehmen, die Handel, Umwelt und Soziales genau trennen, konnte darüber erst nach mühsamen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt werden, nämlich daß man 1997 anhand von Untersuchungen, die in der Internationalen Arbeits Organisation, der OECD und der WTO zu diesem Thema durchzuführen sein werden, die Einführung des Anreizsystems prüfen wird. Interessant dabei ist, daß das Europäische Parlament, das gem. Art. 113 EG-Vertrag dazu nur „anzuhören“ ist, vorgeschlagen hat, die Gleichstellung zwischen Männern und Frauen und besonders die UN-Konvention gegen jede Form der Diskrimi-

nierung der Frau darin aufzunehmen. Die Europäische Kommission akzeptierte diesen Vorschlag des EP, der aber von den an den Verhandlungen teilnehmenden Wirtschafts- und ZollexpertInnen der Mitgliedsstaaten abgelehnt wurde. Unter Hinweis auf die Bedeutung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der UN-Konvention gegen jede Form der Diskriminierung der Frau und der Weltfrauenkonferenz in Peking wies ich darauf hin, daß Gleichbehandlungs- und Frauenbelange nicht nur ausgegrenzt in Frauenkonferenzen und Frauengruppen behandelt werden sollten, sondern in die wichtigen Wirtschafts- und Handelsverhandlungen zu integrieren wären. Dazu wollte der Vorsitzende den Ausgang der Weltfrauenkonferenz in Peking abwarten.

Notwendig wäre daher, auch bei Frauenkonferenzen die Verbindung zur Wirtschafts- und Handelspolitik herzustellen. Im Schlußdokument der ECE-Vorbereitungskonferenz wird die WTO unzutreffend als „Finanzinstitution“ bezeichnet.

#### 4) ZUKUNFT

In seiner Schlußerklärung von Essen (9./10. 12.) bekennt sich der Europäische Rat im Punkt 1. „Verbesserung der Beschäftigungslage“ unter der Überschrift „Wirtschaftsthemen“ dazu, daß

„die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen auch in Zukunft die herausragende Aufgabe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bleiben“.

In Madrid und Straßburg forderte der Europäische Rat

„mit Nachdruck, daß wirtschaftlichen und sozialen Aspekten die gleiche Bedeutung beizumessen sei.“

Am 6. Dezember 1994 beschloß der Rat,

„eine bessere Integration der Frauenpolitik in die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Union wie der einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen und zugleich über gezielte frauenspezifische Programme neue Maßnahmen zu entwickeln und Vernetzungsstrategien voll zu unterstützen.“<sup>1</sup> (Abl. Nr. C 368 vom 23. 12. 1994, S 6).

Frauenbewußte Frauen müßten diese Zusagen besonders auch unter Berücksichtigung einer umweltgerechten Wirtschaft mutig einfordern.

#### ANMERKUNG:

<sup>1</sup> Nach dem Jahresbericht des Rechnungshofes zum Haushaltsjahr 1993 (Abl. Nr. C 327 vom 24. November 1994, S. 9) entfielen von den Gesamtausgaben der Kommission (65.733 Mio ECU) nur 0,7% auf Bildung, Jugend und Sozialmaßnahmen, aber 31% auf Strukturmaßnahmen und Fischerei und 54,3% auf den EAGFL-Garantie.

ANDREA HUSNIK

## UMWELT BEWEGT DIE FRAUEN – FRAUEN BEWEGEN DIE UMWELT

### 1) BESTANDSAUFNAHME: STRÖMUNGEN UND ANSÄTZE IM FRAUEN-UMWELT-BEREICH

Der Zusammenhang von Ökologie und Frauenfragen trat schon in den Siebziger Jahren in den USA (Mary Daly) in Erscheinung. Geprägt wurde der Begriff „Ökofeminismus“ von Françoise d'Eubonne 1974.

Seit Mitte der Achtziger Jahre wird in Deutschland und – mit kleiner Verzögerung und viel geringerem Umfang im Vergleich zu den USA und England – in der österreichischen Frauenbewegung über *Ökofeminismus* diskutiert.

Wurzel und Auslöser dafür waren die Friedensbewegung, die „Hexen“- sowie spirituelle Gruppen und die Tschernobylkatastrophe. 1986 veranstalteten die Grünen in der BRD den Standortbestimmungskongreß „Frauen und Ökologie“. Dort wurde erstmals in der BRD der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung formuliert (Bennhold-Thomsen, In: Die Grünen im Bundestag, 1987). Nach Bennhold-Thomsen ist das Problem die Entwertung der Frauen durch Entökonomisierung der Überlebensproduktion, nach Maria Mies' Grundthesen muß eine ökologische Gesellschaft notwendigerweise die Frauenbefreiung fördern, setzt die Frauenbefreiung eine ökologische Gesellschaft voraus, und kann beides nicht ohne Aufhebung der Ausbeutung der Dritten Welt geschehen. (Husnik, Anakonga, 1994)

Ökofeminismus ist im deutschsprachigen Raum kaum ein offizielles Thema. Außer dem Bundeskongreß der Grünen „Frauen und Ökologie – Gegen den Machbarkeitswahn“ 1986 in Deutschland gab es lediglich Seminare oder Ringvorlesungen (z. B. „Frauen und Umweltschutz“ im Sommersemester 1993 an der TU Berlin), einen Workshop über „Vorsorgendes Wirtschaften“ im November 1993 in München und eine Fachtagung „Frauenpfade im Umweltschungel“ im Mai 1994 in Dorfweil/Ts.

In Österreich fanden nach meiner Recherche weder Ringvorlesungen noch andere größere Veranstaltungen zu diesem Thema statt. Eine Ausnahme ist die 2nd European Feminist Research Conference „Feminist Perspectives on Technology, Work and Ecology“, die – allerdings als internationaler Kongreß – im Juli 1994 in Graz stattfand. Im April 1994 gab es, ebenso in Graz, einen Workshop „Frauen und Umwelt in Graz“. In einem größeren Rahmen fanden hingegen keine Veranstaltungen statt.

Liegt es am mangelnden Praxisbezug (Röhr, 1994), an der Furcht, als Feministin des Biologismus bezichtigt zu werden oder an der unter Umständen berechtigten Scheu, nun verstärkt in die

rückschrittliche Fürsorgeethikfalle zu tappen? Liegt es daran, daß die universitäre Sprache der Soziologinnen eine andere ist als die der Naturwissenschaftlerinnen und daß beide den „Praktikerinnen“ unverständlich sind? Liegt es daran, daß auch eine kritische feministische Auseinandersetzung mit Technik und Naturwissenschaft bis auf wenige Ausnahmen nicht stattfindet, und vielen Frauen, engagiert im Umweltbereich, andere Themen „existentieller“ scheinen, Umweltproblematik einen etwas höheren und für manche auch einen wichtigeren Stellenwert hat als Frauenproblematik, die Umweltbewegung vor allem in höheren „Etagen“ männerdominiert ist und ein Zusammenhang zwischen Umwelt und Geschlecht nicht gesehen wird?

Viele Fragen – jedoch – hier in Österreich, bislang keine diesbezügliche Auseinandersetzung.

Eine Hauptschwierigkeit der Diskussion besteht auch darin, daß weder Ökofeminismus noch Ökosozialismus einfach zu definieren sind, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß sich ersterer auf viele Spielarten von Feminismus und letzterer auf viele Varianten von Sozialismus bezieht (Mellor, 1994). Allgemein lassen sich drei Grundströmungen erkennen: der „kulturelle“, der „soziale“ und der „spirituelle“ Ökofeminismus.

Beim *kulturellen Ökofeminismus* ist die Grundlage das biologische Einssein mit der Natur. Er erkennt die Frau-Natur-Verbindung zwar als kulturell an, doch leitet er daraus das „natürliche“ weibliche Fürsorgeprinzip ab. Vertreten wird er unter anderem von Maria Mies und Vandana Shiva. Die Rückkehr zu dezentraler Selbstversorgungswirtschaft (Subsistenzproduktion) wird als die Lösung angesehen. Eine auf ethischen Prinzipien basierende Wirtschaft, die alle, ohne geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, in die lebensnotwendigen Bereiche miteinbezieht – eine „Moral Economy“ – wird hier gefordert (Mies, 1994).

Vandana Shiva erklärt dem westlichen Entwicklungsmodell und der westlichen reduktionistischen Wissenschaft eine Absage. Sie baut auf das Wissen, die Kenntnisse und Technologien der Frauen, um ein vorsorgendes und umweltgerechtes Wirtschaften zu ermöglichen, spricht das „weibliche Prinzip“ an, das sie als „nicht-gewalttätig, nicht-geschlechtlich“ ansieht.

Beim *sozialen Ökofeminismus* liegt die Betonung auf den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und daraus resultierenden Unterdrückungen, die nicht nur Frauen betreffen. Die Vertreterinnen dieser Richtung sehen die treibende Kraft bei den notwendigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, in den sozialen Bewegungen. Mellor er-

kennt das Faktum biologischer Unterschiede ebenso an und fordert in Hinblick darauf eine politische Antwort ein, um eine Gesellschaft zu schaffen, die auf „Wir-Realität“ gegründet:

„was wir brauchen, sind andere Prioritäten: weiblich statt männlich, arm statt reich, Süden statt Norden, Bewahrung statt Ausbeutung der Natur. Keine dieser Veränderungen kann ohne die andere stattfinden, denn alles hängt mit allem zusammen.“

(Mellor, 1994; S. 269).

Sie will den kollektiven Kampf um eine sozialere Welt, die den gleichberechtigten Zugang von Frauen zum politischen und öffentlichen Leben ermöglicht.

Der *spirituelle Ökofeminismus* will die von Männern beherrschte Gesellschaft radikal verändern. Starhawk, eine seiner Vertreterinnen, spricht von einer „erdzentrierten Spiritualität“, die das Vorhandensein des Göttlichen in der gesamten Welt, Verbundenheit und Mitgefühl mit allen Teilen dieser Erde statt ihrer Beherrschung betont. Meditation, Aktionismus auf Friedenscamps, Rituale, das Schöpfen aus der inneren Kraft, Zurückgerinnern und Wachrufen matrikaler Traditionen sind einige der Umsetzungsformen.

Eine prinzipielle Unterscheidung und Diskussion zwischen den einzelnen Richtungen im Ökofeminismus scheint notwendig, weil unbezahlte Frauenarbeit durch das Kapital bestimmt wird (Bielefelder Ansatz, siehe Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen) – jedoch sollen Frauen im Rahmen der feministischen Befreiungsbewegung eine autonome ökologische Subsistenzökonomie schaffen, um einerseits Naturzerstörung aufzuhalten, andererseits das Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis zu überwinden. Die Kritik meint, daß dies ein Widerspruch sei, da das Kapital auch die Frauenarbeit dominiere und ausraube und somit eine etwaige ökologische Subsistenzökonomie.

Ich denke, daß beide Ansätze parallel laufen sollten: einerseits ökologische Subsistenzwirtschaft mit unabhängigen Frauennetzwerken und ihrer eigenen Ökonomie – da ich glaube, daß unser derzeitiges wachstumsorientiertes kapitalistisches Wirtschaftssystem früher oder später kollabieren wird, und Frauen sich somit Überlebensinseln geschaffen haben – , andererseits ist es wichtig, Frauen in diesem Wirtschaftssystem in Machtpositionen zu bringen.

Meiner Einschätzung nach stehen sowohl Feminismus als auch Ökologie für den Umbau des Kapitalismus und der patriarchalen Gesellschaft. Schließen sie einander aus? Gibt es eventuell verschiedene Wege zum Ziel? Sind vielleicht unterschiedliche Zugänge notwendig? Feminismus und Ökologie scheinen wohl nur dann unvereinbar, wenn Mütterlichkeit und Frau mit Natur gleichgesetzt wird und daraus eine weibliche Fürsorgeethik abgeleitet wird, nicht aber, wenn Ökologie und Fe-

minismus mit der Abschaffung von herrschenden Machtverhältnissen als „Gewalt über“ zu tun hat. Vereinbar sind sie, wenn Ökofeminismus auf der Suche nach Strategien *gegen* das System als Ganzes ist – und nicht eine Unterstützung des Systems bedeutet.

Auch im November 1991 beim „Weltkongreß der Frauen für einen gesunden Planeten“ in Miami (USA), einer Vorbereitungskonferenz für die UNCED (Rio de Janeiro 1992), stellten Frauen aus Nord und Süd fest, daß Umweltverschmutzung, Unterdrückung, Ausbeutung und Mißachtung der Integrität der Natur mit der Gewalt und Unterdrückung der Frauen einhergeht. Bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio mußten sie erkennen, daß sie bis auf eine Passage über Armut nicht vorkamen. Nur aufgrund massiver Einmischung wurde dann in der Agenda 21 auf Frauen Bezug genommen. Parallel zu UNCED wurde von den Nicht-Staatlichen-Organisationen (NGOs) das „Global Forum“ veranstaltet. Innerhalb dieses Forums gab es das „Planeta Femea“, auch „Wahrheitszelt“ genannt, weil dort versucht wurde, die Schönfärbereien und Mythen der offiziellen Regierungsverhandlungen zu entlarven. Peggy Antrobus von DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) formulierte:

„Wir diskutieren das, was die offizielle Konferenz ausspart .... und wir behalten stets das Ganze im Auge, nämlich den Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft, Umweltzerstörung und den privaten Haushalten.“

(Röhr, 1994)

## 2) DER IST-ZUSTAND

### WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Aus meiner siebenjährigen Erfahrung als Umweltberaterin ergibt sich, daß Frauen Umweltgefahren anders wahrnehmen als Männer, nämlich emotionaler, unmittelbarer, betroffener. Irmgard Schultz hat in ihren Studien festgestellt, daß primär das Gefühl der Verantwortung für die Gesundheit der Familie die Umweltbeurteilung von Frauen prägt. Männer streiten um Grenzwerte, Frauen um Grundsätzliches; Frauen stellen die Mehrheit in lokalen Initiativen, Männer die in der Umweltpolitik.

Sind aus diesem Grund der Umweltpolitik nur systemimmanente Minimalschritte gelungen, wie die wenigen Aktionen und Schritte (Verbot von Asbest, FCKW, Phosphatfreiheit von Produkten) zeigen?

Frauen fühlen sich der Umwelt gegenüber auch deshalb mehr verantwortlich, weil ihnen die Gesellschaft den Bereich Erziehung, Ernährung, Gesundheit, Wohlbefinden in der Familie und noch explizit Ökologie zuweist.

Laut Umfrage der Frauenzeitschrift Prima (Heft 6, 1992) klagten 90% der Frauen über ein Abschie-

ben der Verantwortung auf die VerbraucherInnen und fühlen sich (zurecht) verunsichert und überfordert, die ökologischen Kosten bzw. Reparaturarbeiten zu übernehmen, sei es jene der Erde oder die der allergie- und asthmakranken Kinder. Ökoapelle und schlechtes Gewissen tun das ihre dazu. Gesellschaftliche Probleme werden individualisiert und privatisiert: warum sollte Umweltschutz nicht die herrschenden Verhältnisse widerspiegeln?

Eine Umfrage des Umweltbundesamtes in der BRD (1993) zeigte, daß beim Einkaufen, Sammeln und Entsorgen etwa die Frauen derzeit noch ökologischer als Männer handeln. Ihre Einflußnahme auf eine Wende zum ökologischen Konsum wird aber überschätzt. Denn es gibt frauen- und männerdominierte Produktgruppen, wobei der Konsum der Männer, die auch eine größere Kaufkraft besitzen, den Elektronik-, Freizeit-, Bastel- und Automobilbereich betrifft, welcher am meisten Sonderabfall verursacht. Keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt es beim Gefühl, durch Umweltbelastungen persönlich bedroht zu sein. Frauen besitzen zwar ein geringeres Faktenwissen, dem steht aber die pragmatische Einsicht von bestimmten Notwendigkeiten des Umweltschutzes und entschlossenes praktisches Handeln gegenüber. Frauen nehmen Beratungseinrichtungen eher wahr und engagieren sich stärker in BürgerInnen- und Elterninitiativen – 2/3 aller Mitglieder sind Frauen (Billig, 1994).

Noch immer fehlen Untersuchungen über Wechselbeziehungen von sozialen Lebenszusammenhängen und Rollenverteilungen (Haushaltsführung, Versorgungs-, Pflege- und Erziehungsleistungen) mit umweltverantwortlichem Handeln.

Frauen als *Trümmerfrauen* (für die Aufräumarbeiten), als *Stoßdämpfer* der ökologischen Krise (Ch. Wichterich, 1992), *Retterinnen* der vom Patriarchat zerstörten Welt, nachdem sie jahrhundertlang von Macht- und Entscheidungsinteressen ausgeschlossen wurden? Ist die Lösung für Frauen ein „Sich-Verweigern“? Auf wen fällt dies zurück? Inwieweit sind wir Mittäterinnen, wenn wir dieses System weiter aufrechterhalten? Tun wir es nicht, zerstören wir nicht auch unsere eigenen Lebensbedingungen?

Die alleinige Übertragung von Verantwortung an Frauen, die Erde und das Leben zu bewahren, ist eine Zumutung. Frauen sind nicht dazu da, den Dreck wegzuputzen, den andere auslösen.

„Männer sind die Experten, sie machen den Dreck und den Gewinn. Frauen machen die Drecksarbeit – unbemerkt, unbedankt und unbezahlt.“

(Wächter 1994).

Es muß das Verursacherprinzip gelten. Frauen verdrängen die Umweltbedingungen weniger (E. Kail, 1991). Diese Stärke kann jedoch zur Falle werden, wenn sie durch Zuweisung von Alleinverantwortung nur vereinahmt wird vom herrschenden System. Frauen wehren sich zu Recht, wenn sie auf ein Po-

dest gestellt werden, mit der Begründung, daß sie aufgrund ihrer Biologie der Natur näher seien und daher auch die Alleinverantwortung tragen müßten.

#### DER FAKTOR „ZEIT“ – DER FAKTOR „ARBEIT“

Trotz Technisierung – der Haushalt bleibt den Frauen (laut Mikrozensus 1981 80% der Hausarbeit). Neue Technik bietet die Möglichkeit, rationaler einzelne Tätigkeiten zu erledigen. Die Ausweitung der Haushaltsproduktion geht jedoch einher mit den gestiegenen Ansprüchen von Hygiene und Lebensstandard. Kinder helfen weniger in den Haushalten als früher. Noch immer haben meist Männer bei größeren Anschaffungen das Entscheidungsrecht. Noch immer wird in der sogenannten Durchschnittsfamilie der Videorecorder vor der Mikrowelle oder dem Geschirrspüler angeschafft.

Die geschlechtsspezifische Zuweisung der Verantwortung für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung führt zur fundamentalen Spaltung der Gesellschaft (Mellor, das Argument, 205/94).

Auch neuere Studien („Österreichs Männer unterwegs zum neuen Mann“, Kontraste, Nr. 76, Okt. 1994, S. 8) nennen deutliche Zahlen: wenn eine Frau berufstätig ist, übernimmt der Mann 87 Minuten, bei „nur“ Hausfrauen beschränken sich die Ehemänner auf 68 Minuten pro Tag Familienarbeit – wobei von 100 (Ehe-)paaren nur 9 Männer Wäsche waschen, bügeln oder das Bad reinigen. Nur der Lebensmitteleinkauf bzw. das Frühstückzubereiten fällt scheinbar in männliche Kompetenz (13 bzw. 19 fühlen sich zuständig), beim Glühbirnenwechseln sind es gar 70.

(Haus-)Frauen, die sich auf eine ökologische Lebensführung einstellen, nehmen sehr oft Mehrarbeit in Kauf. Alleine der abfallarme Einkauf bedeutet rund 20% mehr Zeitaufwand, nebenbei muß Frau auch die Kunst aufbringen, aus wenig Geld viel zu machen. (Schultz/Weiland, 1991)

Bezüglich Arbeitsaufwand beim Müllsammeln zeigte Allersdorfer (1992) auf, daß ein durchschnittlicher österreichischer Haushalt, das heißt Frauen, 42 Stunden pro Jahr zum Mülltrennen verwenden. Würde diese Arbeit von Arbeitskräften durchgeführt, wären 68.000 Personen zu beschäftigen, bei Kosten von von cirka 9.200.- öS pro Jahr und Haushalt.

Das Mehrarbeitsargument muß zwar berücksichtigt, sollte aber nicht zur Verhinderung der gesamten Abfall- und Konsumdiskussion verwendet werden.

Die neue Verpackungsverordnung, seit 1. Oktober 1993 gültig, zwingt Haushalte unter Strafandrohung zur Rückgabe von Verpackungsabfällen. Sind Frauen als Beamtinnen, die eine öffentlichrechtliche Verordnung vollziehen, tätig und ist die Verpackungsverordnung ein Schritt in Richtung des Verursacherprinzips und als Wende zur Kreislaufwirtschaft anzusehen?

Das ökologische Gewissen der Nation manifestiert sich in der joghurtbecherspülenden, abfallsor-

tierenden, kompostierenden und energiesparenden Dienerin am gemeinsamen Haus der Natur. (Brücher, 1994) Und diese Leistung wird nicht einmal anerkannt! Denn in der gegenwärtigen ökonomischen Theorie (Kapitalismus wie Kommunismus) wird weder der unbezahlten Arbeit der Frauen noch den unbearbeiteten Produkten der Natur ein Wert zugeschrieben, was zu einer großen Verzerrung führt.

Eine weitreichende soziale und politische Wendung ist nötig. Daher erkannten Frauen, daß Entscheidungsprozesse dezentral und durch Planungs- und Kontrollprozesse, die sie einbeziehen, erfolgen müssen.

Aus ihrer erzwungenen Distanz zur Technik kann die Freiheit erwachsen, kritische Fragen zu stellen und Unruhe zu stiften. Frauen können besser hinschauen, Rahmenbedingungen und Strukturen erkennen, notgedrungen mußten sie Improvisations- und Organisationstalent entwickeln. Engagierte Frauen fordern andere Technologien, Wissens- und Verteilungssysteme. Nötig ist ein Forschungsansatz, der sich sowohl auf Umwelt- als auch Frauenforschung bezieht. Denn das bedeutet: Geschlechterdifferenz als eine wesentliche Kategorie von Umweltfragen zu begreifen, interdisziplinär zu arbeiten, eine Brücke zwischen Alltags- und Fachwissen zu schlagen und vieles mehr.

#### NACHHALTIGES BZW. VORSORGENDES WIRTSCHAFTEN

Seit dem Brundtland-Bericht von 1987 wird der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ von vielen benutzt. Im Bericht stand, daß eine

„nachhaltige Entwicklung ... die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne die Möglichkeit kommender Generationen aufs Spiel zu setzen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.“

Es kam jedoch leider zu einer Inflation dieses Terminus. Industrien sprechen von nachhaltigem Wachstum, Autolobbyisten von nachhaltiger Mobilität, die EU von nachhaltigen Arbeitsplätzen.

Nun versuchen auch Frauen sich in dieser Diskussion Gehör zu verschaffen (Politische Ökologie, Sonderheft 6: „Vorsorgendes Wirtschaften“. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit). Sie sprechen statt von nachhaltiger Entwicklung von vorsorgendem Wirtschaften. Frauen sind Expertinnen darin, denn Hausarbeit entspricht den drei Kategorien vorsorgenden Wirtschaftens:

- \* Orientierung am Lebensnotwendigen;
- \* Prinzip der Vorsorge (schonender Umgang mit materiellen Ressourcen);
- \* Prinzip der Kooperation (nachbarschaftliche familiäre Netzwerke).

Im offiziellen Diskussionsprozeß um Nachhaltigkeit bleiben aber die wirklich Betroffenen der Umweltzerstörung, Frauen, ihre Sichtweise, ihre Erfahrungen und ihr Lösungswissen ausgeschlossen (Seidl, 1994).

#### 3) VISIONEN:

Welche Macht haben nun Frauen, welche Lösungsvorschläge werden diskutiert?

KAUFVERWEIGERUNG, KONSUMVERZICHT („MEINE SCHILLINGE BEKOMMT NICHT JEDE/R“)

Diese Aktionsform kann sofort und überall gestartet werden.

„Innerhalb einer begrenzten Welt gibt es keine unbegrenzten Bedürfnisse, und Bedürfnisse, die nie befriedigt werden, sind keine Bedürfnisse, sondern Süchte“.

(Mies, In: Die Grünen im Bundestag, 1987)

Die durch den UNCED-Prozeß angekurbelte Lebensstildebatte hat verdeutlicht, daß „grüne Produkte“ und „grüner Konsum“ die Spirale des Ökozids nicht aufhalten können.

Wenn die Natur sich regenerieren soll, geht's nicht ohne abspecken (Wichterich, 1992). Tatsache ist jedoch, daß Lustgewinn am Konsum über dem Umweltbewußtsein rangiert. Daher gilt es zu bedenken, daß ohne Thematisierung der Momente der Lust und des Identitätsgewinnes durch Konsum keine Aufklärung oder gar Ratschläge oder Appelle greifen werden.

Frage ist nur – wer soll abspecken? An wen werden Appelle gerichtet? Zwar ist Emanzipation durch Wegwerfprodukte und Technik eine Illusion und kein Ersatz für Veränderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, aber Hoffnung auf selbstbestimmte und manchmal auch tatsächlich erfahrbare Freiräume bringt sie trotzdem.

Viele Frauen haben erfahren, daß es

„vom weiteren (Wirtschafts-)Wachstum dieses gigantischen Parasiten, der sich aus ihrer Lebenskraft nährt, nichts zu gewinnen gibt“.

(Mies, In: Die Grünen im Bundestag, 1987)

Die Wachstumspirale und -ideologie muß hinterfragt werden.

Konsumbefreiung kann auch bedeuten, mehr Autonomie über das eigene Leben und die eigene Zeit zu gewinnen. Wieviel muß Frau arbeiten, um sich ein Auto zu leisten oder den Modetrends folgen zu können? Andererseits ist ein Auto für viele Frauen eine Selbstverständlichkeit. Sie sind beruflich flexibler, befördern Kinder schneller zu diversen Aktivitäten und fühlen sich nachts sicherer. Eine Forderung an Männer und Frauen, den privaten PKW aufzugeben und/oder sich einzuschränken, trifft somit nicht Gleiche. Erst muß es Frauennacht-taxis geben, der Öffentliche Verkehr frauenfreundlicher gestaltet werden und vieles mehr.

Nach Wichterich (1992) beruht

„das Verständnis von Emanzipation und Wohlstand auf der Beherrschung der Natur und schließt die Sorge für sie nicht zwangsläufig mit ein. Dies könnte auch der Grund sein, warum sovielen ökologisch engagierte Frauen in der Umweltbewegung aktiv sind – nicht aber in der Frauenbewegung.“

Weiters wäre zu überlegen, inwieweit Konsumverzicht und Konsumboykott von Produkten aus dem Süden sich auf Arbeitsplätzeabbau oder -umstrukturierung in der sogenannten Dritten Welt auswirken. Auch bei uns sind arme Frauen von vornherein wegen der höheren Preise von Öko- und Bio-Produkten ausgeschlossen. Da Frauen nur bezüglich Haushaltsführung und Wohnlichkeit das Sagen haben, nicht jedoch bei Auto- und Freizeitechnik, wird auch kaum im „männlichen Bereich“ gespart oder verzichtet, um dafür z. B. im Lebensmittel- bzw. Wohnbereich gesünder und teurer einkaufen zu können. Bezeichnenderweise zielen die meisten Vorschläge für umweltfreundliches Verhalten eher auf frauenbestimmte Produktbereiche.

Wir müssen uns für den Anspruch auf die Hälfte einer kaputten Welt oder für eine ganze, jedoch andere Welt entscheiden (J. Sonne, Ökonotizen).

Nur eine „Auto-Konsumbefreiung“ oder „Wiedergewinnung einer naturverbundenen Lebensart“ zu fordern, läßt das Geschlechterverhältnis ebenso unberührt wie auch unser wachstumsfixiertes Wirtschaftsmodell.

Der Ruf nach einem neuen Lebensstil kann sich nicht nur an KonsumentInnen, sondern muß sich auch an Staat und Privatunternehmen als riesige Wirtschaftssubjekte über Steuern, Gesetze und Auflagen wenden.

#### GEGENWÄRTIGE STADT- UND LANDVERHÄLTNISSE MÜSSEN UMGESTALTET WERDEN.

Innerhalb einer Region sind sich selbst erhaltende, überschaubare Überlebenssysteme aufzubauen.

#### ES WÄRE WICHTIG, EINE NEUE DENKWEISE EINZUFÜHREN

Das heißt eine feine Unterscheidung zwischen folgerichtiger und logischem Denken vorzunehmen, die Folgen zu bedenken und Zusammenhänge zu beachten, zyklisch zu denken, statt linear, an der Sache orientiert, statt objektiv zu handeln (Wisselinck, 1988). „Männliche“ Denk- und Vorgehensweisen haben den status quo bewirkt.

Die alternative Denk- und Wirtschaftsform würde sparsamer und sinnvoller mit Energie umgehen, die Natur schonen, Überproduktion und Überkonsum einbremsen und die wichtigsten Forderungen der Frauenbewegung (Abschaffung der hierarchischen geschlechtlichen Arbeitsteilung, sexistische Männergewalt und Verfügungsgewalt der Frauen über eine ökonomische Macht) erfüllen. (Mies, In: Die Grünen im Bundestag, 1987)

#### 4) PRÄMISSEN FÜR ÖKOLOGISCHES HANDELN VON FRAUEN

Einkaufen sollte erleichtert werden durch Entscheidungshilfen in Form von:

- \* Produktkennzeichnungen und -deklarationen,
- \* Produktlinienanalysen (zur Bewertung der Produkte),

\* Standardisierung für Mehrweggebinde, schrittweisen Ausstieg aus Einwegverpackungen,

\* Möglichkeiten zur Kontrolle und Mitverantwortung (z. B. individuelle Heizkostenabrechnung, dynamische Höchstverbrauchsstandards für Elektrogeräte).

\* Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß ökologische Produkte nicht zu teuer sind. Hinsichtlich Verfügbarkeit und Erreichbarkeit wäre eine andere Subventionspolitik notwendig (z. B. vermehrte Investitionen in den Öffentlichen Verkehr).

\* Handlungsanreize müssen gegeben sein (Kostensparnis, soziale Anerkennung, Förderungen).

\* Neben bereits stattfindenden oder diskutierten Aktionen von Frauen (Kampagnen, Bewußtseinsarbeit, Bürgerinitiativen, selbstbestimmte Versorgungsstrukturen aufbauen bis zu FAITRADING als Erzeugerinnen-Verbraucherinnen-Gemeinschaft) sind kollektive Nutzungskonzepte anstelle von privatem Eigentum (z. B. Carsharing) und sonstige Gemeinschaftseinrichtungen zu forcieren, Serviceangebote aufzubauen (Windeldienst, Essenskochdienst, Einkaufsdienst).

Solche Alternativen werden nie von „Experten“ oder vom „Staat“ erarbeitet oder geplant, sondern nur dezentral, von der Basis, den Betroffenen her. Funktionierende Modelle werden nicht in Labors entwickelt, sondern regional und vor Ort. Sie müssen ihre Anknüpfungspunkte in den unterschiedlichsten Erfahrungen und Lebensrealitäten der Frauen haben, auf Stärken, Wissen und Fähigkeiten der Frauen aufbauen.

„Frauen müssen als Handelnde und als Expertinnen ihrer Belange sichtbar gemacht werden und es muß ihnen Raum für Mitwirkung gegeben werden“

(Krauß-Pötz, 1994).

Modelle müssen erstmals vom Istzustand ausgehen (geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, diversen Lebensformen, Zeit und Geldbelastung der Frauen, ebenso von ihren Vorstellungen und Bedürfnissen).

Das heißt nicht, daß Eingriffe des Staates durch Gesetze und ökologische Besteuerungssysteme nicht mehr notwendig wären. (z. B. hat Belgien ab 1. 4. 1994 eine Umweltsteuer: von 2,5 öS bis 105,- öS für Wegwerfprodukte). Es ist auch Aufklärung nötig, um den Gesamteffekt eines Produktes aufzuzeigen. Ein Beispiel dafür: in den Monitorgläser des TV steckt fünfhundertmal mehr Energie pro Kilo als im Glas – Glassammeln ist zwar trotzdem sinnvoll, noch wichtiger wäre aber, dieses Problem in den Griff zu bekommen!

Feministische Ökologie muß mehrgleisig vernetzt denken und handeln. Sie muß mit verschiedenen Bürgerinitiativen und -bewegungen, die am Land Ökokonzepte entwickeln, den Spirituellen, den Lesben und den politisch Tätigen, zusammenarbeiten und auch Koalitionen mit sozial-ökologisch engagierten Männern eingehen – ohne die Position dabei zu verwässern. (Wichterich, 1992).

## 5) FRAUEN BEWEGEN DIE UMWELT

Einige berühmte und bekannte Frauen sollen hier als Beispiele genannt werden:

### RACHEL CARLSON:

Ihr 1962 erschienenes Buch „Der stumme Frühling“ initiierte die moderne Umweltbewegung. Es begann mit einfachen Beobachtungen – dem Sterben von Vögeln in einem Vogelschutzgebiet, wo Pestizid-sprühnebel zur Eindämmung der Stechmücken geflogen wurden. Carlsons Recherchen deckten den ersten Umweltskandal auf. Die Pestizidindustrie ging zum Angriff über und versuchte die Veröffentlichung des Buches zu verhindern. Ihr Werk und sie selbst wurden ins Lächerliche gezogen. Man setzte Zeitungen unter Druck, die es wohlwollend kommentierten. Dieses wirkte jedoch wie ein Zündfunke auf die Regierung und die entstehende Umweltbewegung. Carlson war die erste Frau und Wissenschaftlerin (Meeresbiologin), die die Tradition durchbrach, daß nur Männer Ideenträger seien. Die erste Frau, die Studien und Fakten zu einem lückenlosen Bild der Umweltzerstörung webte, systematische Gewalt gegen die Natur sichtbar machte und sich nicht scheute, betroffen zu sein.

### PETRA KELLY:

Sie verband Antiatompolitik, Friedens- und Umweltthemen miteinander. Als Basis waren ihr feministische Aspekte wichtig und das große Thema der Menschenrechte. Sie war eine brillante Rednerin, Initiatorin des Nürnberger Tribunals gegen Erstschlag- Nuklear- und Massenvernichtungswaffen, der ersten internationalen Tibeteranhörung in Europa, einer Tagesklinik für krebserkrankte Kinder (Modell „Der Kinderplanet“ an der Universitätsklinik Münster), Mitbegründerin der Grünen in der BRD und trug viele Protestdemonstrationen gegen Atomanlagen mit. Petra Kelly war auch Autorin zahlreicher Bücher. (Ch. v. Weizsäcker / Bücking, 1992)

### HAZEL HENDERSON:

Obwohl „nur“ gelernte Empfangssekretärin, wurde sie zu einer anerkannten Ökonomin und Systemdenkerin. Sie gab mit ihrem Alltagserfahrungswissen als Frau und ihrer Betroffenheit über Umweltverschmutzung den Ökonomen wichtige Impulse zu „ergrünen“, und stellte die herrschende Ökonomie schon Anfang der Siebziger Jahre in Frage. 1972 war sie maßgeblich an der Gründung des "Public Interest Economics Center" beteiligt. Sie erkannte, daß es wichtig war, Ökonomen zur Unterstützung von BürgerInneninitiativen anzustellen, um die schädlichen Wirkungen im Produktions- und Dienstleistungssektor, die von den Firmen verursacht wurden, in wirklichen Zahlen auszudrücken. Henderson kam zu akademischen Ehren (Ehrendoktorat Worcester Polytechnical Institut in Massachusetts) und lebt in den USA. (Weizsäcker / Bücking, 1992).

### HELENA NORBERG-HODGE:

Helena Norberg-Hodge, ursprünglich Linguistin, kam Mitte der Siebziger Jahre nach Ladakh, dem indischen Teil des Himalaya. Fasziniert von Land und Menschen, pendelt sie seither zwischen Europa und Asien. Schriftlich hält sie fest, wie die funktionierende Selbstversorgung in den letzten zwei Jahrzehnten in dieser Region immer mehr abbröckelt. 1983 gründete sie das Zentrum für ökologische Entwicklung in Ladakh, um diesen Tendenzen Widerstand entgegenzusetzen. Die traditionelle Kultur sollte belebt und aufgewertet, vorhandene lokale Techniken abgewandelt und verbessert werden. 1986 wurde sie mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. (Natur 11/1994)

### VANDANA SHIVA:

Physikerin, Ökologin und Buchautorin, die 1993 den Alternativen Nobelpreis erhielt, ist stark mit der „Baumumarm“-Bewegung (CHIPCO-Movement) in Indien verbunden.

Die erste Chipco-Aktivität fand 1974 im Dorf Reni im Garhwal-Himalaya Gebiet statt. Eine Gruppe von Dorffrauen unter der Leitung von Gaura Devi umarmte Bäume und kettete sich an. Sie sollten für eine Sportartikelfirma gefällt werden. Vier Jahre vorher erlebten die Dörfer dieser Region eine Flutkatastrophe und Erdbeben. Die Frauen erkannten den Zusammenhang zwischen den Naturkatastrophen und der Abholzung. Diese erfolgreiche Chipcoaktion breitete sich in den nächsten Jahren im ganzen Tal aus, zehn Jahre später wurden mit solch einer Aktion die Western Ghats gerettet. Chipco steht auch für eine Neuorientierung der indischen Kultur und des Selbstverständnisses von Frauen. 1987 wurde die Chipco-Bewegung mit dem alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) ausgezeichnet.

### WANGARI MAATHAI:

Lange Zeit Professorin für Anatomie an der Universität für Veterinärmedizin in Nairobi, bekam sie 1984 für ihr Umweltengagement den Alternativen Nobelpreis.

In Kenia werden weite Flächen gerodet, um Platz für Cash-Crop zu schaffen. Bis zu 45% der gesamten Exporterlöse werden aus dem Kaffeeverkauf erzielt. Tabakkonzerne wie BAT (Marke „HB“ und „KIM“), Reynolds („Camel“), Philip Morris („Malboro“) und andere gehen sogar soweit, daß sie um Schlägerungsbewilligungen im Naturschutzgebiet um den Mount Kenya ansuchen. (Südwind 11/93)

Wangari Maathai initiierte 1977 die Greenbelt-Bewegung, eine Frauen-Basisbewegung, deren Ziel die Begrünung des Landes ist. Statt schnellwüchsiger, dort nicht heimischer, Eukalyptusbäume, wie es die Regierung praktizierte, versuchten die Frauen Obstbäume, und einheimische Arten zu pflanzen. 10 Millionen Bäume werden nun betreut und kontrolliert. Mehr als 50.000 Frauen sind heute

in rund 1.500 Baumschulen tätig. Der Migration in urbane Zentren konnte entgegengewirkt werden. (K. Melcher, Frauensolidarität 3/94)

KATHRIN ZAUGG:

Im November gründete die arbeitslose Ethnologin zusammen mit zwei Freundinnen die „Miteinander-PutzZentrale“ in Basel. Der Untertitel der alternativen Putzzentrale lautet „Verein zur Förderung der Putzkultur“. Die Putzfrauen bieten ihre Arbeit als Putzpartnerinnen an, die, meist in Privathaushalten, aber auch in Bürogebäuden Beratungsgespräche durchführen. Praxis und Theorie werden miteinander verbunden. Die Beratungen umfassen nicht nur Informationen über ökologische Reinigungsmittel und -methoden, sondern auch Themen wie Sauberkeit im allgemeinen und Wahnvorstellungen über blitzsaubere Haushalte im speziellen. Die Frauen putzen in Gruppen, bevorzugt auch gemeinsam mit der Hausfrau bzw. dem Hausmann. Um das Ansehen des Berufsstandes zu heben, werden sie leistungsgerecht entlohnt (bis zu 25 Franken pro Stunde), wobei gesagt werden muß, daß in Basel ein gut situierter Bürgerstand vorhanden ist. (Südwind, Texte 4, 1994)

FRAUEN FÜR EINE ATOMKRAFTFREIE ZUKUNFT:

Seit der Katastrophe von Tschernobyl 1986 hält eine Gruppe von Frauen in Österreich Mahnwachen. 1992 organisierten sie einen Protestmarsch von Bratislava nach Bohunice/Tnava. Protestkundgebungen, Zusammenarbeit mit anderen Aktivistinnen in der Slowakei, Demonstrationen, Gedenktage, Trauerwachen, Infotische und Gespräche mit Politikern fanden in der sehr aktiven Gruppe seitdem statt. (Kontaktadresse: Fehnerweg 16, 2380 Perchtoldsdorf)

QUELLENANGABEN –  
WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

ALLERSTORFER, RENATE: Konsumökonomische Aspekte des Recycling. Diplomarbeit, WU, Wien 1992.

ANAKONGA: Turbulenzen. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994.

BILLIG, AXEL: Ermittlung des ökologischen Problembewußtseins der Bevölkerung. UBA, Berlin 1994.

BRÜCHER, CHRISTINA MARIA: In „Vorsorgendes Wirtschaften“, Ztg. Politische Ökologie, Sonderheft 6, Sept. 1994

BUCHEN, JUDITH U. A.: Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Kleine Verlag, Bielefeld 1994.

CARSON, RACHEL: Der Stumme Frühling. München 1963.

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG / AK FEMINISMUS (HG.): Frauen & Ökologie: Gegen den Männlichkeitswahn. Köln 1987.

HYNES, PATRICIA: Als es Frühling war: Von Rachel Carson zur feministischen Ökologie. Berlin 1990.

HUSNIK, ANDREA: In: Die dritte Welt der Frauen, Institut für Wissenschaft und Kunst, Wien 1994.

DIES: Turbulenzen. Anakonga 1994.

KATALOG ZUR AUSSTELLUNG IM WIENER MESSEPALAST VOM 10.09. BIS 18.10.1991: Wem gehört der öffentliche Raum.

KORYPHÄE - Medium von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik, Nr. 9/91: Ökofeminismus

KRAUSS-PÖTZ, RENATE: In „Ärger' di' net, ärger' di' net!?" Frauen und Umwelt, Hsg.: IFZ, Graz 1994, S. 19.

LIFE (HG.): Frauenpfade im Umweltdschungel. Dokumentation der Fachtagung im Mai 1994, Frankfurt, Oktober 1994.

MELLOR, MARY: Wann, wenn nicht jetzt! Argument-Verlag, Hamburg 1994.

DIES: Das Argument 205/1994, 36 Jahrgang, S. 378.

MERCHANT, CAROLYN: Der Tod der Natur. München 1987.

MIES, MARIA: In: Vorsorgendes Wirtschaften, Ztg. Politische Ökologie, Sonderheft 6, September 1994.

RÖHR, ULRIKE: In: Frauenpfade, siehe LIFE 1994.

SCHULTZ, IRMGARD / WEILAND, MONIKA: „Frauen und Müll“, Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft, Verlag IKO, 1991.

SEIDL, IRMI: In: Frauenpfade, siehe LIFE 1994.

SHIVA, VANDANA: Das Geschlecht des Lebens. Frauen Ökologie und Dritte Welt. Berlin 1989.

SÜDWIND, (KAB): Bürsten gegen den Strich, 1994.

WÄCHTER, CHRISTINE: „Ärger' di' net, Ärger' di' net!?" In: Soziale Technik, Hsg: IFZ, Graz, 2/1994.

WEIZSÄCKER, CH. V. / BÜCKING, E.: Mit Wissen, Widerstand und Witz. Verlag Herder, Freiburg 1992.

WERLHOF, CLAUDIA V. / MIES, MARIA / BENNHOLD-THOMSEN, VERONIKA: Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek 1988.

WICHTERICH, CHRISTA: Die Erde bemuttern. Köln 1992.

DIES.: Peripherie Nr. 51/52, 1993.

WISSELINCK, ERIKA: Frauen denken anders. Straßbach 1988.

URSULA ACHTSNIT

## „EWIG WEIBLICHES“ UND „WORLD WILD LIFE“

„Ein Mythos mag entstehen und uns ansprechen, so daß wir antworten wie Stimmgabeln auf die Schwingung des richtigen Tones, und doch können wir nicht wissen, warum; wir können das Symbol erfühlen, ohne es entziffert zu haben. Schließlich brauchte es 2000 Jahre bis uns jemand erklärte, warum der Mythos des König Ödipus uns den Atem anhalten läßt.“

Arthur Koestler\*

In einem satirischen Essay<sup>1</sup> lesen wir über Schüler eines hessischen Gymnasiums, die in einen Eimer mit Wasser aus dem Main Goldfische geben, welche schon nach wenigen Tagen verenden. Ihrer Absicht, die Öffentlichkeit angesichts der Verschmutzung der Gewässer zu alarmieren, wird mit einer Anzeige wegen Tierquälerei begegnet.

Im Vorgehen der Schüler wird ein als weibliches Verhaltensmuster typisierbarer, praxisnaher und allegorischer Zugang zur Lebenswirklichkeit geschildert. Die sich auf formale Vorschriften stützende Reaktion, ohne Berücksichtigung der Gesamtbeziehungen des Systems, was einer ökologischen Vorgangsweise entspräche, signalisiert

„Machbarkeit, Beherrschbarkeit im Verhältnis des aufgeklärten Individuums zu Natur und Menschen“.

Es offenbart sich die Aktionsform 'des Mannes der Wissenschaft', der nach Horkheimer und Adorno 'die Dinge kennt, insofern er sie machen kann', der Maschine, die ermögliche, Dinge zu machen, ohne sie zu kennen – Flugzeuge wurden konstruiert, bevor wir den Flug der Vögel verstanden –, sowie der Artificial-Intelligence, die in der Lage ist, künstliche Prozesse zu erfinden, ohne zu wissen, wie der natürliche Prozeß funktioniert (Krell, 1986)<sup>2</sup>.

Nach Elvira Scheich<sup>3</sup> lasse bereits die Wissenschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts zwei völlig unvereinbare, nebeneinander bestehende Vorstellungen von Natur erkennen, die sich grob unterscheidend aus heutiger Sicht nach ihren Gegenständen als Physik und Biologie darstellen. Zum Verständnis von Bauplan, Funktionen, Wachstum und Vermehrung der lebendigen Organismen sei das eine, streng mechanistische, Bild der Natur kaum zu gebrauchen gewesen. Trotz einiger Versuche, Lebensprozesse mechanistisch zu deuten, wäre dies selten als Mangel empfunden worden, denn die lebendige Natur war Gegenstand einer zweiten, vitalistischen und organistischen Konzeption, die physiokratischen Anschauungen von einer selbständig reichumschaffenden und wertproduzierenden Natur nahestand. Das hiebei zu Tage tretende Erkenntnisinteresse sei direkt auf die Aneignung der Reproduktionsfähigkeit und -arbeit gerichtet gewesen, während es in der mechanistischen Philosophie „bloß“ eine stillschweigende Voraussetzung darstellte.<sup>4</sup> Die Beschäftigung mit der biologischen Reproduktion und die Bedeutung,

die diesem Thema zugemessen wurde, hatte dementsprechend keine Aufwertung der Frau als Wissenschaftlerin zur Folge, im Gegenteil habe sich die Argumentation gegen die einzigen Wissenschaftlerinnen dieser Zeit, Aristokratinnen, an denen die ganze sogenannte „Unnatur des Hofes beispielhaft zum Ausdruck käme“, gerichtet.

Die bedrohliche, aber ausbeutbare, das Einzelwesen stets überdauernde (Mutter) Natur wurde mit der das „ewige Überleben des Stammes“ sichern und reproduzierenden individuellen Mutter assoziiert. Frauen und Männer seien nach Meinung der Emanzipationsbewegung auch gegenwärtig diesen bis ins Unbewußte und die archetypischen Vorstellungen hineinreichenden Werten verhaftet, die „die Öffentlichkeit als Bereich des Mannes, das Private als Bereich der Frau“ festlegen, weil die Gebärfähigkeit der Frau in naturgegebenem Zusammenhang mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter gesehen werde, woraus die „patriarchale Familie als kulturelle Schöpfung und eine Form von Familienorganisation“<sup>5/6</sup> resultiere.

Eine geschichtliche Analyse der Techniken der Haushaltsführung beweist, daß eine von Frauen notgedrungen getragene – nicht nur wie in der Romantik ideelle – Ökologisierung nach dem 1. Weltkrieg erfolgte, um im Kampf gegen den Hunger die Versorgung der Familien aufrechtzuerhalten. In Frauenzeitschriften wurde Balkonbesitzerinnen erläutert, wie der Gemüseanbau in Zigarren-, Holz- und Blumenkistchen erfolgen könne, Hausfrauen ohne Garten oder Balkon wurden angeregt, im Blumentopf Küchen- und Würzkräuter zu ziehen. Hühner oder Kaninchen, in Verschlagen in Wohnung, Keller oder Dachboden gehalten, wurden in der warmen Jahreszeit in die naheliegende „Gstätten“ auf die Weide gebracht, wodurch sich die Futterbeschaffung erübrigte. Viele Hausfrauen verwendeten allerlei „Wildes Kraut“ (vor allem Löwenzahn sowie Zichorie) zum Kochen. Daß viele dieser wildwachsenden Gemüse in Vergessenheit gerieten, sei durch die Hebung der Produktion der Gärtnerware durch den Kunstdünger zu erklären<sup>7</sup>. Außerhalb der Notzeiten hingegen wurde – abgehoben von den natürlichen Funktionen – in der „bürgerlichen Tradition die Ästhetik höher bewertet als die Essenszubereitung selbst“ (allgemein „galt das Servieren aus den Kochtöpfen als unfein“, erst in den Fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden Kochgeschirre aus feuerfestem Glas oder Porzellan modern, was einen Arbeitsgang ersparte).<sup>8</sup>

Der Zugang zum natürlichen Umfeld differiert nicht nur nach Klassen sowie guten und schlechten Zeiten, sondern auch länderweise.

Nach Schivelbusch, der sich auf Karl Phillip Moritz' „Reisen eines Deutschen in England“ beruft,

war der wandernde Reisende um die 1780er Jahre in Deutschland die Regel, während Moritz bei seinen Versuchen, in England zu wandern, als Unikum auffiel. Selbst die untersten Bevölkerungsschichten reisten in England mit der Postkutsche, wie Moritz zu seinem Erstaunen feststellte.<sup>9</sup>

Global entwickelte sich hingegen die ökonomische und maschinelle Umwälzung begleitende und einem männlichen Phantasma entsprechende Faszination der durch Dampfkraft hergestellten mechanischen, durch Gleichförmigkeit, Regelmäßigkeit, beliebige Dauer und Steigerung (Unermüdbarkeit) gekennzeichneten Bewegung, während

„im Kutschenfahren als Liebhabersport der gehobenen Klassen die überlieferte Form des Reisens, die alle Sinne des Menschen ansprach, ein letztes Reservat fand“.

Im Alltagsleben habe sich nach Schivelbusch die Industrialisierung der Verkehrsmittel im Bewußtsein der Verkehrsteilnehmer schnell durchgesetzt: diese entwickelten eine neue Wahrnehmung, bald erschien ihnen nicht mehr die gleichförmig-schnelle Bewegung der Dampflokomotive gegenüber der durch Zugtiere hergestellten als das Unnatürliche, sondern umgekehrt. Die mechanische Gleichförmigkeit sei ihnen zur neuen Natur geworden, der gegenüber die Natur der Zugtiere als gefährliches Chaos erschien.<sup>10/11</sup>

Die Technisierung erfaßte auch die Haushaltsführung: Der historische Abriß hält fest, daß

„im Bildungsbürgertum unter den Bedingungen der 20er Jahre immer mehr Ehefrauen auf die teuren Dienstleistungen von Hausangestellten und Zugefrauen verzichten mußten. Statt wie früher die für Damen ihres Standes deklassierenden schmutzigen Handarbeiten im Haushalt nur anzuleiten, mußten sie diese jetzt eigenhändig ausführen. Solange häusliches Personal in ausreichender Zahl vorhanden war, blieb das Interesse an einer Mechanisierung der Arbeit gering. Erst die anhaltende Dienstbotennot gab den Anstoß zur Umgestaltung des Haushaltes“.

Die Versuche zu dessen Rationalisierung stützten sich auf die wissenschaftliche Betriebsführung (Taylorismus), und sahen Formen der Arbeitszerlegung, die optimal in Zeit- und Bewegungsstudien ermittelt werden sollten, vor. Eine getreue Umsetzung der Prinzipien rationeller Küchenführung sei durch die berühmt gewordene „Frankfurter Küche“ der Wiener Architektin Margarethe Schütte-Lihotzky erfolgt, deren Grundriß und Einrichtung von einer Speisewaggonküche ausgeht.<sup>12</sup>

Vom geschichtlichen Rückgriff zur Gegenwart: Die Zerstörung der „fruchtbaren und furchtbaren Mutter Natur“ schreitet zügig voran, mit dramatischen Schäden vor allem in der Dritten Welt. Zwischen 1882 und 1952 vergrößerten sich die Wüsten und wüstenähnlichen Gebiete der Erde von 11 auf 26 Millionen Quadratkilometer (140%). Mittlerweile dehnten sie sich weiter aus und summieren sich zu rund einem Viertel der festen Erdoberfläche. Gleichzeitig verminderte sich die noch nutzbare

Brachlandreserve von 18 auf 2,2 Millionen km<sup>2</sup>, womit ihre Ausschöpfung in Sicht ist. Im Jahr 2000 werden die Wüsten gegenüber 1975 um weitere 20% zugenommen haben.<sup>13</sup>

Auch die gesellschaftliche Entwicklung verläuft besorgniserregend: Ein extremer sozialer Bruch innerhalb der Industrieländer wird als nächster Schritt im Szenario einer gespaltenen Menschheit prophesiert – die „Drittweltisierung“ eines Großteils der Bevölkerungen in den Nordländern sei absehbar. Sie werde Zerreißproben hervorrufen, die auch die Chance zu einer ernsthaften Diskussion über eine ehrliche, zivilisierte und tragfähige Weltwirtschafts- und Weltordnung mit sich bringen könnte.<sup>14</sup>

Wie kann sich die moderne Ökologiebewegung angesichts dieser Tatsachen legitimieren? Welche Auswirkungen für die Umweltgesetzgebung sind zu erhoffen?

Nach Wöhlcke sollte diese sich soweit wie möglich an der gesellschaftlichen Utopie des „Ecodevelopments“ orientieren und die Leitgedanken „Sparen“, „Schonen“, „Entlasten“, „Verhüten“ bzw. „Wiederherstellen“ verfolgen<sup>15</sup>, Begriffe, die kaum mit dem herrschenden Machbarkeitsdenken verknüpfbar scheinen.

Wenig den von Wöhlcke empfohlenen Grundsätzen ergeben ist schon die zweckrationale und betont formalistisch-männliche Wortwahl bei umweltrelevanten Rechtsmaterien, (eher „männlich geprägte“ Begriffe wie „Eigentum“, „Grenze“ oder „Schadenersatz“ sollten bei diesen Materien nicht überdimensional im Vordergrund stehen).<sup>16</sup>

Zudem balanciert die moderne Gesellschaftspolitik nach Auffassung der Ökonomen zwischen den defensiv formulierten Zielen „Sicherung wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit“, „Erhaltung des sozialen Friedens“ und „Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, da aus einem positiven Zusammenhang scheinbar ein negatives Zusammenspiel gegenseitigen Ausschlusses geworden sei. Die Beziehung zwischen Wirtschaft und Frieden stelle sich als problematisch dar, weil wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr automatisch sozialen Frieden produziere. Wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage einer ungleichen Verteilung von Arbeit und Einkommen vergrößere durch die vorherrschende (De-)regulierungsweise die Schere zwischen „Gewinnern und Verlierern“. Bei der Beziehung zwischen Wirtschaft und Ökologie falle auf, daß sich zwar die Gegensätze zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Zielsetzungen reduzierten, weil Umweltschutz als wirtschaftliche Wachstumschance erkannt und genutzt wurde, trotzdem bleibe eine hohe Widersprüchlichkeit bestehen. Einerseits bedrohe Wirtschaftswachstum langfristig das Überleben auf diesem Planeten, andererseits seien Umweltauflagen und -auflagen Anlaß für Betriebsschließungen oder Standortverlegungen, verbunden mit Arbeitsplatzverlusten. Der Begriff des „sustainable development“ kleide diese Ambivalenz in Worte.<sup>17</sup> Eine Kapitalismuskritik aus

weiblicher Sicht, verbunden mit konstruktiven und umsetzbaren Änderungsvorschlägen, ist aber über Ansätze nicht hinausgekommen.

Darüberhinaus stiftet

„die Weltwirtschaft, durch ihre Wirklichkeit ebenso wie ihre Mythen von unbegrenzten Ressourcen, technologischen Wundern, Überfülle an Konsumgütern, Weckung von Bedürfnissen usf., ein weltweites neues Bezugssystem. Erst nachdem die Entwicklungspolitik und andere nationale und strategische Absichten zur Ökonomisierung beispielsweise des Ladakh geführt hätten, begannen sich die Bewohner dieses Landes als Arme zu begreifen. Auf diese Weise seien ganze Völker und Kontinente zur Auffassung gebracht worden, sie seien arm und hilfsbedürftig, weil ihr Pro-Kopf-Einkommen einen Mindestwert unterschritt, der als allgemeingültig betrachtet wurde. Die neuen Aktionsprogramme gegen Armut bezogen sich ganz einseitig auf das Einkommen, ignorierten alle kulturellen Besonderheiten und seien wie ein Patentrezept für anonyme 'Patienten' verschrieben worden. Der traditionelle Umgang mit der Armut war meist bestimmt gewesen von den am jeweiligen Ort kulturell etablierten holistischen und pluralen Vorstellungen. Die neuen Rezepte hätten dagegen in undurchsichtigen technischen Maßnahmen und 'neutralen' ökonomischen Bezugsgrößen bestanden, welche nur die Planer und Experten durchschauen und handhaben konnten“.<sup>18</sup>

(Rahnema, 1993)

Die durch Verfestigung von einseitigem, männlich geprägten, Machbarkeitsdenken eingetretene Fehlentwicklung ist nicht nur evident, sondern wird auch von unterprivilegierten Männern, die selbst Opfer dieser Konzepte sind, kritisiert. Zwar ist

„die Überwindung des Grabens zwischen Armen und Reichen zur vordringlichen Aufgabe erklärt worden, doch die Wirklichkeit sehe anders aus: Weltweit kämpfe jeder gegen jeden um den besseren Lebensstandard. Jedes Land versucht die anderen zu übervorteilen und sich bestimmte Marktanteile zu sichern, wobei alle Mittel eingesetzt würden (Schutz-zonen, andere Protektionsmaßnahmen, Subventions- und Steuerpolitik, Industrieförderung, Forschungs- und Entwicklungsprogramme, Deregulierung, Abbau der sozialen Sicherung und völlig schamlose Lohndrückerei). Allein die Gefährdung des Weltfriedens gelte als magische Grenze“.<sup>19</sup>

(Latouche, 1993)

Dies wirkt systemimmanent:

„um ganze Völker und Kulturen für das Weltwirtschaftssystem zu 'mobilisieren' (oder besser: zu rekrutieren), hätten die Wirtschaftssubjekte in einer Weise entwurzelt und freigesetzt werden müssen, wie man es aus der Zeit der Privatisierung des Bodens in England oder der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten kenne. Nur würde sich diesmal der Wandel in furchterregender Größenordnung vollziehen“.<sup>20</sup>

(Lummis, 1993)

Interessanterweise operiert auch die Grünbewegung durchaus erfolgreich mit patriarchalischen Bewertungskonzepten: Mehrfach wurde der ökologische Wert eines Baumes berechnet – mir ist eine

Schätzung aus einer Publikation der Umweltberatung Flordisdorf mit 3,7 Millionen Schilling pro Baum bekannt – die Kosten der Luftverschmutzung in der BRD im Jahre 1989 wurden dort mit 63 Milliarden Mark beziffert, die Folgeschäden einer Tonne Kohlendioxid mit 6.000 Schilling.

Kann die ökologische Wende ohne Verweiblichung der Köpfe erfolgen? Die Zukunft wird es weisen.

ANMERKUNGEN:

\* Köstler, Arthur: Richard Hillary. In: Der Yogi und der Kommissar; Auseinandersetzungen; Suhrkamp 1974, S. 58.

1 Fetscher, Iring: Der Nulltarif der Wichtelmänner; Märchen und andere Verwirrspiele. Claassen Verlag, Düsseldorf 1982, S. 12 f.

2 Krell, Gertraude: Die Diskriminierung des Lebendigen: Arbeitswissenschaft und Maschinenkultur nach Maß des Mannes. In: Wie männlich ist die Wissenschaft? Hrsg. von Karin Hausen und Helga Nowotny. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1986, S. 155.

3 Scheich, Elvira: „Natur“ im 18. Jahrhundert und die Bestimmung der Geschlechterdifferenz. In: Differenz und Gleichheit; Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt/M. 1990, S. 254 f.

4 In diesem Jahrzehnt wird mit gewaltigem Kostenaufwand unter dem Titel „Human Genom Project“ das menschliche Erbgut entschlüsselt, wobei zur Erfassung möglichst aller ethnischen Eigenheiten das „Human Genom Diversity Project“ installiert wurde, welches in den nächsten Jahren die Proben von Blut, Haaren und der Mundschleimhaut von 700 Ethnien sammeln soll. Von den indigenen Völkern wurde kritisiert, daß sie an den daraus indirekt zu erwartenden Gewinnen der Pharmaindustrie nicht beteiligt sein sollen.

Siehe dazu auch: Brown, T. A.: Moderne Genetik. Spektrum Verlag, Heidelberg-Berlin-Oxford 1993, S. 321 ff.

5 Pahl, Elisabeth: Wie kommen Frauen in die Psychiatrie. In: Von Frau zu Frau; Feministische Ansätze in Theorie und Praxis psychotherapeutischer Schulen; Wr. Frauenverlag, Wien 1991, S. 225 f.

6 Nach Karin Hausen lasse sich der Zusammenhang zwischen politischen Institutionen und Praktiken und dem Arrangement der Geschlechterverhältnisse vor knapp hundert Jahren durch den Diskussionsbeitrag eines damals 54 Jahre alten Berliner Universitätsprofessors auf den Punkt bringen: Dieser antwortete 1895 auf dem sechsten evangelisch-sozialen Kongreß auf Dr. Elisabeth Gnauck-Kühne, die dort im Sinne des Programmes der organisierten Mütterlichkeit Erwerbsmöglichkeiten für bürgerliche Frauen gefordert hatte: „Wenn z. B. Frau Dr. Gnauck die Gemeinde als erweiterte Familie bezeichnete und hieraus Folgerungen für die weibliche Berufsstellung im Gemeindeleben zog, so läßt sich ebenso gut der Staat als erweiterte Familie auffassen und aus der vortrefflichen Begabung der Frau, im Haus das Kommando zu führen und das Reglement zu handhaben, könnte man schließen, daß vor allem die Stellung von Generälen und Regierungspräsidenten den Frauen zugänglich zu machen wäre. Es bedarf also großer Vorsicht in den Schlußfolgerungen und

- genauer Abwägung aller Umstände, um die richtigen Grenzen zu ziehen und zu verhüten, daß durch Erweiterung der weiblichen Berufsarten die Frau aus der weiblichen Sphäre hinausgedrängt und in den Wettbewerb mit den Männern hineingetrieben werde". (Hausen, Karin: Überlegungen zum geschlechtsspezifischen Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: Differenz und Gleichheit; Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht. Ulrike Helmer Verlag, Frankfurt/M. 1990. S. 279.
- 7 Haushaltsführung einst und jetzt; zur Gewinn- und Verlustrechnung eines Modernisierungsprozesses in technischer, sozialer und ökologischer Hinsicht; hrsg. vom BMUK, S. 28 f.
- 8 Haushaltsführung, a. a. O, S. 40: Insgesamt wurde wiederholt betont, daß der Erholungswert steige, je mehr Mühe sich die Hausfrau sowohl beim Kochen der Speisen selbst als auch beim Tischdecken und Anrichten gebe. Es wurde zwischen „Alltagsmahlzeiten“ im Familienkreis und „Festessen“ differenziert. Im ersteren Fall steht der Reproduktionserfolg für die Familienmitglieder und bei festlichen Essen die Repräsentation und das Wohlfühlen der Gäste im Vordergrund.
- 9 Schivelbusch, Wolfgang: Geschichte der Eisenbahnreise; zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. Ullstein, Frankfurt-Berlin-Wien: 1979, S. 14.
- 10 Ebenda: S. 15 und S. 19.
- 11 Die Modernisierung und Technisierung des Alltags führte auch im Handel bei gleichzeitiger Ökonomisierung zu ästhetisierender Verkünstlichung. Nach Schivelbusch (ebenda: S. 166) unterscheidet sich das Kaufhaus vom traditionellen Einzelhandelsgeschäft dadurch, daß es seinen Gewinn aufgrund hohen Umsatzes bei niedriger Profitrate, d. h. niedrigen Preisen erziele („industrielle Revolution im Einzelhandel“), welche fest ausgezeichnet seien; der Eintritt verpflichte zudem nicht zum Kauf. Im Übergang vom Detailgeschäft alten Typs zum Kaufhaus verändere sich auch die Wahrnehmung der Waren durch den Kunden in analoger Weise wie sie die Wahrnehmung der Reisenden im Übergang von der Kutsche zur Eisenbahn, sie werde „panoramatisch“.
- 12 Haushaltsführung, a. a. O, S. 74 f. Nach Stefan Hardt (Tod und Eros beim Essen. Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1987, S. 20 f.) erfordere die Entwicklung der Technologie die scheinbare Auflockerung der mit dem Akt der Nahrungsaufnahme verbundenen Verhaltensnormen. Im Zuge umfassender Rationalisierung werde die Mahlzeit fragmentiert, mit der Bedürfnisstruktur zusammen zersplittert, in allmählich „kultivierte“ Einzelteile zerlegt und somit dem Erfordernis möglichst schneller und billiger Ernährung und massenhafter Abfertigung unterworfen. Um bei der Produktion in immer größeren Fabriken Zeit und Geld zu sparen, würden Werkskantinen eingerichtet. ... Die Speisen würden normiert und abstrakter, sinnlich sei immer weniger und seltener zu erfahren, wie sie beschaffen sind. ... Die „Kultur“ der Konserve münde in die „Ära der Inhaltsangabe“.
- 13 Wöhlcke, Manfred: Umweltzerstörung in der Dritten Welt, Verlag Beck, München 1987, S. 50.
- 14 Spiegel, Peter: Die Nischenweltordnung. Von den Rahmenbedingungen einer geteilten Menschheit zu den Rahmenbedingungen einer gerechten neuen Weltordnung. In: Weißbuch Kinderarbeit. Hrsg: Hafez Sabet; Verlag Horizonte, Stuttgart 1994, S. 81.
- 15 Ebenda: S. 82.
- 16 Der Entwurf eines Umwelthaftungsgesetzes stützt sich auf ein internationales „Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung von Schädern durch umweltgefährdende Tätigkeiten“, das „in der Erkenntnis, daß die Menschen, die Umwelt und das Eigentum besonderen Gefahren durch bestimmte Tätigkeit ausgesetzt sind“, geschlossen wurde.
- 17 Memorandum gegen Arbeitslosigkeit. Hrsg: Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Wien 1994, S. 25.
- 18 Rahnema, Majid: Armut. In: Wie im Westen so auf Erden. Hrsg: Wolfgang Sachs, Rororo, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 23.
- 19 Latouche, Serge: Lebensstandard. In: Wie im Westen so auf Erden, s. o., S. 201.
- 20 Lummis, C. Douglas: Gleichheit; in: Wie im Westen so auf Erden, s. o., S. 157. Vergleiche zu dieser Vermännlichung des „Organisationskonzeptes“ auch die Ausführungen von Nandy, Ashis: Staat, in: Wie im Westen so auf Erden, s. o., S. 377: „Der neue europäische Staatsbegriff samt seinen institutionellen Folgen mußte anfangs noch gegen andere, ältere Staatsformen antreten, die sich auf gänzlich andere Strukturen und Vorstellungen gründeten. In diesen konkurrierenden Formen gab es häufig kulturell genau umrissene Ansprüche und Erwartungen, die der Staat zu erfüllen hatte. ... Nach und nach verdrängte die Nationalstaatsidee alle anderen Auffassungen der Staatlichkeit, die in der 3. Welt noch existierten. Alle früheren Formen galten nun als minderwertig, als überholt und primitiv. Es trug zu dieser Entwicklung bei, daß überall in den unterworfenen Gesellschaften die intellektuellen und die politischen Gegner der Kolonialmacht irgendwann zu der Überzeugung kamen, daß das Geheimnis der wirtschaftlichen Überlegenheit und der politischen Vormachtstellung des Westens im Prinzip des Nationalstaats zu finden sei. Den eigenen Nationalstaat zu gründen schien das Allheilmittel für die Gebrechen der 3. Welt. Kaum jemand kam auf die Idee, daß ein moderner Staat mit einer Bevölkerung von Eingeborenen eine Absurdität darstellt.“



Historisch befanden sich ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften in einem aktiven Produktivitätspakt mit dem Kapital auf Kosten der Natur (je stärker deren Nutzung, desto geringer deren Wahrnehmung).

### TÄTER, NUTZNIESSER, OPFER

Heute konfrontiert die Umweltfrage die Gewerkschaften mit einer hohen Widersprüchlichkeit bezüglich der Interessenslage ihrer Mitglieder: Herkömmliches, undifferenziertes Wirtschaftswachstum führt zu ganz erheblichen Steigerungen des materiellen Stoffumsatzes. ArbeitnehmerInnen tragen dabei durch die eigene berufliche Tätigkeit Mitverantwortung für Umweltschädigungen. Gewerkschaften und Betriebsräte/Innen übernahmen als Bannerträger der Industriegesinnung die Funktion der ideologischen Absicherung von Naturzerstörung (Zwentendorf, Hainburg). Tatsächlich haben sich die Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen durch einen relativ gleichmäßigen Arbeitnehmeranteil am steigenden monetären Volkseinkommen lange Zeit hindurch deutlich verbessert. Die Produktivitätsgewinne konnten auch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den Ausbau des Sozialstaats genutzt werden.

Gleichzeitig sind ArbeitnehmerInnen jedoch Opfer der ökologischen Krise: Wie alle anderen BürgerInnen unterliegen ArbeitnehmerInnen und Betriebsräte/Innen den gleichen Beeinträchtigungen in ihren privaten Lebensverhältnissen (Gesundheitsschäden, Einkommensverluste durch zusätzliche Ausgaben z. B. für trinkbares Wasser, Risiken aufgrund gefährlicher Technologien wie etwa der Kernenergienutzung ...). Globale Bedrohungen durch Treibhauseffekt oder Schäden am schützenden Ozonschild in der Stratosphäre bedrohen ArbeitnehmerInnen in gleicher Weise wie alle anderen auch. Als Anrainer von Betrieben sind sie den entsprechenden Umweltauswirkungen ausgesetzt, in der Produktion unterliegen sie zusätzlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz (gesundheitsschädliche Arbeitsstoffe, Störfallrisiken etc.). Bei umweltbedingten Produktionsumstrukturierungen tragen sie das Risiko des Arbeitsplatzverlustes (ArbeitnehmerInnen sind bedeutend weniger flexibel als Kapital). Hinzu kommen psychische Belastungen, wenn die eigene berufliche Tätigkeit in Widerspruch zu individuellen Umweltschutzziele tritt.

### PHASEN DER WAHRNEHMUNG

Die Auseinandersetzung der Gewerkschaft mit dem Umweltthema läßt sich in drei unterschiedliche Phasen der Wahrnehmung einteilen:

Phase 1: Umweltschutzforderungen werden als Gefährdung von Arbeitsplätzen empfunden (z. B. in der Auseinandersetzung rund um Hainburg), Um-

weltschützerInnen und *Bürgerinitiativen* als Feinde der Arbeiterbewegung.

Phase 2: Umweltschutz schafft Arbeitsplätze. Diese teils richtige, in ihrer Generalität jedoch zu vereinfachende Interpretation fällt zusammen mit einer Umweltschutzpolitik, die sich vorwiegend an end of pipe-Maßnahmen orientiert, welche sich als zusätzliche Investitionen in zusätzliche Anlagen und Technologien (Filter, Kläranlagen etc.) tatsächlich als beschäftigungswirksame Maßnahmen erwiesen.

Phase 3: In letzter Zeit setzt sich auch in den Gewerkschaften mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß zur Verwirklichung eines „sustainable development“ ein viel tiefgreifenderer wirtschaftlicher Strukturwandel notwendig ist als lange Zeit angenommen. So heißt es etwa im Leitantrag der Gewerkschaft der Privatangestellten, der auf dem 13. Gewerkschaftstag im November 1994 beschlossen wurde:

„Wenn die Erde der nächsten Generation zumindest keine schlechteren Lebensbedingungen bieten soll als unserer Generation (nachhaltige Entwicklung), muß so rasch wie möglich eine wirtschaftliche Entwicklung ohne Umweltzerstörung erreicht werden ... Jeder tiefgreifende Strukturwandel kennt Gewinner und Verlierer – sowohl bei Betrachtung einzelner Betriebe und Unternehmen als auch bei Betrachtung der Interessen einzelner Arbeitnehmergruppen, bestimmter Berufe und Qualifikationen, bestimmter Regionen etc. Dies birgt für die Gewerkschaft, die sich als Vertreterin der unmittelbaren Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versteht, beachtliches Konfliktpotential in sich.“

Tatsächlich haben in einem ökologischen Strukturwandel verschiedene Arbeitnehmergruppen heterogene Interessenslagen. Ökologischer Strukturwandel führt zu einer massiven Umverteilung an Einkommen und Arbeitsplätzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, auch zwischen verschiedenen Arbeitnehmergruppen. In manchen Bereichen der Chemischen Industrie, der Energieerzeugung oder der Fahrzeugindustrie etc. wird die Produktion zurückgehen (müssen), manche Industriebereiche wie Elektronikindustrie, Solartechnik, industrienaher Dienstleistung und Reparatur etc. werden stark wachsen. So prognostiziert der WWF bis zum Jahr 2000 einen umweltbezogenen Umsatz von 80 Mrd. ECU bei einem jährlichen Wachstum von 6%. Widersprüche zwischen betriebsbezogener Arbeitsplatzsicherung und ökologischem Strukturwandel einer Branche treten auf.

### VERTEILUNGSKÄMPFE

Die ökologische Krise verschärft die Verteilungsfragen im internationalen, aber auch im nationalen Maßstab. Trotzdem blieben Verteilungsaspekte, die sich keineswegs auf die Ebene von Geldeinkommen reduzieren lassen, in der Diskussion um ökologischen Strukturwandel bisher unterbewertet.

Dieser erfordert eine gewaltige Umverteilung im

Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen (Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen). Eine Erhöhung der „ökosozialen“ Investitionsquote auf Kosten der Konsumquote ist dringend notwendig. Investitionen in diesem Sinne wären sowohl nachsorgender Umweltschutz als auch clean technology als auch Ausbau der sozialen und ökologischen Infrastruktur. Dabei stellt sich sofort die Frage, wer diese notwendigen Investitionen finanziert (Öffentliche Hand oder Private, indem durch politische Interventionen neue „Umweltmärkte“ geschaffen werden) und wie im Falle der öffentlichen Finanzierung das notwendige Steueraufkommen verteilt wird.

#### DER MENSCH LEBT NICHT VOM GELD ALLEIN

Weiters werden die Verteilungsfragen durch die Tatsache verschärft, daß sich klassische Wachstumsziele der Gesellschaft (und auch der Gewerkschaft) immer mehr in Kollision befinden mit den Wohlstandsmindernden Effekten einer nicht nachhaltigen Entwicklung. Die Annahme, daß Wirtschaftswachstum (definiert als Steigerung des Bruttoinlandsprodukts) höheren Reichtum, das heißt einen Vermögenszuwachs einer Gesellschaft bedeutet, ist möglicherweise falsch. Die statistische Maßzahl Bruttoinlandsprodukt trifft im Prinzip lediglich eine Aussage über den monetären Output einer Wirtschaft. Diese Art der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung hat keinerlei Bilanzcharakter, gibt also auch nicht wieder, in welchem Verhältnis Erträge und Verluste am Vermögen einer Gesellschaft entstehen. Die Vermutung liegt nahe, daß in den letzten Jahren trotz steigendem BIP-Output die Aufwendungen die Erträge übersteigen, der gesellschaftliche Wohlstand also sinkt statt steigt. Indikatoren dafür sind explodierende Kosten im Gesundheitswesen, steigende Kosten des nachsorgenden Umweltschutzes und der Reparatur (Altlastensanierung, Trinkwasseraufbereitung, Entsorgung, Gebäudesanierung, Wiederaufforstung, Lawenschutzbauten, Flußbettsanierungen ...). Dazu kommen noch jene Schäden am Vermögen, die noch nicht saniert werden und daher auch noch in keiner Statistik aufscheinen. Dies könnte mit erklären, weshalb trotz scheinbar steigendem Reichtum der Spielraum für Budgetpolitik immer kleiner wird und der Sozialstaat unter Druck gerät.

Das Konzept, die Lebensqualität durch fortwährende Anhebung des Konsumniveaus ohne Berücksichtigung der Folgekosten zu steigern, ist historisch überholt. Die Höhe des Lebensstandards läßt sich nicht mehr mit der Höhe von Geldeinkommen gleichsetzen. Der Lebensstandard hängt zwar einerseits von der Höhe der Geldeinkommen, andererseits aber auch von der Höhe der Ausgaben ab. Umweltzerstörung und Umweltbelastung steigern die notwendigen Ausgaben der Haushalte (z. B. Mineralwasser statt hauseigenes Brunnenwasser, mehr Medikamente, neue Abfalltrennsysteme ...)

und reduzieren das tatsächlich verfügbare Einkommen. Lebenschancen werden zunehmend nicht nur von Fragen des Geldeinkommens bestimmt, sondern auch von der Verteilung von Risiken und Gefährdungen sowie der Verteilung von Umweltschäden (z. B. Lärmbelästigung durch Verkehr, Verseuchung des Gartens durch Immissionen, Waldschäden). Umweltschäden entwerten Vermögen und Einkommensquellen.

Die monetären Erfolgsmaßstäbe (Reallohnerhöhung) der Gewerkschaft können zu qualitativen ökologischen Zielen in Widerspruch treten. Für die Gewerkschaft steht als Maßstab ihrer Erfolge die Einkommenshöhe ihrer Mitglieder im Vordergrund. Gewerkschaftliche Erfolge einer ökologischen Verbesserung wirken sich anders aus – beispielsweise durch gesündere Arbeitsplätze, lebenswertere Umwelt in Industrieregionen, gesündere Kinder, weniger Lärm etc.

In der Beschluslage der Gewerkschaft der Privatangestellten findet sich auch die Erkenntnis, daß der ökologische Strukturwandel die Unterstützung und Kooperation aller wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen erfordert. Ein derartiger notwendiger gesellschaftlicher Grundkonsens wird nur dann erreichbar sein, wenn es den Gewerkschaften gelingt, für eine sozial verträgliche Gestaltung des ökologischen Umbaus und auf mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten zu achten.

„Die Einbeziehung der Kosten für Umweltnutzung und Umweltschutz in die betriebliche und volkswirtschaftliche Kostenrechnung wird auch Auswirkungen auf die Preise haben. Wir müssen durch eine entsprechend ausgleichende Einkommenspolitik die Abwälzung der Last auf die Bezieher niedriger Einkommen verhindern. Prinzipiell treten wir bei der Lastenverteilung für das Verursacherprinzip ein. Bei Betrachtung der Nettolohnentwicklung müssen auch die zusätzlichen Aufgaben der Öffentlichen Hand berücksichtigt werden. Wo die Kosten des ökologischen Strukturwandels von der Allgemeinheit übernommen werden müssen, sind auch die hohen Einkommen aus Besitz, Gewinn und Vermögen sowie selbständiger Erwerbstätigkeit verstärkt heranzuziehen. Das soziale Netz muß dichter geknüpft werden, um die Härten des Strukturwandels besser abfedern zu können. Insbesondere werden wir für eine Verknüpfung von Umweltpolitik, Regionalpolitik und Arbeitsmarktpolitik kämpfen.“

#### ÖKOLOGISCHE ERWEITERUNG VON GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Neben diesen – sehr klassischen – gewerkschaftlichen Aufgaben werden die Gewerkschaften, wollen sie im ökologischen Strukturwandel eine mitgestaltende Rolle übernehmen, die Umweltfrage auch in alle Politikfelder der Gewerkschaft integrieren müssen. Denn

„ein Wirtschaftssystem, das nicht nur in Geld Bewertbares zum Ziel hat, sondern die Lebensbedingungen

in den Mittelpunkt aller Bemühungen stellt, erfordert einen tiefgreifenden Wertewandel, – auch innerhalb der Gewerkschaft.“

Für die Gewerkschaften ergeben sich zahlreiche Anknüpfungspunkte ökologischer Erweiterung innerhalb ihrer klassischen Aufgabenbereiche: Fragen des ArbeitnehmerInnenschutzes und der Gefahrstoffe in der Produktion lassen sich mit Forderungen nach außerbetrieblichen Umweltschutz verbinden, denn in den meisten Fällen gehen Humantoxizität und Ökotoxizität Hand in Hand.

Der Bereich der betrieblichen Mitbestimmung in Umweltfragen ist bisher ein fast unbeachtetes Feld. Das Arbeitsverfassungsgesetz (aus dem Jahr 1974) kennt den Begriff Umwelt nicht. Es gibt daher auch keine ausdrücklichen Mitwirkungsrechte der Betriebsräte/Innen in Umweltfragen. Informations-, Beratungs- und Vorschlagsrechte entstehen erst dann, wenn Fragen des betrieblichen Umweltschutzes Auswirkungen auf die sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Interessen der ArbeitnehmerInnen haben. In der Praxis wird es kaum eine Umweltfrage geben, für die derartige Zusammenhänge nicht argumentierbar sind. Betriebsräte/Innen werden durch das zunehmende Gewicht, das Umweltfragen gesellschaftlich erlangen, immer häufiger mit Umweltproblematiken konfrontiert. Ein Engagement von Betriebsräten/Innen Richtung „nachhaltiger Produktion“ überschreitet nicht nur juristische Grenzen, sondern auch das traditionelle Handlungsfeld von Gewerkschaften. Die Frage, was mit welchen Konsequenzen für Menschen und Natur produziert wird, hat innerhalb der Gewerkschaftsbewegung traditionell bestenfalls im Rüstungsbereich eine Rolle gespielt.

Obwohl Initiativen von Betriebsräten im betrieblichen Umweltschutz noch keineswegs alltäglich sind, gibt es eine zunehmend wachsende Gruppe ökologisch engagierter Funktionäre/Innen.

Hierbei sind einige Aspekte von besonderer Bedeutung: Es muß eine gegenüber den ArbeitnehmerInnen vertretbare, vernünftige Balance zu den klassischen Interessensvertretungsaufgaben gefunden werden, Arbeitsteiligkeit in der Betriebsratskörperschaft und Integration engagierter Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen sind für ein erfolgreiches Engagement besonders wichtig. Da sich viele Umweltaktivitäten auch betriebswirtschaftlich rechnen (etwa Energieeinsparungen), ist es wichtig, auch Maßnahmen, die Vorteile für die Beschäftigten

(etwa im ArbeitnehmerInnenschutz) bringen, durchzusetzen. Eine entsprechende Evaluierung durch den Betriebsrat sollte betriebliche Umweltprojekte begleiten.

„Ökologisieren“ im Betrieb bringt immer auch Eingriffe in die Arbeitsorganisation mit sich, die soziale Dimension und die – in derartigen Prozessen in der Regel heterogenen – Interessen der ArbeitnehmerInnen müssen reflektiert und abgesichert werden. Aus- und Weiterbildungsfragen spielen dabei eine große Rolle.

Insbesondere ökologisch stark engagierte Betriebsräte/Innen müssen darauf achten, nicht auf Kosten der Betriebsratszeit Aufgaben der Firmenleitung zu übernehmen, sondern im Rahmen der wirtschaftlichen Mitbestimmung auf ein professionelles Umweltmanagement drängen.

Nachdem im Bereich des Managements Umweltmanagement als neuer eigenständiger Bereich immer mehr an Bedeutung gewinnt, wird es Zeit, daß sich auch die Gewerkschaften dieses Themas annehmen und Umweltfragen ein eigenständiges Thema im Bereich der Mitbestimmungs- und Kollektivvertragspolitik bilden.

Eine wichtige Aufgabe ist dabei die Absicherung der Rahmenbedingungen für betriebliche UmweltaktivistInnen und betriebliche Beauftragte. Die Spielregeln für betriebliches Umweltmanagement könnten z. B. in einer Betriebsvereinbarung fixiert werden, Rahmenbedingungen wären auch im Kollektivvertrag denkbar.

Tatsächlich könnte die Kollektivvertragspolitik ein weiteres Feld für die ökologische Erweiterung von Gewerkschaftspolitik bilden. Eine „Produktlinienanalyse“ des „Produktes“ Kollektivvertrag im Hinblick auf seine sozialen und ökologischen Auswirkungen wäre vollkommenes gewerkschaftliches Neuland. Arbeitszeitpolitik, Einkommensschemata, Aufwandsentschädigungen und Zulagenpolitik wären im Hinblick auf ihre umweltpolitische Bedeutung hin zu untersuchen und weiter zu entwickeln.

Darüber hinaus wird die Gewerkschaft, will sie im ökologischen Strukturwandel eine glaubhafte und konstruktive Rolle übernehmen, sich auch in die Umweltpolitik einmischen müssen, klare Positionen beziehen und gegenüber Staat und Unternehmen sozial verträgliche und ökologisch verantwortbare Forderungen vertreten und auch durchsetzen müssen.

ILSE KOROTIN

## 10 JAHRE IWK-DOKUMENTATIONSSTELLE FRAUENFORSCHUNG\*

## GESCHICHTE

(INTENTION UND KONSTITUIERUNG)

„Auch Frauen haben eine Geschichte“ – unter diesem bezeichnenden Titel berichtete die *Kleine Zeitung* im Jahr 1983 über die engagierte Arbeit dreier junger Wissenschaftlerinnen an der Universität Wien, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem Jahr damit beschäftigt waren, „einen Computer mit Quellenangaben und bibliographischen Daten von wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit Frauen beschäftigen, zu füttern.“

Die gemeinsame produktive Arbeit am Buch „Das ewige Klischee. Zum Rollenbild und Selbstverständnis bei Männern und Frauen“ (hg. von der Autorinnengruppe Uni Wien, Wien 1981) – einer Sammlung von Vorträgen der ersten organisierten Ringvorlesung zur Frauenforschung –, hatte das interdisziplinär zusammengesetzte Team den Entschluß fassen lassen, sich einem Bereich zu widmen, der zwar in Ländern wie den USA, Holland, Frankreich oder Italien bereits fest verankert ist, in Österreich jedoch noch keine Erwähnung fand.

Aus diesen Überlegungen entstand der Plan, eine basiswissenschaftliche Bestandsaufnahme sämtlicher wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema Frau in Österreich seit 1900 als künftige Grundlage für eine sich etablierende Frauenforschung zu schaffen.

## FORSCHUNGSPROJEKT

Das Forschungsprojekt „Dokumentation Frauenforschung in Österreich“ wurde im Jahr 1982 vom BMWF für die Dauer von zwei Jahren finanziert. Die Initiatorinnen – Hanna Schnedl-Bubenicek und Ingrid Pronay-Strasser (Anfang 1983 kamen zwei weitere Mitarbeiterinnen dazu: Edith Prost und Marina Tichy) – stellten die erstmalige systematische Erfassung all dessen, was (nicht nur) Frauen zu Frauenthemen in Österreich seit 1900 wissenschaftlich erarbeitet haben, in den Mittelpunkt ihrer pionierhaften Dokumentationsarbeit.

Im September 1982 wurden erste Kontaktgespräche bezüglich der Räumlichkeiten geführt, um die arbeitstechnischen Voraussetzungen für drei Frauen, die sich 1½ Arbeitsplätze teilen mußten, zu schaffen und mit der ersten Materialsammlung beginnen zu können.

Nach mehreren Rücksprachen mit zuständigen Stellen des BMWF kristallisierte sich Anfang Dezember 1982 folgende Lösung heraus:

Ein Raum des ehemaligen pflanzenphysiologischen Instituts an der Universität Wien, der ab Jänner 1983 dem Institut für Geschichte bzw. Wirt-

schafts- und Sozialgeschichte gewidmet war, wurde – laut Beschluß des akademischen Senats – interimsmäßig bis September 1984 der Dokumentation Frauenforschung zur Verfügung gestellt. Ab März 1983 wurde es möglich, mit dem Aufbau einer Handbibliothek zu beginnen sowie das bis zu diesem Zeitpunkt gesammelte Dokumentationsmaterial räumlich zu organisieren.

Im Mai/Juni 1983 erfolgte die erste Fragebogen-Aussendung an Hochschulinstitute der Universitäten und Kunsthochschulen in ganz Österreich. Gefragt wurde nach Lehrveranstaltungen und (auch noch in Arbeit befindlichen) Dissertationen, Diplom- und Hausarbeiten zum Thema Frau (seit 1970). Von 270 angeschriebenen Instituten antworteten vorerst 110 mit konkreten Rückmeldungen. Das gesammelte Material des serviceorientierten Projekts stand ab sofort an Vormittagen für Anfragen zur Verfügung.

## GESTALTUNG

Dieses erste derart umfassende dokumentarische Unternehmen, dessen Thematik in alle Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens reicht, ging von der Überlegung aus, – daß in Österreich bereits nach einer ersten überblicksmäßigen Bestandsaufnahme (Ausgangssituation des Projekts) ein beträchtliches Defizit an Grundlagenarbeiten hinsichtlich der Frauenforschung im europäischen Vergleich festgestellt werden konnte und

– daß daher zeitlich parallel im Arbeitsverfahren vier Schwerpunkte hinsichtlich des zu dokumentierenden Materials zu setzen wären:

1. *Bibliographie*: Die detaillierte und vollständige Erfassung der wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Frau seit 1970 (= die gedruckte Bibliographie). Mit der Bibliographie „Forschung an österreichischen Universitäten zum Thema Frau 1970 – 1984“ wurde anhand von über 800 Titeln (Dissertationen, Diplom- und Hausarbeiten) der diesbezügliche Forschungsstand weitgehend vollständig dokumentiert. Diese Bibliographie bot eine erste Orientierungsmöglichkeit hinsichtlich der Forschungstrends in diesen 14 Jahren. Die Publikation der Bibliographie erfolgte – unterstützt vom BMWF – im Jahr 1985.

2. *Handkartei*: Alle wissenschaftlichen Arbeiten von Frauen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in einer Handkartei erfaßt. Diese Handkartei (ungefähr 3100 Titel) dokumentierte die Dimension der historischen Entwicklung des Studiums von Frauen. Als Basisdokumentation ermöglichte dies erstmals, sowohl quantitative als auch qualitative

Aussagen hinsichtlich der wissenschaftlichen Leistungen von Frauen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu treffen. Anhand der in dieser Kartei erfaßten Daten (Titel aller Dissertationen von Frauen zwischen 1900 und 1939, Lehrtätigkeit von Frauen an Universitäten und Kunsthochschulen von 1900 bis 1983) konnten erste Korrekturen an historisch traditionellen Vorstellungen hinsichtlich des Anteils von Frauen in den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen vorgenommen werden.

Für die damaligen Projektmitarbeiterinnen erwies sich „diese unumgängliche Spurensicherung zugleich als Trauerarbeit“: Sie mußten feststellen, daß „Frauenforschung im historischen Längsschnitt ... vor allem auf Diskontinuität, Brüche, Leugnung der Thematik und explizite politische Unterdrückung in den verschiedenen historischen Epochen“ verweist. Die Arbeit an dieser speziellen Kartei habe somit eine „traditionsstiftende Funktion“ und sollte „die Grundlage für weiterführende Forschungen im Sinne der Rekonstruktion bewußter und unbewußter gesellschaftlicher Ausschließungsmechanismen von Frauen im sozialen Prozeß des 20. Jahrhunderts“ sein. (Endbericht 1984: S. 4).

3. *Datenbank*: Die EDV-orientierte Datenspeicherung aller wissenschaftlichen Arbeiten, Forschungsergebnisse und weiterführenden Publikationen zum Thema Frau seit 1875 erfolgte in Form einer Datenbank. Mittels der über 3000 Titel umfassenden Dokumentation zum „Thema Frau“, welche alle Dissertationen seit 1875, Diplom- und Hausarbeiten, wissenschaftliche Forschungsprojekte mit samt ihren Ergebnissen sowie Lehrveranstaltungen seit 1970 umfaßte, wurde eine Angleichung an den internationalen Standard der Dokumentation von Frauenforschung erreicht. Weiters strebten die Projektmitarbeiterinnen an, mit ihrer Arbeit sowohl innerhalb Österreichs als auch im Ausland Kontakte im Sinne eines Netzwerkes aufzubauen, um eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Dokumentationsstellen und einen Austausch ihrer Arbeitsweisen und -perspektiven zu ermöglichen.

4. Die *Bio-Bibliographie* schließlich ist eine Dokumentation zu Frauen (Einzelpersonen) in Wissenschaft, Kunst und Politik seit 1900 (Bio-Bibliographie). Diese EDV-gestützte Personaldatei (ungefähr 4000 Personen) dokumentierte den Nachlaß von Frauen, welche am kulturellen und politischen Leben des 20. Jahrhunderts beteiligt waren. Hiezu wurde vor allem die Nachlaßkartei der Wiener Stadtbibliothek bearbeitet.

Für das umfangreiche Datenmaterial dieser vier Schwerpunkte wurde auch ein Computerprogramm zur adäquaten Speicherung entwickelt, um die Daten auch jederzeit abrufbar zu haben (Dokumentationssystem „Tiefflug“). Der Zugriff auf die Daten erfolgte über mehrere Wege:

– Schnellste und differenzierteste Informationen konnten durch Abfragen über den ungefähr 300 Schlagworte umfassenden – in regem Informati-

onsaustausch mit in- und ausländischen Archiven und Dokumentationsstellen eigenständig entwickelten und in einjähriger Arbeit anhand des vorliegenden Materials sowie unter Zuhilfenahme bestehender internationaler Schlagwortverzeichnisse zur Frauenforschung erstellten Thesaurus erreicht werden.

– Andere Zugriffsmöglichkeiten, wie z. B. Abfragen nach einzelnen Begriffen im Text, nach Autor, Erscheinungszeitpunkt einer Publikation usw. ermöglichten Informationen, die sowohl umfassende Themengebiete in der gewünschten zeitlichen Begrenzung abdecken wie auch solche, die für spezifische Detailrecherchen notwendig sind.

Durch derartige Recherchen aufbereitet, konnte das vorhandene Material nun bereits weiterführenden Forschungszwecken, Tagungen sowie Organisationen, die themenspezifische Informationen benötigten, zur Verfügung gestellt werden. (Zusammenarbeit mit dem damaligen Staatssekretariat Dohnal für den Frauenbericht 1985; Kurzbiographie für die Tagung „Der Wert der Frauenarbeit“, Salzburg, Oktober 1984).

Die Informationsweitergabe und die damit verbundene Möglichkeit, sich einer größeren (Frauen)Öffentlichkeit vorzustellen, erforderten in der Folge eine kontinuierliche personelle Präsenz in den Räumen der Dokumentation Frauenforschung an der Universität Wien. So konnte ein intensiver interdisziplinärer Austausch mit Hochschulinstituten in ganz Österreich entstehen (kontinuierliche jährliche Aussendungen ab Mai/Juni 1983 betreffend Lehrveranstaltungen sowie in Arbeit befindliche Dissertationen, Diplom- und Hausarbeiten zum Thema Frau seit 1970). Weiters wurden internationale Kontakte zu bestehenden bzw. in Aufbau begriffenen Dokumentationen und wissenschaftlichen Frauenforschungszentren hergestellt (ISIS-Genf; Feministisches Archiv- und Dokumentationszentrum-Frankfurt; The National Council for Research on Women - New York).

#### INSTITUTIONALISIERUNG

Das Erscheinen der Veröffentlichung des ersten Teilresultats der dokumentarischen Arbeit – der Bibliographie „Forschung an österreichischen Universitäten zum Thema Frau, 1970 bis 1984“ – konnte im März 1985 bereits im „neuen Heim“ gefeiert werden:

Das gesamte Projekt übersiedelte nämlich im Februar 1985 unter der Leitung von Inge Pronay-Strasser und Edith Prost ins Institut für Wissenschaft und Kunst, das sich bei seiner Gründung im Jahr 1946 zur Aufgabe gemacht hatte, jene fortschrittliche und kritische wissenschaftliche Forschung (sowie deren Ergebnisse), die sich an den Universitäten schwer oder gar nicht etablieren konnte, zu fördern. Ab nun war die Dokumentationsstelle – mit der Zielsetzung, eine ständig aktua-

lisierte Dokumentation zur Frauenforschung in Österreich als Impulsgeberin und Serviceleistung bereitzustellen – als Forschungsstelle dem Institut eingegliedert; der weitere Bestand war gesichert.

Aufgrund der vom Institut bereitgestellten bzw. vorhandenen Ressourcen war es aber künftig auch möglich, nun nicht mehr „bloß“ die Frauenforschung „ausschließlich EDV-mäßig zu erfassen“, wie es noch in einer damaligen Beschreibung durch das nahegelegene „Frauenarchiv“ bemerkt wird, sondern sich auch inhaltlicher Arbeit zu widmen, Veranstaltungen zu Themenschwerpunkten zu organisieren und durch regelmäßige Aussendungen und Berichte über den aktuellen Stand der Frauenforschung zu informieren.

Die programmatischen Wünsche, Ziele und Vorstellungen, welche künftig mit der „Einrichtung einer ständigen Dokumentations- und Informationsstelle für Frauenforschung“ verbunden sein sollten, wurden folgendermaßen formuliert:

1. *Dokumentation:*

– Up-dating (Aktualisierung) der in zweijähriger Arbeit erstellten Datenbank der Dokumentation Frauenforschung in Österreich (siehe Pronay, Ingrid / Schnedl-Bubenicek, Hanna: Dokumentation Frauenforschung in Österreich. Endbericht des BMWF-Projektes, Wien 1984)

– Gewährleistung des aktuellen Standes der einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten unter Mitbeziehung internationaler Forschungsergebnisse  
– Serviceleistung für alle wissenschaftlich Arbeitenden durch regelmäßige Öffnungszeiten, publizierte Informationsweitergabe (Kurzbibliographien), themenzentrierte Veranstaltungen

2. *Information* einer erweiterten wissenschaftlichen Öffentlichkeit auf Basis der vorhandenen aktuellen Datenbank

3. *Abhaltung interdisziplinärer Arbeitsseminare, Kolloquien, Arbeitstagungen* zu Themenschwerpunkten (z. B. philosophisch-naturwissenschaftliche Arbeitsgruppen u.ä.)

4. *Regelmäßige Aussendungen* dieser Ergebnisse zur Gewährleistung des aktuellen Standes der wissenschaftlichen Forschung

5. Fortführung und Intensivierung *internationaler wissenschaftlicher Kontakte* zu universitären sowie außeruniversitären Institutionen sowie *Zusammenarbeit mit anderen europäischen Dokumentationsstellen*

6. *Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben* in der Kooperation mit einschlägigen österreichischen Arbeitsgruppen und universitären wie außeruniversitären Institutionen

7. Impulssetzung für neue Forschungsschwerpunkte auf Grund der vorliegenden Ergebnisse

PROJEKTE

– 1987 wurde für das Projekt „*Frauen der Wiener Arbeiterbewegung*“ mit der Erfassung biographi-

scher Daten begonnen. 1988 diskutierten die Mitarbeiterinnen in einem öffentlich zugänglichen Arbeitskreis die Ergebnisse ihrer Forschungen im Hinblick auf die Analyse der Stellung, Aufgaben, Schwierigkeiten und Anpassungstendenzen von Frauen in der Sozialdemokratie und im öffentlichen Leben Österreichs zwischen 1890 und 1950. Die Beiträge wurden in dem von Edith Prost herausgegebenen Sammelband „Die Partei hat mich nie enttäuscht ...“ 1989 im Verlag für Gesellschaftskritik veröffentlicht.

– Ebenfalls 1987 wurde beim BMWF um eine Fortsetzung des ursprünglichen Projekts „*Dokumentation Frauenforschung*“ angesucht. Als nächster Schritt sollte eine inhaltliche Analyse der gesammelten Daten erfolgen und von den Arbeiten der Jahre 1968 bis 1987 wissenschaftliche Rezensionen angefertigt werden, um den BenutzerInnen zusätzlich zu den bibliographischen Daten zur Verfügung zu stehen. Das Ziel war folglich, zum einen eine bessere Beratung bieten zu können, zum anderen aber auch die Erstellung eines Forschungslückenkatalogs, um künftig eine effizientere Koordination aller Forschungsvorhaben zum Thema „Frau“ zu ermöglichen. Die Arbeiten am „neuen“ Projekt konnten im April 1988 unter der Mitarbeit von WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachdisziplinen aufgenommen werden. Der seit Frühjahr 1991 vorliegende Endbericht des Projekts „*Dokumentation Frauenforschung und Erstellung eines Forschungslückenkatalogs*“ ermöglicht nunmehr zusätzlich den Einblick in quantitative – auch in Tabellen vorliegende – Ergebnisse, ergänzt durch Expertinnen-Interviews mit Frauen-Forscherinnen verschiedener Fachbereiche.

Im Zuge der Arbeiten an diesem Projekt wurde die gesamte Datenbank der Dokumentationsstelle reorganisiert und aktualisiert sowie ein modernes Datenbankprogramm (LDB) installiert.

Diese weitreichende Um- und Neustrukturierung bietet für StudentInnen und ForscherInnen nun nicht mehr nur einen differenzierten Einblick in die Vielfalt bereits geleisteter Forschung, sondern zudem auch die Möglichkeit einer jederzeit und mit geringem Zeitaufwand durchführbaren kostenlosen Recherche.

– Im Jahr 1992 erarbeiteten die Mitarbeiterinnen der Dokumentationsstelle eine Broschüre für das BMUK, in der – als Lehrbehelf für den Schulunterricht – *Biographien von Pionierinnen aus dem Bereich der Wissenschaft* die intellektuellen Leistungen von Frauen aufzeigen sollen, wobei auch auf bereits in der DOKU vorhandenes biographisches Material zurückgegriffen werden konnte. Es folgten weitere Aufträge für die Bände „*Mittelalter und Frühe Neuzeit*“ sowie „*Aufklärung und Romantik*“, die bis zum Frühjahr 1995 abgeschlossen wurden.

– 1994 erschien die „*Bibliographie: Frauenspezifische und feministische Hochschulschriften an*

österreichischen Universitäten 1968-1993" als Band 4 der vom BMWF herausgegebenen Reihe „Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft“.

RESÜMEE

Sowohl vor als auch nach der Institutionalisierung der Dokumentationsstelle war das Naheverhältnis zur Universität und zur Wissenschaft ein bestimmender Faktor. Gerade bei der Organisation von Vorträgen, Arbeitstagungen und Symposien erwiesen sich die Möglichkeiten am IWK dem schwerfälligen bürokratischen Apparat der Universität weit überlegen.

Auf diese Art konnte der Diskurs in- und ausländischer, institutionalisiert oder auch freiberuflich tätiger ForscherInnen fruchtbringend vorangetrieben bzw. der Kontakt zwischen diesen Gruppen intensiviert werden (vgl. den nunmehr seit 1989 existierenden AK „Feministische Theorie und Frauenforschung“).

Abgesehen von dieser erfreulichen Möglichkeit, recht unkonventionell interessante ForscherInnen einzuladen, hat die Dokumentationsstelle als serviceorientiertes Projekt insbesondere durch die computerunterstützte Aufbereitung der Daten im Laufe der Jahre eine gewisse Professionalisierung erreicht. Die EDV-mäßige Erfassung der gesamten Bibliothek mitsamt einer Auswertung der am Buchmarkt immer zahlreicher werdenden Sammelbände sowie die Dissertationsdatenbank und insbesondere die kostenlose Abfrage (incl. Ausdruck) aller gespeicherten Titel haben die Dokumentationsstelle in den letzten beiden Jahren für viele

StudentInnen und WissenschaftlerInnen zu einem beliebten Arbeitsort gemacht. Die Übersiedlung in den ruhigen großen Raum der IWK-Bibliothek trug ebenfalls zu einer positiven Arbeitsatmosphäre bei.

Mit dem im Frühjahr 1992 gegründeten Verein „frida“ (Verein zur Förderung und Vernetzung frauenspezifischer Informations- und Dokumentations-einrichtungen in Österreich) wurde zudem ein schon seit der Gründung der Dokumentationsstelle angepeiltes Ziel nun endlich erreicht. Durch diesen Zusammenschluß soll es u. a. neuerlich möglich sein, einen einheitlichen – den heutigen differenzierten Forschungsergebnissen adäquaten – Thesaurus zu entwickeln (Abschluß Herbst 1995).

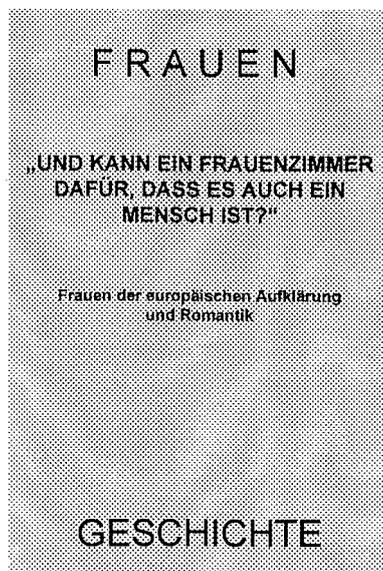
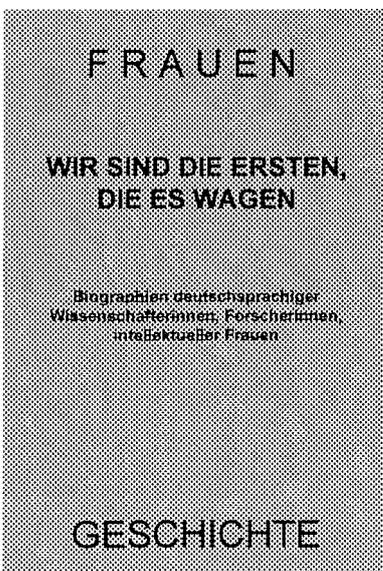
DOKUMENTATION / BIBLIOTHEK

Von den insgesamt 13.438 abfragbaren Eintragungen (Stand Juni 1995) umfassen 5.112 Dissertationen, Diplomarbeiten und Habilitationen, 604 Projekte, 1.345 Bücher, 4.592 Beiträge in Sammelbänden (Sekundärauswertung), 492 die Artikelsammlung und 1.293 die Zeitschriftenauswertung.

Nicht computermäßig erfaßt sind Dissertationen vor 1968, Zeitschriften vor 1990 und das Zeitungsausschnittarchiv.

ANMERKUNG:

\* geringfügig aktualisierte Fassung von „Ilse Korotin: Dokumentationsstelle Frauenforschung. Institut für Wissenschaft und Kunst.“ In: Gertraud Seiser / Eva Knollmayer (Hg.): Von den Bemühungen der Frauen in der Wissenschaft fuß zu fassen. Materialien zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft Band 3, hg. v. BMWF, Wien 1994.



BESTELLADRESSE: BMUK, Abteilung für Frauen- und Mädchenbildung, Minoritenplatz 5, 1014 Wien

## DIE AUTORINNEN:

---

**DR. URSULA ACHTSNIT:**

Geboren 1956. Juristin; Abteilungsleiterin im Bundeskanzleramt / Frauenministerium, Koordinatorin der IWK-Arbeitskreise „Die 3. Welt der Frauen“ (Wintersemester 1993/94 und Sommersemester 1994) sowie „Umwelt bewegt Frauen“ (Wintersemester 1994/95, gemeinsam mit DI Wolfgang Hein); der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

**MAG. EVELYN BLAU:**

Geboren 1954. Sozial- Wirtschaftswissenschaftlerin, seit 1977 Sekretär bei der Gewerkschaft für Privatangestellte, seit 1991 Leiterin des GPA-Umweltreferates.

**DR. ELFRIEDE FRITZ:**

Geboren 1954. Juristin im Bundesministerium für Finanzen, Zollexpertin; Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen in diesem Ressort; der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

**DR. INGEBORG MARIA GRAU:**

Geboren 1944. Univ. Lektorin, lehrbeauftragt am Institut für Afrikanistik der Universität Wien für die Geschichte Afrikas südlich der Sahara (Schwerpunkte Westafrika, vor allem Nigeria, Kolonialismus und Mission, Genderforschung, geschlechtliche Arbeitsteilung in Afrika).

**MAG. CATHERINA HINZ:**

Geboren 1965. Ausgebildet in den Fachrichtungen Germanistik / Indologie / Geschichte, derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Südasieninstitut der Humboldt Universität Berlin, Autorin einschlägiger Publikationen, z. B. in „Der Überblick“ (Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, Deutschland).

**MAG. ANDREA HUSNIK:**

Geboren 1955. Biologin, seit sieben Jahren als Umweltberaterin in Wien tätig (Information: Umweltberatung Floridsdorf, Telefon 270 41 24); der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

**DR. ILSE KOROTIN:**

Geboren 1957. Studium der Philosophie und Soziologie in Wien. Seit Mai 1990 Mitarbeiterin des Instituts für Wissenschaft und Kunst; ab Oktober 1991 zuständig für die seit 1985 am IWK eingerichtete „Dokumentationsstelle Frauenforschung“. Dokumentarische (Bibliothek und Dissertationsdatenbank) und organisatorische (Arbeitskreise) Tätigkeit, Forschungs- und Veröffentlichungsschwerpunkt im Bereich „Philosophie und Nationalsozialismus“. Lehrbeauftragte an der Universität Wien.

**DR. INGRID NOWOTNY:**

Geboren 1946. Juristin im BMAS (zuständige Gruppenleiterin für das Ausländerbeschäftigungsgesetz); der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

**MAG. BIRGIT STIMMER:**

Geboren 1943. Betriebswirtin im BMAS, u. a. mit Angelegenheiten der Gleichstellung von Mann und Frau auf nationaler und internationaler Ebene befaßt; der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

**DR. EDDA WEISS:**

Geboren 1942. Juristin (diplomatische Laufbahn mit Schwerpunkt Menschenrechte, bilaterale Auslandskultur- sowie soziale und humanitäre Angelegenheiten, Dekolonialisierungsfragen), Leiterin der Koordinationsabteilung der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im BMAA; der Artikel stellt die persönliche Meinung der Autorin dar.

# INSTITUT FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

DOKUMENTATIONS-  
UND FORSCHUNGSSTELLEN  
BIBLIOTHEKEN

## DOKUMENTATIONSSTELLE FRAUENFORSCHUNG:

Forschungs-, Service- und Beratungsstelle. *Literaturdatenbank* (ca. 13.000 Eintragungen): Hochschulschriften (Habilitationen, Dissertationen, Diplomarbeiten, Hausarbeiten, Forschungsarbeiten) zum Thema Frau seit 1875, frauenspezifische Bücher, Broschüren und Zeitschriften. *Bibliothek*: Schwerpunkte u. a. Faschismus / Widerstand, Frauenbewegung, Frauen und Erwerbstätigkeit, Ehe und Familie, Schule / Ausbildung / Bildung, Hochschule / Wissenschaft, Gewalt gegen Frauen, Politik, Literatur, Philosophie, Kunst und Kultur, Biographien und „Biographisches Lexikon der österreichischen Frau“; in- und ausländische Zeitschriften, u. a.: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Emma, Feministische Studien, Frauensolidarität, L'Homme, metis, Unterschiede.

1090 Wien, Berggasse 17/1  
Telefon / Fax: (1) 317 43 42  
Mo. - Fr., 9.00 - 16.00 Uhr

## DOKUMENTATIONS- UND FORSCHUNGSSTELLE ÖSTERREICHISCHE WISSENSCHAFTSEMIGRATION:

Erste quantitative Bestandsaufnahme der verlust- und folgenreichen Vertreibung österreichischer Intellektueller in der Epoche des Faschismus. *Datenbank*: über 2.000 Biographien österreichischer WissenschaftlerInnen, benutzerfreundliches Abfrageprogramm mit zwanzig kombinierbaren Auswertungsmerkmalen, EDV-Spezialbibliographie mit ca. 5.000 Literaturangaben. *Handbibliothek* mit ca. 2.000 Titeln zur österreichischen Wissenschaftsemigration.

1090 Wien, Berggasse 17/1  
Telefon / Fax: (1) 317 43 42  
Mo. - Fr., 9.00 - 16.00 Uhr

## ARBEITSSTELLE FÜR BILDPÄDAGOGIK UND VISUELLE KOMMUNIKATION:

Benutzerfreundliches PC-Programm zur Visualisierung von Zahlenstatistiken in eine symbolhafte Bildsprache, Symbolbibliotheksprogramm zur Erzeugung von mengenstatistischen Piktogrammen. *Anwendungsmöglichkeiten*: Visualisierung von statistischen Berichten im Bereich Forschung und Bildung, Einsatz im computergestützten Unterricht an der Universität, in der Schule und Erwachsenenbildung, Darstellung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsergebnisse, Visualisierung bei der Erstellung von Studententexten, Lehrbüchern und Selbststudienmaterialien u. ä.

1090 Wien, Berggasse 17/1  
Telefon / Fax: (1) 317 43 42

## FORSCHUNGSSTELLE MORPHOLOGIE:

Vorträge, Arbeitsgruppe „Pes formosus“, wissenschaftliche Beratung auf anatomisch-physiologischem Gebiet, Publikationen.

1070 Wien, Museumstraße 5/II  
Telefon: (1) 526 83 08

## INSTITUTSBIBLIOTHEK:

Über 5.000 Bücher und Broschüren. *Schwerpunkte*: Geschichte (Arbeiterbewegung und -kultur, Faschismus und Nationalsozialismus, Widerstand), Wirtschafts- und Sozialpolitik, Soziologie, Philosophie, Bildung (Erwachsenenbildung, Wissenschaftspolitik), Psychologie, Naturwissenschaften, Literatur, Kunstgeschichte, Architektur.

*Zeitschriften*: ca. 100 Zeitschriften und Zeitungen, u.a. Architektur und Bauforum, Buchkultur, Erwachsenenbildung in Österreich, Forum, freibord, Literatur und Kritik, Manuskripte, Medien & Zeit, mitbestimmung, Mittelweg 36, Österreichische Musikzeitschrift, päd extra, Podium, Protokolle, Südwind, SWS-Rundschau, Wespennest, Wiener Zeitung, Wirtschaft und Gesellschaft, Zast, Zeitgeschichte.

1090 Wien, Berggasse 17/1  
Telefon / Fax: (1) 317 43 42  
Mo. - Fr., 9.00 - 16.00 Uhr

## ZEITSCHRIFTENBIBLIOTHEK PSYCHOANALYSE, PSYCHOLOGIE UND POLITIK:

Ca. 80 aktuelle Zeitschriften, u. a. Arbeitshefte Kinderanalyse, Athene, Aufrisse, Der Wunderblock, Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, Kuckucksnest, Lettre International, Psyche, Schulhefte, Störfaktor, Werkblatt, Wissenschaft und Frieden, Zeitschrift für Individualpsychologie.

1070 Wien, Museumstraße 5/II  
Telefon: (1) 93 13 82



bm:wfk



